



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion:

„Wir ampeln nicht, wir handeln!“

Unter dem Motto „Freiheit, Werte, Zukunft – für ein starkes Bayern im Herzen Europas“ erörterte die CSU-Landtagsfraktion im Rahmen ihrer traditionellen Winterklausurtagung in Kloster Banz wichtige Zukunftsfragen mit hochkarätigen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Wie Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek konstatierte, „haben wir eine lebendige und geschlossene Fraktion erlebt. Es ist ein neuer Teamgeist, ein frischer Wind spürbar und die Agenda heißt: Wir ampeln nicht, wir handeln!“

Mit Gernot Döllner, Vorsitzender des Vorstands der AUDI AG, tauschte sich die Fraktion darüber aus, wie der Wirtschaftsstandort Bayern fit für die Zukunft gemacht werden kann. In der Resolution „Für eine starke und stabile Wirtschaft: Wir machen den Unterschied“ skizzierten die Abgeordneten die Weichen dafür, dass in Bayern auch weiterhin die besten Standortbedingungen vorherrschen und künftige Investitionen in Innovationen, Fachkräfte und die künftige Energieversorgung an-

weh, erläuterte dem Fraktionsvorsitzenden die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland und die Bundeswehr. Mit dem albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama sprachen die Abgeordneten u.a. über Lösungen für die Migrationskrise und wie wichtig durchgreifendes Handeln ist. Darüber hinaus empfingen sie über 300 Landwirte aus der Region sowie den Vorsitzenden des Bayerischen Bauernverbandes, Günther Felßner, und den Vorstand (Fortsetzung auf Seite 4)

15-Punkte-Plan zu künftigen Krankenhausstandorten

Wie der Krankenhausstandort der Zukunft aussehen soll, darüber diskutierte die Fraktion mit Thomas Lemke, Vorsitzender des Vorstands der Sana Kliniken AG und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern und Christina Leinhos, stellvertretende Geschäftsführerin der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.

Mit der Resolution „Patientenorientiert, bedarfsgerecht und wohnortnah: Souveräne Krankenhausplanung und solide Krankenhausfinanzierung für Bayern! Kalten Strukturwandel stoppen!“ setzte die Fraktion ein deutliches Zeichen: Stationäre Versorgung darf auch künftig kein Privileg der Metropolen sein. Dafür wurde in der Resolution ein 15-Punkte-Plan zur Krankenhausversorgung im ländlichen Raum vorgelegt.

General Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundes-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Glauber: Postfilialen in der Fläche erhalten

Kommunen brauchen Mitspracherecht bei automatisierten Poststationen

Das Bayerische Verbraucherschutzministerium setzt sich für den Erhalt von Postfilialen mit Personal in der Fläche ein. Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Digitalisierung ist gut und wichtig. Allerdings darf die Digitalisierung nicht zu Lasten von Menschen mit besonderen Bedürfnissen gehen.“

Digitalisierung sollte ergänzend dort eingesetzt werden, wo sie einen echten Mehrwert bedeutet. Postdienstleistungen gehören zur Daseinsvorsorge. Es gibt Menschen, die auf eine persönliche Beratung und Unterstützung beim Versand von Paketen und Briefen angewiesen sind. Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein. Gerade im ländlichen Raum sind die Wege zur nächsten Postfiliale oftmals weiter entfernt. Deshalb muss sichergestellt sein, dass Postfilialen in der Fläche bei Bedarf weiterhin mit Personal betrieben werden. Die Kommunen kennen die Situation vor Ort am besten. Deshalb brauchen sie ein echtes Mitspracherecht vor der Einführung von automatisierten Poststationen“, so der Minister weiter.

Die Bundesregierung sieht in ihrem Entwurf zur Modernisierung des Postrechts vor, dass personalbetriebene Postfilialen unter bestimmten Voraussetzungen durch automatisierte Poststationen ersetzt werden können. Das Gesetz bedarf der Zustimmung durch den Bundesrat. Das Bayerische Verbraucherschutzministerium hat bereits einen entsprechenden Änderungsantrag im Bundesratsverfahren dazu eingebracht. □

Sitzung des bayerischen Kabinetts:

Masterplan für eine Asylwende

Bayern will mit mehreren Bundesratsinitiativen eine schon seit langem geforderte Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik erreichen. „Deutschland braucht eine Asylwende“, erklärte Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Man sage Ja zur Menschlichkeit, aber entschlossen Nein zu einer unkontrollierten Zuwanderung. Es brauche eine Integrationsgrenze, ergänzte Söder. Innenminister Joachim Herrmann zufolge muss sich diese Grenze am Leistungs- und Integrationsvermögen der Kommunen orientieren, etwa was Schulen und Kitas angeht. „Die Asylbewerberzahlen müssen wieder deutlich sinken.“

Damit der Migrationsdruck spürbar abnimmt, seien nun rasch zentrale Weichenstellungen durch den Bund und eine grundlegende Wende in der Asylpolitik erforderlich. Die Staatsregierung ruft die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um die Länder und Kommunen nachhaltig zu entlasten:

Maßnahmenkatalog

1. Änderung des Asylrechts: Deutschland kann seiner humanitären Verantwortung nur dann weiterhin gerecht werden, wenn seine begrenzten Ressourcen zielgerichtet für die Menschen eingesetzt werden, die tatsächlich schutzbedürftig sind. Deshalb fordert die Staatsregierung entsprechende Rechtsänderungen, damit der nationale Gesetzgeber mehr Spielraum erhält. Statt in Deutschland bei internationalen Krisen individuell und unbegrenzt Schutz zu gewähren, könnte man künftig mit festen Aufnahmezusagen der EU arbeiten. Zudem wird die Bundesregierung aufgerufen, die Spielräume zu nutzen, um mehr Straftäter von einem Schutzstatus auszuschließen.

2. Konsequenter Grenzschutz: Nach Zahlen des Bundes kom-

men rund zwei Drittel der Asylbewerber nach Deutschland, ohne vorher in einem anderen europäischen Land registriert worden zu sein. Mit dem Entschleunigungsantrag fordert die

Staatsregierung die Bundesregierung auf, die Grenzkontrollen lageabhängig fortzusetzen und Zurückweisungen an der Binnengrenze auch dann nicht auszuschließen, wenn an der Grenze ein Asylgesuch geäußert wird.

3. Bessere Unterstützung bei der Rückführung abgelehnter Asylsuchender: Die Bundesregierung soll zentrale Bundesausreisezentren an den großen deutschen Flughäfen errichten. Ein Untertauchen der Bewohner könnte so erschwert werden und durch die viel frühere

Fortsetzung auf Seite 4)

„Mehr Geld ins System“

Kommunales Spitzengespräch mit Bundesminister Lauterbach zur Finanzsituation der Krankenhäuser

Die Krankenhausstrukturen in Deutschland müssen dringend reformiert werden. Sie leiden zu häufig unter Defiziten, Personalmangel und fehlender Bettenauslastung. Darin stimmten die kommunalen Spitzenverbände und die Verwaltungsspitzen mehrerer Städte und Kommunen bei einem Treffen mit Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach in Berlin überein. Allerdings zeigte sich einmal mehr, dass die Reformpläne der Bundesregierung für die kommunale Ebene unzureichend und zu zögerlich sind.

Wie Lauterbach ausführte, müsse das Transparenzgesetz am 2. Februar im Bundesrat beschlossen werden, andernfalls drohe mehr als hundert Krankenhäusern die Insolvenz. Mit dem Gesetz könnten sie bundesweit eine Liquiditätsspritze von 6 Mrd. Euro erhalten. Auch wäre die zusätzliche bessere Finanzierung von Personalkosten möglich. Zudem bekämen Patienten einen Überblick, welche Klinik welche Leistungen mit welcher Qualität anbietet. Das Transparenzgesetz schaffe Zeit und Voraussetzung dafür, den Entwurf für die eigentliche

Krankenhausreform, die derzeit mit den Ländern erarbeitet werde, noch im Februar als Gesetzesentwurf vorzulegen.

Der Bund ist in der Pflicht

DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl wies darauf hin, dass der Bund in der Pflicht sei, die fehlende Liquidität bei den Krankenhäusern auszugleichen. Andernfalls würde man jetzt in einen kalten Strukturwandel hineinlaufen, der am Ende sehr viel teurer werde. Die Finanzsituation der Krankenhäuser dürfe kein poli-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Keine Einsparungen bei Jobcentern

Die Städte warnen davor, bei den Jobcentern und Arbeitsagenturen Milliarden für Qualifikation und Weiterbildung einzusparen. Zudem unterstützt der Deutsche Städtetag eine schnellere Arbeitsaufnahme von allen Geflüchteten mit Bleibeperspektive und fordert eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive für Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss, um mehr Fachkräfte zu gewinnen.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Lewe (Münster), nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Trier betonte, werde die Arbeit der Jobcenter und Arbeitsagenturen immer wichtiger, um Menschen in Arbeit zu vermitteln, weiterzubilden und die Lücken in den Firmen passend mit Fachkräften und Auszubildenden zu besetzen. Die Städte hielten es außerdem für richtig, auch die zugewanderten Menschen schneller in Arbeit zu bringen, als es bisher gelingt. „Wenn die Jobcenter und Arbeitsagenturen aber immer mehr und immer differenzierte Beratung und Vermittlungsleistungen anbieten sollen, dann brauchen sie auch die dafür notwendigen Ressourcen“, unterstrich Lewe. Dies betreffe sowohl das Personal als auch die finanzielle Ausstattung. Hier den Rotstift in Form von Sparauflagen in Milliardenhöhe anzusetzen, sei das völlig falsche Signal. So gehe dem Job-Turbo der Bundesregierung, den die Städte unterstützen, schon gleich am Anfang die Puste aus.

Potenziale für neue Arbeitskräfte mobilisieren

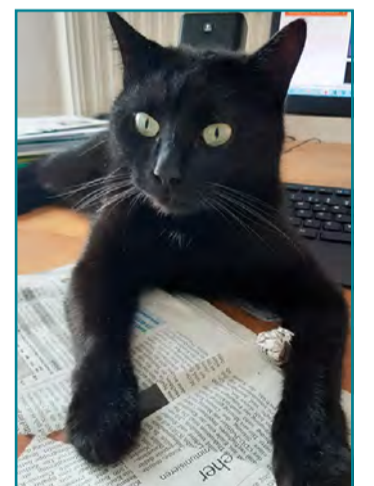
Wenn die Babyboomer in Rente gehen, gehen dem deutschen Arbeitsmarkt jedes Jahr hunderte tausende Arbeitskräfte verloren. In den Rathäusern und öffentlichen Verwaltungen sind schon jetzt viele Stellen frei, die nur schwer besetzt werden können – und das bei wachsenden Aufgaben für die Kommunen. Deshalb müssen alle gesellschaftlichen Akteure daran arbeiten, die Potenziale für neue Arbeitskräfte zu mobilisieren. Notwendig hierfür wäre aus Sicht des Deutschen Städtetags die Arbeitsaufnahme von Migranten zu beschleunigen, indem Hürden wie Beschäftigungsverbote und Aner-

kennungsverfahren von Qualifikationen grundlegend überprüft werden, sowie eine gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive, die bessere Perspektiven gerade für Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss schafft.

Augenmerk auf Geflüchteten mit Bleibeperspektive

Lewe zufolge sollte das Augenmerk allen Geflüchteten mit Bleibeperspektive gelten und nicht nur den Menschen aus der Ukraine und bereits anerkannten Asylbewerbern, die Bürgergeld beziehen. Geflüchtete, die den Städten zugewiesen wurden und absehbar länger in Deutschland bleiben, sollten möglichst schnell in Arbeit kommen. „Jahrelange Perspektivlosigkeit können wir uns nicht länger leisten. Deshalb muss auch die Anerkennung von Berufsab-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Wie kann es sich unsere Gesellschaft weiterhin erlauben, Institutionen unnützen Denkens zu alimentieren? Das fragt sich unser Rathauskater angesichts des sprachlichen Furors, mit dem jahrhundertalte Redensarten durch Vegnersprech ersetzt werden. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Termine GZ-Akademie	2
Winterklausur der FW-Landtagsfraktion	2
Versorgung mit Hebammen langfristig sichern	2
GZ-Kolumne Carmen Papiuk: Frauen in die Politik!	3
Messen München und Nürnberg: Rückenwind im Jubiläumsjahr	3
Kommunale Finanzthemen	5 - 9
Wasser · Abwasser	10 - 11
Kommunale Bau Themen	12 - 13
Tourismus in Bayern	13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Winterklausur der FW-Landtagsfraktion:

Lindauer Bilanz

Bei der Winterklausur der Freien Wähler-Fraktion in Lindau standen unter anderem die Transformation der bayerischen Automobilindustrie, die Energiewende, die Migrationspolitik und die Bauernproteste infolge der Sparpläne der Bundesregierung auf der Agenda. „Gemeinsam haben wir klare Vorstellungen davon, wie Bayern zukunftsfest aufgestellt werden kann“, bilanzierte Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. Hierzu sprachen die Abgeordneten auch mit kommunalen Mandatsträgern, um die finanzielle Situation in den Kommunen zu beleuchten.

Wie Parteichef Hubert Aiwanger darlegte, werde das Jahr 2024 die Politik sehr stark fordern. Die Bauernproteste zeigten, „dass der Schuh drückt und mittlerweile selbst der Mittelstand unserer Gesellschaft auf die Straße geht“. Die Gründe hierfür seien in der Politik der Bundesregierung zu suchen: „Die Rahmenbedingungen passen nicht mehr, weil die Ampel Politik gegen die Menschen im Land macht.“ Durch zu hohe Abgaben, zu viel Bürokratie und eine Politik, die sich aus ideologischen Überzeugungen speise, sei die Wettbewerbsfähigkeit in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben. „Zu viele gut ausgebildete Menschen wandern ab. Dabei müssten wir diese Menschen mit ihren Kompetenzen dringend im Land behalten. Die Ampel hat das Fingerspitzengefühl nicht mehr, mit den Leistungsträgern richtig umzugehen.“ Deshalb unterstütze seine Fraktion die Proteste der Landwirte, „sofern sie gesetzeskonform sind“, betonte Aiwanger.

Stärkung des Automobilstandorts Bayern

Die FW-Fraktion setzt sich auch für eine Stärkung des Automobilstandorts Bayern ein. Laut dem wirtschaftspolitischen Sprecher Werner Schießl sind Innovation und Technologieoffenheit zentrale Bausteine, um die Zukunft der Automobilindustrie im Freistaat zu sichern. Als wichtige Schlüsselindustrie be-

schäftige sie rund 200.000 Menschen in Bayern. „Nur mit zuverlässigen Förderbedingungen für innovative und umweltfreundliche Antriebe sowie einer EU-weit einheitlichen und sektorenübergreifenden CO₂-Abgabe bleibt der Automobilstandort Bayern weiterhin stark“, resümierte Schießl. Das beschlossene Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2035 innerhalb der EU sei hingegen nicht der richtige Weg.

Klimaneutralität bis 2040

Mit Blick auf die Zukunft der Energiewende forderte der energiepolitische Sprecher Josef Lausch: „Wenn Bayern bis 2040 klimaneutral sein soll, muss bis dahin die Wasserstofftechnologie als Schlüssel zur Klimaneutralität massiv gefördert und ausgebaut werden. Bereits jetzt ist Bayern dabei bundesweit Nummer eins.“ Wasserstoff müsse vor-

Gesundheitsministerin Judith Gerlach:

Versorgung mit Hebammen und Heilmittlerbringern langfristig sichern

Bayerns Gesundheitsministerin startete mit Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Fachkräftemonitoring und ruft zur Mitwirkung auf

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach will die Versorgung mit Hebammen und Heilmittlerbringern wie Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen und Diätassistenten im Freistaat langfristig sichern. Gerlach betonte: „Die herausragende Arbeit der Hebammen und Heilmittlerbringer ist unverzichtbar für die Gesundheit der Menschen in Bayern.“

Die Ministerin erklärte: „Um die aktuelle Versorgungssituation in Bayern repräsentativ und realitätsnah darzustellen, hat die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg auf unsere Initiative ein Fachkräftemonitoring für diese Berufsgruppen gestartet. Ziel der sogenannten HELPER-Studie ist es etwa, Bereiche mit Unterversorgung und regionale Engpässe rechtzeitig aufzudecken, die durchschnittliche Arbeitsbelastung zu erfassen oder Unterschiede bei den ausgeübten Tätigkeiten aufzuzeigen. Das bayerische Gesundheitsministerium stellt rund 400.000 Euro für das Fachkräftemonitoring zur Verfügung.“

Strategien für die Zukunft

Gerlach fügte hinzu: „Seit dem Start der Online-Befragung vergangenen November haben bereits rund 400 Hebammen den Fragebogen beantwortet. Die Befragung für die weiteren Berufsgruppen wie Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen und Diätassistenten beginnt Ende Januar 2024.“

Die Ministerin unterstrich: „Wir möchten möglichst viele Hebammen, Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten, Logopädinnen und Logopäden, Physiotherapeuten und Physiotherapeutinnen sowie Heilmittlerbringer erreichen. Um die aktuelle Versorgungssituation und Arbeitsbedingungen repräsentativ abbilden und daraus Strategien für die Zukunft entwickeln zu können, brauchen wir deren Unterstützung, Expertise und Berufserfahrung.“

Gerlach erläuterte: „Unser Fachkräftemonitoring soll dazu beitragen, valide Aussagen treffen zu können unter anderem zur Anzahl der in Bayern tätigen Hebammen und Heilmittlerbringer, den Ausbildungs-

Ort, in der Fläche des Freistaats, verfügbar sein. Bayern habe bisher als einziges Land ein Förderprogramm für Elektrolyse-Anlagen aufgelegt. Außerdem müsse in Zukunft ein Pipeline-Netz das Angebot mit Lieferungen aus dem Ausland ergänzen.

Überlastung bayerischer Kommunen

Angesichts der Überlastung bayerischer Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen wies der Landtagsvizepräsident und asylopolitische Fraktionssprecher Alexander Hold darauf hin, dass Bund und EU „eindeutig zu wenig tun, wenn es um Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung geht. Dabei befinden sich dort die entscheidenden Stellschrauben, um die Migrationskrise zu lösen. Wir fordern nicht weniger als eine vollständige Kehrwende in der Migrationspolitik.“ Es dürfe nicht länger bei Lippenbekenntnissen bleiben. „Wir brauchen weniger Asylsuchende.“ Entscheidend sei, so Hold, dass weniger Menschen ohne Aufenthaltsrecht nach Deutschland und Bayern kämen. „Doch dazu muss der Bund weg von einzelnen Zugeständnissen hin zu einem strukturierten und vernünftigen Gesamtkonzept in der Migrationspolitik.“ Die Beschleunigung der Asyl-

verfahren sei dabei der Königsweg. „Es braucht aber nicht nur schnellere und transparentere Gerichtsverfahren, sondern auch eine rechtssichere Ausweitung der Zurückweisungsmöglichkeiten an den deutschen Grenzen. Zudem plädieren wir dafür, vermehrt Asylverfahren an den EU-Außengrenzen durchzuführen. Anders können wir die Kommunen in der Flüchtlingsfrage nicht entlasten.“ Nur ein schnelles Asylverfahren sei ein gutes Asylverfahren. „Sonst werden die bis dahin erfolgten Integrationsleistungen ad absurdum geführt“, bemerkte der Landtagsvize.

Keine Ungleichbehandlung Geflüchteter

Kritisch sieht er auch die finanzielle Ungleichbehandlung Geflüchteter: „Bei aller Solidarität für die Ukraine ist es nicht gerecht, dass ukrainische Geflüchtete gleich nach ihrer Ankunft in Deutschland Bürgergeld erhalten, während Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan Asylbewerberleistungen beziehen.“ Das könne in der Gesellschaft leicht zu Verwerfungen führen, woraus populistische und rechtsextreme Strömungen Profit schlagen. „Deshalb müssen wir eine weitere Spaltung der Gesellschaft in der Migrationsfrage verhindern“, unterstrich Hold. DK

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unser nächster Termin steht fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenprävention

6. Februar 2024, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Für den Ernstfall gerüstet

Katastrophenschutztag bei Beuthhauser in Schweinfurt

Schweinfurt. Hochwasser, Schneekatastrophe oder ein Black-out: Bei Krisenlagen muss umgehend gehandelt werden. Es gilt, auf fertige Konzepte zurückgreifen zu können und zu wissen, wo es konkrete Hilfe gibt. Im Rahmen der Katastrophenschutztag am 21. und 22. Februar 2024 stellt Beuthhauser in Schweinfurt die Vorsorge zur Gefahrenabwehr in den Fokus.

„Die Großschadensereignisse der vergangenen Jahre haben uns eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, im Ernstfall gut gerüstet zu sein“, sagt Alexander Westermann, Vertriebsleiter für den Geschäftsbereich Baugeräte, und erinnert an die verheerende Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal. Damals konnte Beuthhauser die Region tatkräftig durch die schnelle Bereitstellung von Stromerzeugern, Lichtmasten, Pumpen und Schläuchen, Radladern und Baggern, Trocknungs- und Heizgeräten sowie Containeranlagen für Notunterkünfte und Schulen unterstützen.

Fachvorträge und Ausstellung

„Die Katastrophenschutztag sind nun ein neues Format. Wir bündeln an einem Ort Technik und Know-how zu diesem Thema“, so Westermann weiter. Die Veranstaltung richtet sich explizit an Vertreter von Kommunen, Stadtverwaltungen, Energieversorgern, Bauhöfen sowie von Feuerwehren und Hilfsorganisationen. Das Fachpublikum erwartet ein facettenreiches Programm, das Theorie und Praxis vereint. Zentraler Bestandteil der Veranstaltung ist die Ausstellung. Hier werden Gerätschaften, die im Katastrophenschutz eine tragende Rolle spielen, gezeigt. Der Fokus liegt auf Notstromversorgung, Hochwasserschutz, Notunterkünften und Frischwasserversorgung.

Die Katastrophenschutztag finden am 21. und 22. Februar 2024 von 9 bis 16 Uhr auf dem Betriebsgelände von Beuthhauser in Schweinfurt (Stockholmstraße 1) statt.

Infos und Anmeldung: visit.beuthhauser.de/katastrophenschutz

Für die Hebammeniederlassungsprämie gab es schon 764 Anträge, wovon 685 bewilligt wurden. Mit beiden Programmen zusammen haben wir die Hebammen in Bayern bereits mit sieben Millionen Euro gefördert. Wir stärken so die Hebammenversorgung in Bayern und sorgen auch für die dringend benötigten Nachwuchskräfte.“

Das ist in wenigen Schritten erledigt und vor allem kostenlos.“ Die Einrichtungen erhalten die Anfragen in ihrem Nutzerportal und zusätzlich per E-Mail ohne die Angabe von personenbezogenen Daten. Nimmt die Einrichtung die Anfrage an, erhält der Anfragende die Rückmeldung, dass die Anfrage angenommen wurde und persönlicher Kontakt aufgenommen werden kann.

Anbieter sollen sich registrieren

Gerlach appellierte an alle Anbieter in der häuslichen und stationären Pflege: „Registrieren Sie sich im Pflegefinder! Nur wenn sich möglichst viele Einrichtungen und Anbieter beteiligen, kann es uns gelingen, ein breit genutztes digitales Tool zu schaffen, das zeit- und nervenaufreibende Telefonanrufe bei der Pflegesuche ersetzen kann. Ich hoffe, dass sich noch viele weitere Einrichtungen an den Pflegefinder anschließen und aktiv daran beteiligen.“

Leichte Handhabbarkeit für alle Beteiligten

Die Ministerin betonte: „Entscheidend dafür, dass digitale Plattformen auch wirklich genutzt werden, ist eine leichte Handhabbarkeit – für alle Beteiligten. Nicht nur Suchende, sondern auch die Anbieter pflegerischer Leistungen müssen einen unmittelbaren Gewinn von der Teilnahme an der Plattform haben. Wir werden daher in den kommenden Wochen und Monaten für den Erfolg des Pflegefinders neben der breiteren Bekannmachung daran arbeiten, das Angebot weiter zu verbessern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Pflegefinder auch mit anderen, vergleichbaren digitalen Angeboten technisch interoperabel ist.“

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Rögner
91238 Engelthal
am 11.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Nikolaus Thurnhuber
83627 Warngau
am 7.2.

Oberbürgermeister
Andreas Haas
82110 Germering
am 14.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Ehgartner
84419 Obertaufkirchen
am 2.2.

Bürgermeister Frank Zeitler
92507 Nabburg
am 14.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Fischer
91096 Möhrndorf
am 11.2.

Bürgermeister Markus Dauch
92445 Neukirchen-Balbini
am 11.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Kopp
93486 Runding
am 5.2.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Echlter
86984 Prem
am 9.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Gerlach startet digitalen Pflegefinder

Bayernweit bereits knapp 900 Pflegeeinrichtungen und mehr als 200 Beratungsangebote auffindbar

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach vereinfacht die Suche nach pflegerischen Angeboten und hat dafür einen digitalen „Pflegefinder“ (www.pflegefinder.bayern) gestartet. Gerlach betonte: „Die Suche nach Pflegeplätzen, Angeboten zur Unterstützung im Alltag und Beratungsangeboten ist zeitaufwendig und häufig auch nervenaufreibend. Das wollen wir für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verbessern. Bei unserem digitalen „Pflegefinder – die Pflegebörse für Bayern“ finden Betroffene seit Januar gebündelt Pflegeangebote daheim im direkten Lebensumfeld sowie wichtige Unterstützungsmöglichkeiten und freie Pflegeheimplätze – und das mit nur wenigen Klicks.“

Die Ministerin ergänzte: „Nur zwei Wochen nach dem Start sind im Pflegefinder bayernweit bereits knapp 900 ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen und weitere Versorgungsanbieter sowie über 200 Beratungsangebote auffindbar. Damit können schon jetzt freie Pflegeheim-Plätze in Bayern recherchiert werden. Zwar gibt es regionale Unterschiede, denn noch stellen nicht alle Anbieter ihre freien Plätze auf der Plattform ein. Aber der erste wichtige Schritt für ein umfassendes Angebot in ganz Bayern ist getan.“

Gerlach erläuterte: „Wer beispielsweise einen Pflegedienst oder einen Pflegeplatz sucht, sieht im Pflegefinder direkt, ob

in der jeweiligen Einrichtung ein Platz verfügbar ist. Orientiert am Ampelsystem zeigt ein grüner Balken ‚verfügbar‘, ein gelber Balken ‚Verfügbarkeit auf Anfrage‘ und ein roter Balken ‚nicht verfügbar‘ an. Auch die Kontaktaufnahme zu den Einrichtungen und Dienstleistern kann direkt über den Pflegefinder erfolgen.“

Öffentlich keine Angabe personenbezogener Daten

Die Ministerin erläuterte: „Wer einfach nur unverbindlich suchen will, muss sich nicht anmelden. Wer eine konkrete Anfrage stellen will, muss sich beim Pflegefinder registrieren.“

Bilanz Messe München und NürnbergMesse:

Mit Rückenwind ins Jubiläumsjahr

Wieder auf Wachstumskurs befinden sich Messe München und NürnbergMesse. Nach den Corona-Jahren seien die Kunden deutlich schneller auf die Veranstaltungen zurückgekehrt als erwartet, berichteten die Münchner CEO-Doppelspitze Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel sowie NürnbergMesse-Geschäftsführer Peter Ottmann. Voller Zuversicht gehe man in das Jubiläumsjahr 2024.

Nach den Erfahrungen der Corona-Jahre waren die Planer der Messe München vorsichtig geworden und hatten die Finanzen für das Jahr 2023 behutsam kalkuliert. Dann kam das Messe- und Kongressgeschäft in München unverhofft mit Kraft zurück. Laut Hochrechnungen wurde der Umsatz um 45 Mio. auf 349,6 Mio. Euro gesteigert, das EBITDA vor Steuern, Zinsen und Abgaben um 46 Mio. auf 62,6 Mio. Euro und das Jahresergebnis kam um 47 Mio. Euro aus den roten Zahlen heraus und beträgt ein Plus von 5,6 Mio. Euro. „Und das trotz schwieriger Rahmenbedingungen in einem turnusgemäß normalen Jahr“, erläuterten die beiden Geschäftsführer im Rahmen der Jahrespressekonferenz.

Konzentration aufs Kerngeschäft

Als Gründe für die Erfolgswerte nannten sie unter anderem geringere Kosten durch die Energiepreispbremse, deutlich höhere Einnahmen bei Messen wie f.re.e, transport logistic, BAU oder EXPO REAL, sowie den Verkauf der Anteile an der Messebau-Tochterfirma meplan. „Unsere Entscheidung ist richtig, dass wir uns auf unser Kerngeschäft konzentrieren“, betonten Pfeiffer und Rummel.

Die richtigen Messen zur richtigen Zeit

Nach Angaben der CEOs profitierte die Messe München davon, dass sie 2023 die richtigen Messen zur richtigen Zeit im Angebot hatte, bei denen sich Aussteller und Besucher über derzeit drängende Themen austauschen konnten. Die aktuellen Probleme der Unternehmen hätten sich in den Foren und Konferenzen widerspiegelt: Ob bei der BAU oder der Immobilienmesse EXPO REAL (über Inflation, Energiepreise, Baustoppes oder hohe Zinsen) oder bei den Elektronikmessen wie productronica oder automatica, die erstmals gemeinsam mit der LASER World of PHOTONICS stattfand. Dort habe die Quantentechnologie eine Plattform bekommen, zudem seien die Themen künstliche Intelligenz, Lieferkettenprobleme oder Fachkräftemangel beleuchtet worden.

Ein normales Messejahr

Insgesamt sei 2023 für die Messe München ein normales Messejahr ohne viele Großveranstaltungen gewesen. So wurden 112 Veranstaltungen in den

Münchner Messehallen, im ICM – International Congress Center Messe München und im MOC – Event Center München, durchgeführt: 13 eigene Messen und 99 Gastveranstaltungen, zu denen zwei Mio. Besucher und 32.100 Aussteller kamen. Auffällig ist der wachsende Anteil ausländischer Aussteller im Vergleich zu den Jahren vor Corona. Dieser stieg in der Landeshauptstadt gegenüber den Vorveranstaltungen um drei Prozent auf 54 Prozent (rund 8.800). „Der Zuwachs gleicht aus, dass in dieser wirtschaftlich angespannten Situation deutsche Firmen etwas zögerlicher zurückkommen; das ist ein bundesweiter Trend“, stellten die CEOs fest.

Gute Finanzlage

Die gute Finanzlage macht es der Messe München leichter, zu investieren. Ein Schwerpunkt ist dabei die Nachhaltigkeit. Dafür hat sich die Messe München ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Sie will bis 2030 CO₂-neutral werden. Ein Schritt auf dem Weg dahin ist der Ausbau der Photovoltaik auf den Dächern: Hatte sie bei der Eröffnung des Messegebäudes in Riem 1998 schon die weltweit größte Solardachanlage, übernimmt sie als nächstes die bisher von Investoren betriebene Photovoltaik-Anlage auf dem Parkhaus West und erneuert sie. Dort können dann statt heute 600.000 bis zu 2,6 Mio. Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugt werden. Damit erhöht sich die Stromerzeugung auf den Messedächern von heute 2,6 Mio. Kilowattstunden auf insgesamt 4,5 Mio. Die Kosten belaufen sich auf 9 Mio. Euro.

Ein großes Stromsparprojekt ist die Umrüstung aller 18 Hallen mit 200.000 qm Fläche bis 2026 auf energiesparende LED-Beleuchtung. Kosten: 8,5 Mio. Euro. Durch beide Projekte können pro Jahr Stromkosten in Höhe von 1,2 Mio. Euro eingespart werden.

„Voller Zuversicht“ geht die Messe München laut Pfeiffer und Rummel in das Jubiläumsjahr 2024 und damit in ihr 60-jähriges Bestehen. Erstmals findet heuer die Seamless Europe, eine der weltweit führenden Technologie-Messen für FinTech und E-Commerce statt. Für den Finanz- und Handelsplatz München ist dies aus Sicht der CEOs ein „Paukenschlag“. Gleichzeitig bereite sich die Messe München auf das „Megajahr 2025“ vor, in dem fast alle Großveranstaltungen wie BAU, bauma, transport logistic, productronica, automatica, EXPO REAL oder drink

tec stattfinden werden. „Das gibt es nur alle zwölf Jahre und freut München und die ganze Region. Denn in solchen Jahren lösen die Messen eine Umwegrentabilität von mehr als vier Mrd. Euro aus“, erklärten Pfeiffer und Rummel und ergänzten: „Wir sind mit unseren Messen ein wichtiger Wirtschaftsmotor für die gesamte Region. Laut einer aktuellen Beherbergungsstatistik bringen die Münchner Messen und Gastveranstaltungen den Hotels das meiste Geld.“

Mit viel Rückenwind macht sich auch die NürnbergMesse fit für die Zukunft. Wie NürnbergMesse Group CEO Peter Ottmann deutlich machte, „sind wir dankbar, dass unsere Kunden nach den Corona-Jahren deutlich schneller auf unsere Veranstaltungen zurückgekehrt sind als erwartet. In unserem Jubiläumsjahr 2024 peilen wir einen neuen Umsatzrekord an und machen die Messe durch konsequente und nachhaltige Investitionen gleichzeitig fit für die Zukunft. Und wir freuen uns im 50. Jubiläumsjahr auf unseren fünfzigmillionsten Besucher im Messezentrum.“

Zurück auf Wachstumskurs

Nach dem Einbruch während der Corona-Jahre sei die NürnbergMesse 2023 wieder zurück auf ihren Wachstumskurs gekommen: Unter der Leitung des im August 2023 neu formierten Executive Boards erzielte sie mit voraussichtlich 250 Mio. Euro den zweithöchsten Umsatz in einem ungeraden Geschäftsjahr, in dem sie turnusgemäß weniger Veranstaltungen ausrichtete. Gegenüber dem vorherigen ungeraden Jahr 2021 konnte die Messgesellschaft nicht nur bei der Zahl der Besucher deutlich zulegen (2021: 315.000 / 2023: 1,3 Mio.), sondern auch die Ausstellerzahl (2021: 5.500 / 2023: 28.000) und Ausstellungsfläche (2021: 176.000 qm / 2023: 894.000 qm) erheblich steigern.

Insbesondere Fachmessen wie die IT-Sicherheitsmesse itrsa und Gastveranstaltungen wie die Consumata zeigten 2023 überproportionale Wachstumsraten. Das Messezentrum Nürnberg zählte durchschnittlich 1,5 Veranstaltungen pro Woche. Insgesamt waren es 80 Events mit fast 860.000 Besucherinnen und Besuchern sowie über 20.000 Aussteller auf über 644.000 qm.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Hälfte der Gesellschaft ist weiblich und doch werden Rahmenbedingungen, Regelungen, Verordnungen und letztendlich auch Gesetze überwiegend von Männern festgelegt. Der bayerische Landtag hat mit einem Frauenanteil von 25,1 Prozent nach der Wahl im Oktober nur noch 51 weibliche Abgeordnete. 2008 lag der Anteil noch bei rund 30 Prozent. In lediglich 10 Prozent der bayerischen Kommunen gibt es Rathauschefinnen. Angeblich gibt es deutschlandweit mehr Bürgermeister mit dem Vornamen Thomas als Frauen im Bürgermeisteramt.

Vielleicht liegt es an dem momentan sehr aggressiven Umgangston in unserer Gesellschaft, dass immer weniger Frauen sich entscheiden,

Frauen in die Politik!

sich aufstellen zu lassen. Aber das betrifft die Männer gleichermaßen und ich denke nicht, dass Männer persönliche verbale Attacken leichter wegstecken als Frauen.

Was offensichtlich ist: Immer mehr Kommunen haben Schwierigkeiten überhaupt noch Menschen zu finden, die sich dafür begeistern lassen, sich für ein kommunalpolitisches Mandat aufzustellen. Und hier sind ganz klar wir, die kommunal Aktiven, gefordert. Wir müssen die guten Seiten benennen und klar aufzeigen, es gibt keinen schöneren Job als den des Bür-

GZ

KOLUMNE
Carmen Pepiuk

germeisters. An keiner Stelle in der Gemeinschaft ist man/frau in der Lage, unmittelbar für die Verbesserung der Lebensqualität der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu sorgen. Wenn ich sehe, wie sich Projekte entwickeln, an deren Umsetzung ich aktiv beteiligt bin, dann macht mich das glücklich und stolz.

Was können wir also tun, dass sich wieder mehr Leute für diese Arbeit interessieren? Ich bin der Meinung es hilft immer, auf geeignete Personen zuzugehen und zu fragen.

Es muss ständige Nachwuchsförderung betrieben werden, damit die Entscheidungsebene nicht mangels Personals den Betrieb einstellt.

Die KPv hat daher – auf Initiative von Altbürgermeisterin Christine Borst aus Krailling – im vergangenen Jahr mit großem Erfolg am Weltfrauentag einen Kongress der CSU-Kommunalpolitikerinnen abgehalten. An diese erste Veranstaltung knüpfen wir heuer an, merken Sie sich also bitte den 8. März 2024 im Kalender vor und kommen Sie zu uns nach München, egal ob männlich oder weiblich. Denn klar ist: Für eine wirkliche Förderung von guten Politikerinnen und Politikern brauchen wir genauso die Männer wie die Frauen!

Mit Blick auf die anstehenden Europawahlen haben wir das Thema „Frauen mit/in/für Europa“ gewählt. Es erwarten Sie interessante Gäste und spannende Diskussionen rund um die Themen Frauen und Europa. Ich freue mich sehr, wenn wir uns dann persönlich sehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Carmen Pepiuk

Stv. Landesvorsitzende der KPv Bayern
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Traitz

„Für 2024 peilt die NürnbergMesse aufgrund des starken Gruppen-Wachstums einen neuen Umsatzrekord von rund 340 Mio. Euro sowie einen Konzerngewinn im hohen einstelligen Millionenbereich an“, hob Ottmann hervor. Das bestehende Produktportfolio aus Messen und Kongressen werde nicht nur gestärkt, sondern weiter ausgebaut: 77 Veranstaltungen, davon 27 Messen, seien derzeit im Messezentrum Nürnberg geplant. Nach den Worten von Petra Wolf, Senior Vice President Product Management, „erfreuen sich unsere Veranstaltungen nach einem erfolgreichen Messejahr 2023 auch im Messejahr 2024 einer starken Nachfrage. Trotz der aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen in den jeweiligen Branchen blicken wir daher mit großer Zuversicht in die Zukunft.“

Als weiteren Schwerpunkt investiert die NürnbergMesse

2024 in die Digitalisierung ihrer Produkte und Services. Das Augenmerk liegt dabei auf der Optimierung und dem Ausbau von E-Commerce. Neben der Weiterentwicklung hin zu kundenzentrierten IT-Systemen stehe der Ausbau der digitalen Produktangebote im Fokus, um damit Relevanz und Reichweite der Veranstaltungsmarken zu stärken. Wie Dr. Martin Kassubek, Senior Vice President Business Development, feststellte, „wollen wir es unseren Kunden künftig noch einfacher machen, unsere Produkte und Services zu nutzen. Deshalb entwickeln wir unsere digitalen Produktangebote konsequent entlang der Kundenbedürfnisse – online und onsite“.

Fit für die Zukunft

Um auch das teils seit dem Gründungsjahr 1974 bestehende Messegelände fit für die Zukunft zu machen, sieht die Nürn-

bergMesse 2024 Investitionen in ihre Infrastruktur von über 50 Mio. Euro vor. Im Mittelpunkt stehen dabei Kundenservice und Nachhaltigkeit. Einen wichtigen Beitrag liefern hierbei die Planungen für eine CO₂-neutrale Energieversorgung bis 2028. Bis September dieses Jahres soll die erste Phase der hybriden Energieversorgung abgeschlossen werden. Dann werden insgesamt 21.000 Photovoltaikmodule auf sieben Hallen und einem Parkhaus die Messe mit grünem Solarstrom versorgen.

Investiert wird auch in ein neues Mitarbeitergebäude am Eingang NCC Mitte: Das bisherige Gebäude wird saniert und damit 2024 der Grundstein für moderne und nachhaltige Arbeits- und Bürowelten unter dem Namen „NXT74“ gelegt – in Anlehnung an die Gründung der NürnbergMesse vor 50 Jahren und gleichzeitig als Ansporn für weitere Erfolgskapitel. **DK**

Bayerisches Energie- und WasserkraftForum

Am 23.4.2024 veranstalten Bayerische Gemeindezeitung und Bayerischer Gemeindegtag das Bayerische Energie- und WasserkraftForum in der Stadthalle Gunzenhausen.

Es handelt sich dabei um eine Fachveranstaltung für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider, die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit Energie- und Klimaschutzthemen betraut sind.

Partner, die sich an der Veranstaltung beteiligen wollen, dürfen sich gerne unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de melden. Besucher können sich unter www.bayerisches-energieforum.de registrieren.



15. BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM



10. BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM

Deutsche Liebeshauptstadt 2022

Im deutschen Süden halten die Ehen am besten

Wenn in Würzburg die Hochzeitsglocken läuten, hält die Ehe für die Ewigkeit – zumindest bei 85 Prozent der Pärchen. Wo die Liebe ebenfalls am längsten währt, hat das Informationsportal Betrugstest.com in 100 deutschen Städten analysiert.

Dabei wurden die Ehelösungen in das Verhältnis zu den Eheschließungen gesetzt. Dabei kam heraus, dass in Baden-Württemberg die Scheidungsrate mit 0,33 durchschnittlich am geringsten war. Knapp aber glücklich folgt Bayern mit einem Trennungsanteil von 0,34.

Die wohl glücklichsten Ehepaare wohnen in Würzburg. In der Franken-Metropole beträgt die Scheidungsquote gerade einmal 0,15. In Freiburg, Bamberg und Heidelberg leben die Menschen ebenfalls recht glücklich.

Die Quote beträgt hier 0,17 bzw. jeweils 0,18. Trier und Schweinfurt gelten als sehr romantisch; kein Wunder also, dass die Scheidungsquote hier gerade einmal bei 0,2 liegt. Ulm folgt mit einer Scheidungsquote von 0,22. Regensburg, Darmstadt und Rosenheim finden sich auf Platz acht bis neun ein, mit 0,23, 0,24 und 0,26 Trennungen pro geschlossenen Ehebund.

<https://www.betrugstest.com/magazin/deutsche-liebeshauptstadt-2022-hier-gilt-happily-ever-after.html>



Wir ampeln nicht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

von „Landwirtschaft verbindet Bayern“ zu einem Meinungsaustausch.

Mit Prof. Dr. Angelika Niebler, Vorsitzende der CSU-Europapartei im Europäischen Parlament und CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und der Europäischen Volkspartei, stimmten sich die Abgeordneten auf die Europawahlen im Juni ein und hielten ihre Vision von Europa in der Resolution „Ein handlungsfähiges, bürgernahes Europa – für Bayerns Zukunft“ fest.

„Die CSU ist die Schutzmacht der Mittelschicht und der Normalverdiener. Wir geben neue Sicherheit und neue Ordnung“, versprach Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Grundsatzausrede. Zudem bekräftigte Söder ein Genderverbot im staatlichen Bereich. Zugleich müssten Initiativen ergriffen werden, um die Deindustrialisierung zu stoppen. Dazu gehöre eine zukunftsfähige Energieproduktion auch im Inland und nicht nur der teure Zukauf aus dem Ausland. „Wir sollten neben dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien wie Wasserkraft, Geothermie, Wind und Biomasse auch auf neue Formen der Kernenergie und Kernfusion setzen.“ Überdies will sich der Freistaat an Leitungen für Gas und Wasserstoff beteiligen.

Darüber hinaus ist eine Verschlingung der Verwaltung angekündigt. „Grundsätzlich gilt: Stellenaufbau wo nötig, Stellenabbau wo möglich“, erklärte der Ministerpräsident. So sollen bis 2035 bis zu 5.000 Stellen durch den Abbau von Bürokratie und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz eingespart werden. Nur durch einen schlanken Staat könne die Schuldenbremse auf Dauer eingehalten und der Haushalt solide finanziert werden. Zur Entbürokratisierung sollen zehn Prozent der Verwaltungsvorschriften abge-

baut, Statistikpflichten reduziert und künftige Gesetze zunächst mit einem Haltbarkeitsdatum von fünf Jahren versehen werden. Für jedes neue Gesetz sollen zwei alte abgeschafft werden. Zudem kündigte Söder ein „Entrümpelungsgesetz“ an. In einer ganzen Reihe von Gesetzen sollen Fristen verkürzt, Statistikauflagen reduziert, Genehmigungspflichten gestrichen oder Entscheidungen wie etwa über Stellplätze bei Bauprojekten den Kommunen übertragen werden.

Migration ist Söder zufolge ein Schlüsselthema. Es brauche Migration in den Arbeitsmarkt, aber nicht in die Sozialsysteme, weshalb eine echte Wende in der Migrationspolitik mit einer klaren Integrationsgrenze, einem geänderten Asylrecht und einem wirksamen Grenzschutz vonnöten sei.

Bürgergeld der falsche Ansatz

In der Sozialpolitik sei Bürgergeld der falsche Ansatz. „Das Bürgergeld ist Sozialhilfe. Und so muss es auch genannt werden.“ Wer länger einbezahlt habe und bereit sei zu arbeiten, müsse mehr bekommen als diejenigen, die noch nie die Chance zur Einzahlung gehabt hätten. Außerdem müssten die Regeln für die doppelte Staatsbürgerschaft geändert werden. „Wer unsere Verfassung missachtet und auf den Straßen ein Kalifat fordert, muss die deutsche Staatsbürgerschaft wieder abgeben.“

Der Ministerpräsident gab auch ein Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen und dem weiteren Zuwachs der Lehrstellen ab. So sind bei Schule/Bildung und im Bereich Polizei rund 6.000 neue Stellen geplant. Gerade in der Grundschule sollen die Kernkompetenzen gestärkt werden. So wird es pro Woche eine zusätzliche Stunde Deutsch-Unterricht geben, ohne aber die Gesamtzahl der Stunden zu erhöhen, kündigte Söder an. Vor der Einschulung

werden verpflichtende Sprachtests eingeführt. Bei Defiziten sollen sich noch ein zusätzliches Kindergartenjahr oder Sprachkurse anschließen. Zudem sollen bei Lehrkräften Anreize für weniger Teilzeit- und mehr Vollzeitarbeit geschaffen werden, um eine gute Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland und Bayern wies Söder darauf hin, dass Bayern ein eigenes Bundeswehrgesetz auf den Weg bringen werde. Es soll die Bundeswehr und die Wehrindustrie bei Bildung und Forschung und im Bereich der Landesplanung mit Kooperationsgeboten und bei der Berufsberatung stärken.

In einer angespannten Haushaltslage muss Söder zufolge nicht nur der Staat sparen, sondern auch der Öffentliche Rundfunk. „Wir sagen ja zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, aber nein zu einer Gebührenerhöhung. Damit der Rundfunk Zukunft hat, sind strukturelle Veränderungen und Reformen dringend notwendig.“ Die Kernprogramme wolle man erhalten, aber rund 20 TV- und Radioprogramme streichen. Weiter sollen die Gehälter der Führungskräfte an den öffentlichen Dienst angepasst und der Fokus wieder mehr auf den Bildungsauftrag und nicht die Unterhaltung gelegt werden. Mit der CSU werde es keine Erhöhung des Rundfunkbeitrags geben, stellte Söder abschließend klar. **DK**

Mehr Geld ins ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tischer Spielball zwischen Bund und Ländern sein, sondern müsse im Sinne der Patientinnen und Patienten gelöst werden.

Laut DStGB braucht es einen umfassenden Umbau im Gesundheitssystem, das vor der größten Reform seiner jüngeren Geschichte steht. Daher müssten auch die Länder diesen Umbau auskömmlich finanzieren und mittragen, wenn es etwa um Investitionen in Klinikstandorte geht. Der angekündigte Transformationsfonds sollte daher auskömmlich und auf breiten Schultern finanziert sein. Bei der Krankenhausplanung müsse künftig klar sein, dass das Ziel eine bestmögliche Versorgung der Patienten sein muss. Dies könne auch bedeuten, dass Häuser und Standorte schließen müssen. Diese Diskussionen gelte es in den nächsten Monaten und Jahren zu führen.

Warnung vor Engpässen

Der Deutsche Landkreistag warnt vor Engpässen bei der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Es dürfe nicht sein, „dass sich die gesundheitliche Versorgung außerhalb der großen Städte verschlechtert. Das wäre eine Politik vorbei am Großteil der Bevölkerung“, unterstrich Präsident Reinhard Sager. Er forderte „die Sicherheit, dass die geplante Krankenhausreform nicht zu übermäßigen Einschränkungen in der Fläche führt“. Konkret forderte Sager kurzfristige finanzielle Hilfen, um die inflationsbedingten Mehrkosten der Krankenhäuser auszugleichen.

Die Reform sieht im Kern vor, das Vergütungssystem der Kliniken mit Pauschalen für Behandlungsfälle zu ändern, um sie von finanziellem Druck zu immer mehr Fällen zu befreien. Künftig sollen sie 60 Prozent der Vergütung allein schon für das Vorhalten von Leistungsangeboten bekommen.

„Ein neues System der Krankenhausfinanzierung ist längst überfällig. Wir unterstützen die Grundidee der geplanten Krankenhausreform, Fallpauschalen durch Vorhaltepauschalen zu er-

Keine Einsparungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schließen und beruflicher Qualifikationen aus den Heimatländern schneller und unbürokratischer werden.“

Breites Hilfenetz

Trotz vieler offener Stellen und Fachkräftemangel sinkt die Zahl arbeitsloser Menschen kaum. Ein sehr großer Anteil dieser Menschen hat keinen Berufsabschluss. Jedes Jahr verlassen zudem fast 50.000 Jugendliche die Schulen ohne Schulabschluss. Vielfach sind es Jugendliche mit einem schwierigen Lebensumfeld, die trotz vieler offener Stellen keinen Ausbildungsplatz finden. „Um diese Menschen individuell zu fördern, gibt es in den Städten gemeinsam mit den Jobcentern ein breites Hilfenetz. Wir klingeln an den Türen und kümmern uns darum, dass sie Schul- und Berufsabschlüsse nachholen, sich orientieren oder ausbildungsfähig werden“, unterstrich Lewe. Für diese Menschen werde eine gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungs-offensive benötigt, die Lebensperspektiven schafft. „Das wäre auch ein Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel.“

Die Städte wissen um den Spardruck der Bundesregierung nach dem Haushaltsurteil. Dies trifft auch die aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsagenturen werden in den nächsten vier

Jahren über fünf Milliarden Euro einsparen müssen, die Jobcenter werden in ähnlicher Größenordnung weniger Mittel zur Verfügung haben. „Die Sparmaßnahmen schränken deutlich die Möglichkeiten ein, Menschen zu qualifizieren, weiterzubilden und die Integrationen zu finanzieren. Das kann nicht das letzte Wort sein“, so der Städtetagspräsident. „Die Jobcenter und Agenturen leisten bei der anstehenden Transformation in der Wirtschaft, bei der Integration und Zuwanderung einen unverzichtbaren Job. Der Bundesregierung muss klar sein: Wer an Weiterbildung und Qualifizierung spart, erschwert die Suche nach Arbeits- und Fachkräften erheblich.“

Bewussterer Umgang mit Wasser

Nach den heißen Sommern in 2022 und 2023 setzen sich die Städte darüber hinaus für einen bewussteren Umgang mit Wasser ein. Viele Jahrzehnte galt Wasser in Deutschland als praktisch unbegrenzte Ressource, erklärte Verbandspräsidentin Katja Dörner, Oberbürgermeisterin aus Bonn. Spätestens die letzten Hitzesommer hätten allerdings eindringlich gezeigt, dass das keine Selbstverständlichkeit mehr ist: „Regional und saisonal kann es auch bei uns zu Wasserknappheit kommen. Wir brauchen einen bewussteren Umgang mit unserem Grundwasser sowie mit Wasser aus Flüssen, Bächen und Seen. Dürren und sinkende Grundwasserspiegel haben erhebliche Auswirkungen auf Menschen, Umwelt und Klima, aber auch auf Industrie und Landwirtschaft.“

Laut Dörner ist die Wasserversorgung in Deutschland sicher. „Aber wir müssen jetzt aktiv werden, damit das auch in Zukunft so bleibt. Bund und Länder müssen dafür den rechtlichen Rahmen schaffen.“ Um die Ressource Wasser besser zu schützen, brauche es mehr Daten zum Wasserverbrauch: Oft fehlten den Kommunen Informationen darüber, wer wie viel Grundwasser oder Wasser aus Flüssen, Bächen und Seen entnimmt, betonte Dörner. Denn bisher müsse nicht jede Entnahme etwa für Bewässerung in der Landwirtschaft genehmigt werden. Dies sei nicht mehr zeitgemäß. Dörner forderte daher klarere Regeln im Wasserhaushaltsgesetz. Nur wenn eine Gesamtübersicht vorliege, könnten frühzeitig Maßnahmen gegen Wasserknappheit ergriffen werden.

Regional sei es in den vergangenen beiden Sommern zu Wasserknappheit gekommen: Jeweils rund 80 Kommunen hätten Allgemeinverfügungen erlassen, die die Nutzung von bestimmte Zwecke beschränkten oder die Entnahme von Wasser aus Flüssen und Seen zeitweise untersagten. Bisher habe sich jede Kommune die Verfügung selbst stricken müssen. Deshalb wünschten sich die Städte hier zu klarere Leitlinien von Bund und Ländern. Zudem seien bundesweit einheitliche Entnahmengelte aus Grundwasser und Oberflächengewässern sinnvoll. Dabei gehe es nicht um Gebühren für Privathaushalte, sondern vor allem für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft. Derzeit gebe es in 13 von 16 Bundesländern Entnahmengelte, deren Höhe unterschiedlich sei.

„Unser sauberes Leitungswasser mit seiner außergewöhnlichen Qualität für die Bewässerung von Bäumen oder Feldern zu nutzen, ist in vielen Fällen vollkommen widersinnig“, stellte die Vizepräsidentin fest. Deshalb sprachen sich die Städte da-

Manifest erarbeitet:

Jugend gemeinsam für Europa

Dass Jugendarbeit über Grenzen hinweg funktioniert, zeigt das Projekt „Jugend gemeinsam für Europa“. Mehr als 15.000 junge Menschen aus Bayern und der Tschechischen Republik haben teilgenommen und ihre Ideen und Impulse eingebracht. Das Ergebnis: ein Manifest und zwei Projekte, die nun realisiert werden.

Bayerns Jugendministerin Ulrike Scharf zieht eine positive Bilanz: „Das Projekt ist ein gelungenes Beispiel für grenzüberschreitende Jugendarbeit. Mit ihrem Manifest haben die jungen Menschen ihre Visionen und Wünsche für Europa aufgezeigt.“

Kernfrage des Gesamtprojekts war: Was macht ein stärkeres und nachhaltigeres Europa aus? Zunächst brachten 15.000 junge Menschen bei einer Online-Konsultation knapp 600 Vorschläge, Projekte und Ideen ein. Im Anschluss konnten sich Teilnehmer bei den Jugenddialogtagen in Furth am Wald persönlich austauschen und die Ideen diskutieren.

<https://www.stmas.bayern.de/aktionsplan-jugend/>

für aus, die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser dort zu vereinfachen, wo kein Wasser in Trinkwasserqualität benötigt wird. Dies sei auch der Ansatz des 2023 verabschiedeten „Water Reuse Act“ der EU, dessen Umsetzung Bund und Länder vorantreiben müssten. Dann könnte recyceltes Abwasser in bestimmten Fällen etwa zur Bewässerung in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Außerdem sollte der Anwendungsbereich der EU-Verordnung so erweitert werden, „dass auch wir Städte recyceltes Wasser zur Bewässerung unseres Stadtgrüns einsetzen können“.

Trierer Erklärung

In einer abschließenden „Trierer Erklärung“ unterstreicht der Deutsche Städtetag, es nicht hinzunehmen, „dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren“. Hintergrund ist das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland.

„Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben“, heißt es in der Erklärung. „Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.“

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssten immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebe von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Dies hätten Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in zahlreichen Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, sendeten ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften. **DK**

Bitcoin ist ein Rohstoff:

„Im Grunde betreiben wir Verbraucherschutz“

Als erste Regionalbank deutschlandweit unterstützt die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte mit Hauptsitz in Ingolstadt ihre Mitglieder und Kunden bei der Verwahrung von Bitcoin mit Know-how. Wie das funktioniert, warum sich die Bank mit Bitcoin auseinandersetzt und ob Kommunen für das Thema sensibilisiert werden müssen, erklärt Vorstandsmitglied Andreas Streb im Gespräch mit Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Herr Streb, seit wann und warum beschäftigen Sie sich persönlich mit dem Thema Bitcoin?
Andreas Streb: Mein Nachbar wollte im März 2020 von mir wissen, ob wir als Bank uns mit dem Thema „Bitcoin“ auseinandersetzen. Ich persönlich war bis zu diesem Zeitpunkt der Meinung,

ich habe in einem Selbstversuch über die Börse Stuttgart Bitcoin gekauft. Das war nicht so einfach und mir wurde dadurch bewusst, dass für unsere Kunden Beratungsbedarf besteht, den wir als regionaler Ansprechpartner für unsere Kunden decken müssen.



Andreas Streb. Bild: VR Bank Bayern Mitte

dass Bitcoin nichts mit Geld zu tun hätte und Blockchain war für mich ein Fremdwort. Aber mein Interesse war geweckt und

gie verbraucht, heißt das nicht, dass es schlecht ist: E-Mobilität verbraucht Energie, Streaming verbraucht unendlich viel Energie, reguläre Finanzdienstleistungen verbrauchen Energie. Bei Bitcoin, hinter dem ein dezentrales, Computer-Netzwerk mit offener Programmierung steht, resultiert der hohe Energieverbrauch aus der Verwendung des „Proof-of-Work“-Algorithmus, der der Bitcoin-Blockchain zugrunde liegt und der für Sicherheit im System sorgt. In diesem System wird jeder neue Bitcoin durch Energie erzeugt und die Erzeugung wird immer schwieriger, was Bitcoin so wertvoll macht. Zudem ist die Erzeugung sehr streng limitiert. Noch strenger als zum Beispiel der Goldabbau. Anders ausgedrückt: Der Wert von Bitcoin spiegelt sich im hohen Energieeinsatz, denn dieser ist die sichere Verbindung aus der digitalen in die reale Welt.

Sicherheit im System

GZ: „Bitcoin ist Energieverschwendung und erleichtert Kriminalität“. Wie oft hören Sie das und was entgegenen Sie?

Streb: Solche Fragen zeigen, dass die Person viel Meinung und wenig Ahnung hat. Das soll nicht herablassend klingen; es ist mein voller Ernst. Um Bitcoin zu verstehen, braucht es Zeit, die man bereit sein muss zu investieren. Verkürzt lässt sich sagen: Das System Bitcoin hat nichts mit Betrügereien zu tun, wie sie beispielsweise rund um den Crash der Krypto-Börse FTX passiert sind. Sonst müsste jede Bankenpleite auch stellvertretend eine Pleite unseres Finanzsystems sein. Bitcoin ist auch kein Schneeball- oder Pyramidensystem. Und zum Energiethema: Nur weil etwas Ener-

Lebenslange Kundenbeziehungen

GZ: Wie ist es Ihnen gelungen, Ihren Vorstand zu überzeugen, dass ein eigenes Angebot sinnvoll ist?

Streb: Unsere Bank gibt es seit 125 Jahren und unsere Kunden betreuen wir selbst vor Ort und vermitteln sie nicht an jemand anderen für spezielle Angebote wie beispielsweise Bitcoin. Unsere Kundenbeziehungen halten ein Leben lang. Mit dieser Prämisse, verbunden mit unserem

Anspruch, als Dienstleister Unterstützung in sämtlichen finanziellen Angelegenheiten zu liefern, war sich der Vorstand über die Sinnhaftigkeit einer Auseinandersetzung mit der Thematik sehr schnell einig. Schließlich hat sich so auch ein völlig neues Produkt für die Bank entwickelt.

GZ: Gab es unerwartete Hürden? Wer hat Ihnen in der Umsetzung geholfen? Werden Sie von anderen (Regional-)Banken nach Ihrer Expertise gefragt?

Streb: Lassen Sie mich hier etwas ausholen: Seit 2020 steht im Kreditwesengesetz (KWG), der Bibel aller Banker, dass Anbieter von Kryptowährungen eine Banklizenz brauchen. D.h. die deutsche Bankenwelt hätte spätestens dann wissen müssen, dass Kryptoverwahrung Bankgeschäft ist. Aber wie schon bei Paypal und Co. wurde auch hier die Entwicklung verschlafen und mit der Firma Coinbase war es wieder ein amerikanisches Unternehmen, das die erste Kryptoverwahrungslizenz in Deutschland beantragt und auch bereits im Juni 2021 bekommen hat. Wir sind tatsächlich die erste heimische Bank, die ihren Kunden ein Bitcoin-Angebot machen kann. Und nur allein deswegen konnten wir über 100 Neukunden gewinnen, die nur deshalb auf uns gekommen sind. Die wären sonst zu einem anderen, vielleicht weniger seriösen Anbieter gegangen. Im Grunde betreiben wir Verbraucherschutz.

Für uns war die Entwicklung dieses komplett neuen Produktes außergewöhnlich und absolutes Neuland. Wir haben uns die Expertise von Joe Martin, Bitcoin-Berater und Buchautor, ins Haus geholt und alle 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aus dem Vertrieb über die Innenrevi-

sion bis hin zur Compliance-Abteilung, sowie die Führungsriege intensiv geschult. Ich war in allen diesen Sitzungen dabei. Mit der rechtlichen Unterstützung des Genossenschaftsverbands Bayern und auch durch die Bundesbank war es uns möglich, 2022 an den Start zu gehen. Jetzt gibt es bundesweit Nachfragen und mit der Volksbank Mittlere Schwarzwalde hat das erste Institut unsere Idee übernommen.

GZ: Was ist Ihr konkretes Angebot?

Streb: Durch unsere gemeinsame intensive Beschäftigung mit Bitcoin haben wir den Mehrwert ermittelt, den wir unseren Kunden bieten können. Daraus haben wir ein Dienstleistungsangebot entwickelt, das die drei folgenden Hauptthemen abdeckt:

- Kundeninformation: Schritt 1 ist ein einstündiges Informationsgespräch, das Basiswissen vermittelt: Was ist die Blockchain, was ist eine Wallet, welche unterschiedlichen Wallets gibt es, was ist der Private-Key, usw.
- Im nächsten Schritt leisten wir Unterstützung bei der Verwahrung, denn Bitcoin ist im Grunde digitales Gold für dessen sichere Lagerung der Besitzer selbst sorgen muss. Nützliche Werkzeuge und ein gemeinsam mit Joe Martin entwickeltes Handbuch bieten wir in einem Online-Shop über unsere Website (<https://www.vr-bayernmitte.de/privatkunden/sparen-geldanlage/bitcoin.html>) an.
- Und schließlich können unsere Kunden über das Girokonto sehr einfach Bitcoin erwerben. Wichtig ist, dass die Bank nicht die Bitcoin der Kunden verwaltet. Der Kunde ist immer selbst verantwortlich, wird aber von uns kompetent unterstützt.

GZ: Warum nur Bitcoin?

Streb: Bitcoin ist die einzige echte dezentrale Blockchain-Anwendung, die weltweit sicher funktioniert. Sie ist für jeden nachvollziehbar und gegen Manipulationen gesichert. Bitcoin ist unabhängig, hat keine Zentrale, keinen Emittenten und keine Marketingabteilung. Gary Gensler, Vorsitzender der US-Börsenaufsicht SEC, verwendet folgendes Bild: Bitcoin ist Rohstoff, alle anderen Kryptowährungen sind Wertpapiere, hinter denen wieder ein erfolgsabhängiges Geschäftsmodell steht. Wenn wir noch das Beispiel Ethereum bemühen wollen, neben Bitcoin eine andere Kryptowährung. Hier konnte 2022 der Mechanismus von „Proof of Work“ zu „Proof of Stake“ mit dem Ziel geändert werden, den Energieverbrauch zu reduzieren. Aber allein die Tatsache, dass eine so drastische Änderung möglich war, zeigt ja, dass möglicherweise auch andere Änderungen an der Kryptowährung vorgenommen werden könnten. Daher ist Ethereum für uns keine Option, weil wir unseren Kunden keine solchen Risiken zumuten wollen.

GZ: In El Salvador ist Bitcoin offizielles Zahlungsmittel. Der Schweizer Kanton Zug, die Gemeinde Zermatt und jetzt auch die Stadt Lugano erlauben die Bezahlung von kommunalen Dienstleistungen und Steuern in Bitcoin. Könnte das auch für unsere Kommunen denkbar sein?

Streb: Dass Bitcoin offizielles Zahlungsmittel wird, das braucht noch Zeit. Dass er dafür taugt, habe ich bei einer Bitcoin-Konferenz in Lugano selbst erlebt. Dort kann inzwischen in 300 Geschäften mit Bitcoin gezahlt werden. Insbesondere in Ländern ohne funktionierendes (Fortsetzung auf Seite 6)

bayern.vr.de

Zusammen
können wir
mehr erreichen.

Morgen kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Gesellschaftliches Engagement zeigt sich für uns nicht in Worten, sondern in Taten. Wir fördern nachhaltige Projekte in der Region, deren Bandbreite von Jugendarbeit über Crowd-Funding bis hin zu Vereinssport und kulturellen Initiativen reicht. Für ein Morgen, das ein Miteinander ist.

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**

Explosive Lage:

Warum ein Gesetz Geldautomaten nicht schützt

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Die Geldautomatensprenger treiben in Deutschland weiter ihr Unwesen. 462 mal versuchten sie im letzten Jahr, Geldmaschinen mit Explosivstoffen zu knacken. Im Freistaat schlugen die Sprengstoffgangster 21 mal zu. Zwar liegt bundesweit die Zahl der versuchten und vollendeten Anschläge knapp unter der des bislang schlimmsten Schreckensjahres 2022 mit 496 Attacken. Und auch in Bayern ist sie rückläufig. Dennoch verharrt die Zahl der Angriffe auf Geldausgabeautomaten in Deutschland seit 2020 auf hohem Niveau.

Die Gesamtzahl der Automaten sprengungen im laufenden Jahrzehnt addiert sich mittlerweile auf knapp 1.800, davon 99 in Bayern. Die Räuber kommen freilich nicht bei jedem Versuch an die Geldkassette, verursachen aber in der Regel beträchtlichen Sachschaden. Sie gefährden mit ihren kriminellen und zumeist nächtlichen Taten zudem in erheblichem Maße Menschen im Wohnumfeld der Geldautomaten.

Die Lage ist explosiv. Dass es entsprechend immer wieder Forderungen gibt, den Geldautomatenbetreibern – zumeist Banken – gesetzlich und damit verbindliche Sicherheitsmaßnahmen aufzuerlegen, liegt auf der Hand. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert das. Ähnliches war im Vorfeld der letzten Innenministerkonferenz der Länder im Dezember vereinzelt und zum wiederholten Male aus dem Kreis der Minister zu hören.

Der Reflex zur gesetzlichen Maßnahme liegt zwar nahe. Aber trägt er zur Lösung bei? Allenfalls vordergründig. Die nähere Betrachtung zeigt, dass die Banken längst handeln. Sie haben in den letzten Jahren deutschlandweit bereits 300 Millionen Euro in zusätzliche Automaten sicherheit investiert. Und sie werden in den nächsten Jahren weiter investieren. Kein Bankvorstand hat

ein Interesse daran, dass Geldautomaten in die Luft gejagt, Gebäude in Trümmer gelegt, Leib und Leben von Menschen gefährdet werden. Die Institute werden deshalb weiter standortbezogene Risikoanalysen vornehmen und – wo nötig – zusätzliche bauliche Maßnahmen an den Standorten der Geldautomaten genauso ergreifen wie spezielle Präventionsmaßnahmen an den Geräten selbst. Schließzeiten werden ebenso geändert wie Schließsysteme, die die Zugänge zu den Automaten regeln. Das haben die Banken glaubwürdig angekündigt und zwischenzeitlich schon in vielen Fällen umgesetzt. Alle diese Maßnahmen werden womöglich mittelfristig die Zahl der Automaten sprengungen verringern.

Was die Banken aber bei allen Anstrengungen nicht beseitigen können, ist das Thema hinter dem Thema. Es darf als erwiesen gelten, dass es nicht Kleinkriminelle sind, die auf eigene Rechnung mit Explosivstoffen hantieren und in den Nachtstunden durch Automaten sprengungen für Schrecken sorgen. Vielmehr sind es die Handlanger der organisierten Kriminalität. Sie agieren strikt nach Anweisung. Ihre Raubzüge in deutschen Gemeinden und Städten dienen kriminellen Schattenmännern in den Nieder-

landen zur Geldbeschaffung.

Anschläge auf Geldautomaten sind auch kein neues Phänomen. In der Polizeistatistik wird es seit 2005 erhoben. Das Bundeskriminalamt ordnet die Geldautomaten-attacken längst der organisierten Kriminalität zu. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts dynamisiert sich die Entwicklung. Insofern gehört zu einer ursachenadäquaten Lösung auch die Debatte um einschlägige politische Maßnahmen, die die Ermittlungsbehörden im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und ihre Finanzierungsstrukturen stärken – national wie europäisch.

Die Lösung für das Thema Geldautomaten sprengungen allein bei den Banken zu verorten, wird der Dimension des Ganzen nicht gerecht. An verschiedenen Stellen sind Hausaufgaben zu erledigen. Die Banken haben un- zweifelhaft die ihren. Die Bun-

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

derlande zur Geldbeschaffung.

Weniger Geldautomatensprengungen

In Bayern kam es nach Angaben des Landeskriminalamtes im Jahr 2023 zu 21 Sprengstoffattacken auf Geldautomaten. 17 mal erlangten die Täter Geldbeute. In knapp der Hälfte der Fälle schlugen die Bankräuber in unter- und mittelfränkischen Kommunen zu. Oberbayern blieb von den Raubzügen verschont. Die Zahl der Geldautomatensprengungen ist im Vergleich zum Vorjahr (37 Fälle) deutlich zurückgegangen, liegt jedoch noch immer über der Fallzahl des Jahres 2021 mit 17 Attacken. Insgesamt wurden im Bundesgebiet 2023 462 Geldmaschinen gesprengt, 34 weniger als im Jahr 2022. (jmg)

Volks- und Raiffeisenbanken:

Solidarisch an der Seite der Landwirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe sicherstellen

Die bayerische und deutsche Landwirtschaft spielt in einer Zeit geopolitischer Unsicherheit eine herausragende Rolle für die verlässliche, regionale Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln. Es ist von großer Bedeutung, die hiesige Landwirtschaft zu stärken und zu fördern. Die aktuellen politischen Entwicklungen gehen jedoch in die entgegengesetzte Richtung, indem die Bundesregierung mit ihren jüngsten Beschlüssen zusätzliche Belastungen für Landwirte schafft. Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Gregor Scheller, äußerte sich besorgt: „Die Einschnitte sind enorm und treffen die Landwirtschaft inmitten tiefgreifender struktureller Veränderungen“, betonte er in München.

Insbesondere die Entscheidungen in Berlin zur Streichung der Rückerstattung der Energiesteuer beim Agrardiesel und der Befreiung land- und forstwirtschaftlicher Maschinen von der Kfz-Steuer werden als schwerwiegende Einschnitte empfunden. Deren Rücknahme beziehungsweise Relativierung sind ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Die bayerische Genossenschaftsorganisation unterstützt die heimische Landwirtschaft und teilt die Besorgnis über die bestehenden Herausforderungen.

Entlastungen und Verlässlichkeit

In Solidarität mit den laufenden Protesten der Landwirte setzen sich die Volks- und Raiffeisenbanken sowie die genos-

senschaftlichen Waren- und Dienstleistungsunternehmen für eine nachhaltige Stärkung der einheimischen Landwirtschaft ein. „In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen benötigt die Landwirtschaft dringend Entlastungen und Verlässlichkeit“, sagte der GVB-Präsident. Es ist unser gemeinsames Ziel, eine Politik zu fördern, die die Belange der Bäuerinnen und Bauern angemessen berücksichtigt und die deutsche Landwirtschaft unterstützt. Die Volks- und Raiffeisenbanken setzen sich dafür ein, dass die Interessen der Landwirte in den politischen Entscheidungsprozessen angemessen gewichtet werden, eine nachhaltige Zukunft für die heimische Landwirtschaft gewährleistet ist und damit die Versorgung der Menschen in unserem Land.“ □

IT-Probleme bei der Postbank:

Gesetzlich pauschalierter Schadensersatz erforderlich

Sascha Straub, Referatsleiter Finanzdienstleistungen bei der Verbraucherzentrale Bayern, äußert sich zu den Problemen der Deutschen Bank bei der IT-Umstellung ihrer Tochtergesellschaft Postbank.

„Die Deutsche Bank kann entgegen eigener Ankündigung ihren Zeitplan für die Problembehebung durch die IT-Umstellung bei der Postbank nun doch nicht einhalten. Obwohl Kundinnen und Kunden der Postbank seit über einem Jahr mit erheblichen Leistungseinschränkungen zu kämpfen haben, hat die Deutsche Bank bislang nur warme Worte für die Betroffenen übrig. Nach geltendem Recht hat die Bank finanzielle Konsequenzen nur dann zu fürchten, wenn einzelne Kunden ihre Schadensersatzansprüche geltend machen. Ein überschaubares Risiko für die Bank.“

Wenn sich Banken erlauben können, ihre Leistungsverpflichtungen über Monate hinweg zu vernachlässigen, dann muss der Preis dafür spürbar erhöht werden. Um dies zu erreichen und gleichzeitig Geschädigten künftig einfacher zu ihrem Recht zu verhelfen, brauchen wir einen gesetzlich pauschalierter Schadensersatz bei Störungen von Bankdienstleistungen. Jedes Kreditinstitut sollte zudem verpflichtet werden, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Kunden diese Ansprüche jederzeit, einfach

und digital anmelden können.“

Hintergrund

Gesperrte Konten, nicht ausgeführte Überweisungen und unbearbeitete Betrugsfälle: Tausende Kundinnen und Kunden berichten seit Monaten von teils katastrophalen Problemen bei Postbank und DSL Bank. Auslöser war die IT-Migration zum Mutterkonzern Deutsche Bank. Betroffene können auf Schadensersatz hoffen, müssen dafür aber aktiv werden. Eine pauschale Erstattung lehnt die Deutsche Bank ab, obwohl die Probleme ausschließlich von ihr verursacht worden sind. Jeder Fall soll einzeln geprüft werden.

Interaktiver Musterbrief

Die Verbraucherzentrale Bayern bietet Betroffenen daher einen interaktiven Musterbrief unter www.verbraucherzentrale-bayern.de/postbank-tool an. Mit dem kostenlosen Tool können Verbraucher bequem individuelle Forderungsschreiben erstellen, um ihre Ansprüche gegenüber der Deutschen Bank geltend zu machen. □

Im Grunde ...

(Fortsetzung von Seite 5)
Finanzwesen übernimmt Bitcoin bereits Funktionen z.B. als Wertespeicher. In El Salvador waren unter anderem die horrenden Gebühren auf internationale Transaktionen in US-Dollar der Grund, Bitcoin einzuführen und die Vielzahl der Menschen ohne Bankverbindung.

Lösung für Unternehmen

Dass bayerische Kommunen sich ein Wallet zulegen, das glaube ich vorerst nicht. Auch wir als Bank kaufen kein Bitcoin. Kommunen verwalten kein eigenes Geld und als Entscheider hat man dann schnell ein Rechtfertigungsproblem. Aber wer weiß, Aktien wurden bis vor 25 Jahren auch noch als Spekulationsobjekte abgelehnt. Bei Bitcoin besteht die Herausforderung, wie verhindert werden kann, dass eine Person, die die Bitcoin für die Gemeinde oder Behörde verwaltet, mit der Wallet verschwindet. Denken Sie an die Analogie zu Gold, nur das Bitcoin sehr viel leichter zu transportieren ist! Aber auch hier arbeiten wir an einer Lösung, einer sogenannten Multisignatur-Wallet, die z.B. für Unternehmen interessant werden könnte. Mit einer Multisig-Wallet können nur dann Transaktionen vorgenommen werden, wenn zwei von drei Verantwortlichen zustimmen. Einer dieser drei könnte aus Sicherheitsgründen die Bank sein.

Was aber durchaus für Kommunen und deren Stadtwerke interessant werden könnte ist, dass Bitcoin tatsächlich zur Stromnetzstabilität beitragen kann. In Texas wird das schon gemacht, denn Mining-Maschinen können, anders als Rechenzentren, ohne Datenverluste schnell zu- und abgeschaltet werden, was sie zu

einem interessanten Stromnetzstabilisator macht.

Auch in Bayern gibt es innovative Unternehmen, wie die in der Kunststoffverarbeitung tätige Kläger Group aus Neusäß bei Augsburg. Deren Tochter Terahash sieht Bitcoin-Mining als innovativen Lösungsansatz, wenn es um Wärmegewinnung geht. Für die eigene wärmeintensive Produktion sind auch schon Mining-Maschinen im Einsatz. Wir arbeiten mit dem Unternehmen zusammen und stehen natürlich für weitere Informationen als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung.

Kontroverse Digitaler Euro

GZ: Der Digitale Euro wird vorbereitet. Ihrer Meinung nach: Brauchen wir einen Digitalen Euro?

Streb: Niemand braucht den Digitalen Euro, er ist völlig unnötig. Ich denke auf der europäischen Ebene sieht man Bitcoin als Problem auf sich zukommen und meint daher ein digitales Angebot schaffen zu müssen. Aber wir haben bereits digitales Geld auf unseren Girokonten.

Außerdem soll der Digitale Euro weder als Blockchain-Anwendung noch als Token konzipiert sein. Und damit ist er nichts weiter als ein Computerprogramm irgendwo in einer Cloud, das natürlich auch weiterhin programmierbar sein wird, da mache ich mir nichts vor. Wir gehen zwar immer davon aus, dass unsere Regierungen es gut mit uns meinen. Was aber, wenn wir mit dem Digitalen Euro etwas erschaffen, aus dem wir so einfach nicht mehr rauskommen? Daher müssen wir als Gesellschaft frühzeitig intervenieren.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! CH

Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe zum demografischen Wandel:

Ruf nach Paradigmenwechsel

Der demografische Wandel stellt Staat und Gesellschaft vor immense Herausforderungen. Nach Auffassung der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe ist ein konstruktiver Umgang mit der Entwicklung notwendig. Dafür seien verschiedene Paradigmenwechsel erforderlich.

„Die Weltbank prognostiziert für die nächsten Jahre einen unverminderten Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten, also der über 65-Jährigen, bezogen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter. Damit verschiebt sich tendenziell die Zielrichtung der Staatsausgaben“, stellen die Chefvolkswirte fest. Aufgrund einer höheren Lebenserwartung nehme die Rentenbezugsdauer potenziell zu, was die Thematik weiter verschärfe.

Zwischen 2022 und 2027 gehe die Finanzplanung von einem Anstieg der Rentenversicherungsleistungen des Bundes um rund ein Viertel auf 134,6 Mrd. Euro aus. Gemessen an seinen Einnahmen (ohne Berücksichtigung der Nettokreditaufnahme) liege der Anteil aufgrund der geplanten steigenden Einnahmen auch 2027 noch bei knapp 30 Prozent (2022: 29,6 Prozent).

Problematische Verschiebung der Altersstruktur

Die Probleme, die die Verschiebung der Altersstruktur in Deutschland und anderen Industrieländern mit sich bringt, zeigen sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Durch Renteneintritt seien in den vergangenen Jahren jeweils 800.000 bis 900.000 Personen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, die nur zum Teil durch nachfolgende Generationen ersetzt werden. Beim Thema Fachkräftemangel schlugen die Unternehmen daher Alarm. Die größten Engpässe gebe es demnach aktuell in sozialen und pflegenden bzw. betreuenden Berufen, aber auch im Handwerk und in der IT. Für die Zukunft zeichne sich eine weitere Verschärfung der Knappheit ab: Nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts werde die Altersgruppe der 65-Jährigen, die absehbar aus

dem Erwerbsleben ausscheidet, im Vergleich zu den 20-Jährigen, die an der Schwelle zum Berufsleben stehen, immer größer.

„Bei zunehmender Alterung stellt sich die Frage, ob eine Gesellschaft ihre Innovationskraft und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten kann – insbesondere bei hoher Regulierungsdichte“, heißt es weiter. Mangelnde Anpassung an neue Herausforderungen steigere das Risiko, international abgehängt zu werden und belaste das Wirtschaftswachstum. „Nimmt die aktive Bevölkerung zahlenmäßig ab, könnte eine höhere Produktivität das ausgleichen. Die Entwicklung der letzten Jahre ist hier nicht ermutigend. Allerdings sorgt künstliche Intelligenz (KI) derzeit für intensive Diskussionen und dürfte an Bedeutung gewinnen.“

Mögliche Bremswirkung auf Investitionen

Eine im Alter abnehmende Spartätigkeit könne darüber hinaus eine Bremswirkung auf Investitionen entfalten: Um den Lebensstandard trotz Einkommenseinbußen beim Übergang vom Gehalt auf Rentenbezüge zu halten, werde häufig Vermögen verzehrt, das als Kapital für Investitionen dann nicht zur Verfügung steht. Da die einkommensstarken Länder jedoch insgesamt mit einer alternden Gesellschaft konfrontiert sind, werde die Lösung kaum in einer Entlastung durch Kapitalimporte liegen, vermuten die Finanzexperten.

Die öffentliche Verschuldung in Deutschland sei im EU-Vergleich moderat (66 Prozent zu 84 Prozent des BIP). Krisenbekämpfung und Wachstumseinbußen hätten jedoch ihre Spuren hinterlassen und der jüngste Anstieg der Kapitalmarktzinsen

verteuere den Schuldendienst. Der Sparkurs sollte eine Priorität bleiben, um Spielraum für zukunftsorientierte Ausgaben zu schaffen, heißt es.

Neuland „Aktienrente“

Neuland betrete die Bundesregierung mit der „Aktienrente“, in die 2023 zunächst 10 Mrd. Euro aus Krediten fließen sollen. Basis hierfür sei die „Stiftung Generationenkapital“. Erstmals soll so eine kapitalmarktbasierende Komponente das Umlagesystem ergänzen und ab ca. 2037 den Staat entlasten. Mit Blick auf skandinavische Länder, wo die Altersvorsorge seit Jahren Fondskomponenten enthält, ist die Einbeziehung des Kapitalmarkts als weitere Säule im deutschen Rentensystem aus Sicht der Chefvolkswirte „eine sinnvolle Ergänzung, wenn sie ausreichend mit Kapital ausgestattet wird. Zudem muss geklärt werden, inwieweit ein solcher Fonds zusammen mit der Kreditwirtschaft gemagt werden kann. Ob der vom Finanzminister für die kommenden Jahre anvisierte dreistellige Milliardenbetrag ausreicht, um eine nennenswerte Entlastung zu bringen, ist fraglich.“

Längeres Arbeiten attraktiv machen

Am Arbeitsmarkt stelle sich die Frage, ob die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient genutzt werden. Dabei biete die Aktivierung Älterer ein großes Arbeitskräftereservoir. „Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters über die aktuell laufenden Maßnahmen hinaus könnte sich allerdings als kontraproduktiv erweisen und zu Ausweichreaktionen führen, zumal das Rentenalter im europäischen Vergleich bereits hoch ist“, geben die Finanzexperten zu bedenken. „Erfolgreicher dürften Anreizsysteme, Flexibilität und individuelle Lösungen sein, die längeres Arbeiten zu einer eigenen Entscheidung

und damit attraktiv machen.“

Chancen lägen auch in der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Dies sei allerdings keine Einbahnstraße, denn der Fachkräftemangel stelle mittlerweile ein internationales Problem dar und bewirke auch eine Abwanderung von Fachkräften (Brain Drain). Die erfolgreiche Anwerbung sei daher in Kombination mit der Standortattraktivität insgesamt zu sehen.

Insgesamt gilt es nach Einschätzung der Chefvolkswirte, stärker die Chancen zu nutzen und nicht nur die Bedrohungen zu sehen. „Beispiele wie der wachsende Einsatz von Quereinsteigern in Mangelberufen, die Wiedereinstellung pensionierter Fachkräfte und der Entfall von Zuverdienstgrenzen bei Altersrenten seit 1. Januar 2023 schaffen Flexibilität und zeigen, dass die Anforderungen des demografischen Wandels Bewegung in feste Strukturen bringen. Wenig Bewegung ist allerdings bei der ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber einer staatlich verordneten längeren Wochen- oder Lebensarbeitszeit zu erwarten. Wer (wieder-)gewählt werden will, dürfte bei diesem Thema Zurückhaltung üben.“

Für eine gelingende Anpassung an den demografischen Wandel werde noch der ein oder andere Paradigmenwechsel notwendig sein. Dazu zähle ein Kulturwandel hin zu einem generell positiven Verständnis von Arbeit. „Ist das auf der eigenen Stelle nicht möglich, dürfte rascher als in früheren Zeiten gewechselt werden. Dies erfordert auch bei den Unternehmen mehr Flexibilität.“ Die frühzeitige Suche nach kreativen Lösungen helfe, unausgereifte Notlösungen zu vermeiden. **DK**

Sparkassen Günzburg-Krumbach und Schwaben-Bodensee:

Geplante Fusion

Die Träger der beiden selbstständigen Sparkassen Günzburg-Krumbach und Schwaben-Bodensee sehen in einer Fusion sehr gute Möglichkeiten, neue Impulse zu setzen zum Wohle der gemeinsamen Region, auch in Zeiten besonderer Herausforderungen. „Wenn zwei kerngesunde und leistungsstarke Partner ihre Kräfte und Kompetenzen bündeln, entstehen Vorteile für die gesamte Region, für die Bürgerinnen und Bürger, für die Kunden und für die Mitarbeitenden“, darin sind sich die Verwaltungsratsvorsitzenden der beiden Sparkassen einig. Der Augsburger Landrat Martin Sailer und Krumbachs Erster Bürgermeister Hubert Fischer erhielten von den beiden Zweckverbänden als Träger der Sparkassen grünes Licht für den Abschluss der Fusionsverhandlungen.

Das Fusionsziel ist eine kunden- und aufgabenorientierte Sparkasse mit regionaler Verwurzelung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, der heimischen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels, der freien Berufe, der Landwirtschaft, der Kommunen und der Industrie zu bilden, so die beiden Vorstandsvorsitzenden, Thomas Munding und Daniel Gastl. Im Ranking der bayerischen Sparkassen wäre die Fusionssparkasse auf Platz 4 von 59 bayerischen Sparkassen.

„In Summe werden die Mitarbeitenden, die Kundinnen und Kunden sowie der gesamte Vertrieb profitieren. Die neue Sparkasse wird die Attraktivität für gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen in der Region weiter erhöhen“, ist sich der künftige Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Schwaben-Bodensee, Thomas Munding, sicher.

Mit der Fusion entsteht ein schlagkräftiges Kreditinstitut mit einer Bilanzsumme von rund 12 Mrd. Euro, über 1.400 aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie rund 100 Geschäftsstellen und SB-Geschäftsstellen in der Region. Die Sparkasse hat

ihren Sitz in den Städten Memmingen, Augsburg, Günzburg und Lindau. Der Hauptsitz befindet sich in der Stadt Memmingen. Darüber hinaus sind Kompetenzzentren in den Städten Krumbach, Mindelheim und Schwabmünchen vorhanden. Ziel ist, dass die Sparkasse auf Basis dieser sieben Säulen dezentral organisiert wird.

Die Fusion bringt Kostenvorteile und Stabilität in einer anspruchsvollen Zeit, so die Verwaltungsratsvorsitzenden. Arbeitsplatzabbau, betriebsbedingte Kündigungen und Standortverlagerungen, sind keine Themen im Rahmen des Fusionsvorhabens.

Die Verwaltungsräte und Versammlungen werden über den Zusammenschluss in den nächsten Wochen entscheiden. Anschließend wird dann in den jeweiligen kommunalen Gremien darüber informiert und abgestimmt.

Wenn die Entscheidungsträger vom Mehrwert einer Fusion überzeugt sind, gibt es auf Grundlage des Fusionsvertrages ab 1. Juli 2024, rückwirkend zum 1. Januar 2024, eine noch größere und leistungsfähigere Sparkasse Schwaben-Bodensee. **□**

Zum 200. Geburtstag:

Stadtsparkasse München schnürt Gemeinwohl-Paket

Die Stadtsparkasse München wird anlässlich ihres 200-jährigen Bestehens insgesamt 13,5 Millionen Euro für das Gemeinwohl in München ausgeben. Das Institut gründet eine Nachhaltigkeitsstiftung mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Euro. Rund 3,5 Millionen Euro sind für Förderprojekte vorgesehen. „Das Jubiläumswidmen wir München und dem Gemeinwohl“, erklärt Vorstandsvorsitzender Ralf Fleischer. Die Stadtsparkasse begleite von jeher gemeinnützige Vereine, Organisationen und Projekte.

Auch zum 200. Geburtstag steht dieses Engagement im Vordergrund. Geplant sei, neben der Gründung der neuen Nachhaltigkeitsstiftung, viele kleine Initiativen zu unterstützen. Die Beschäftigten der 45 Filialen haben zum Beispiel je ein Projekt ausgewählt, für das die Stadtsparkasse jeweils 2.000 Euro spendet. Vorstandsvorsitzender Fleischer betont: „Die Kolleginnen und Kollegen leisten einen Beitrag in ihrem Stadtteil. Das unterstützt der Vorstand sehr gern.“

Gemeinwohl soll Stadtgesellschaft abbilden

Im Jubiläumswidmen werden die Stadtsparkasse München und die von ihr gegründeten Stiftungen das Gemeinwohl mit rund 3,5 Millionen Euro fördern. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem regulär geplanten jährlichen Betrag von 3 Millionen Euro sowie einem Betrag von insgesamt rund 500.000 Euro für Förderprojekte im Jubiläumswidmen.

„Unser Engagement ist so vielseitig wie es unser Alltag und unser Geschäft ist“, betont Ralf Fleischer. „München ist unsere Landschaft, München wollen wir erreichen.“ Die rund 500.000 Euro werden folgenden Projekten und gemeinnützigen Institutionen zugutekommen:

- 45 individuelle Spenden der Filialen von jeweils 2.000 Euro.
- Jubiläumsaktionen für die Spendenplattform wirwunder.de/muenchen.
- Projekt „Meine Sparkasse ist eine sichere Bank“: 20 Parkbänke, die im Stadtgebiet aufgestellt werden.
- XPRENEURS ist ein High Tech-Start-up-Inkubator der gemeinnützigen UnternehmerTUM. Das Programm begleitet Gründungsteams auf dem Weg zum Markteintritt.
- Drittes Schutzhaus für wohnungslose Frauen und ihre Kinder, HORIZONT e. V.
- „Münchner Initiative Nachhaltigkeit“ (MIN). MIN ist ein Bündnis von rund 50 Organisationen,

die sich für die lokale Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen einsetzen.

- Spende in Höhe von 100.000 Euro für die neue Stiftung „Für Nachhaltigkeit – Stiftung der Stadtsparkasse München“.

Im Dreiklang von Stiftungen, Spenden und Sponsoring

Das Engagement der Stadtsparkasse München für das Gemeinwohl beruht auf Spenden, Sponsoring und auf den von ihr gegründeten Stiftungen. Im Jahr 2023 hat das Finanzinstitut insgesamt 210 Projekte gemeinnütziger Organisationen mit 2,8 Millionen Euro unterstützt (2022 waren es 188 Projekte und 3,4 Mio. Euro). Bei der Vergabe der Fördermittel werden seit Herbst 2023 die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen berücksichtigt.

Nachhaltigkeit in der Strategie verankert

Die SSKM hat das Thema Nachhaltigkeit in ihrer Geschäftsstrategie verankert, um es kontinuierlich in allen Geschäftsbereichen zu integrieren. Dabei orientiert sich das Finanzinstitut an den Kriterien Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung (ESG: Environmental, Social, Governance). **□**



Verwirrende Zeiten brauchen klare Finanzen.

Behalten Sie Ihre finanziellen Ziele im Blick. Wir unterstützen Sie dabei. Mehr auf sparkasse.de/mehr-als-geld

Weil's um mehr als Geld geht.



Landrat Thomas Karmasin:

Haushaltsrede im Kreistag Fürstfeldbruck

Neben Ausführungen zum Haushalt standen folgende Gedanken zur gesamtpolitischen Lage im Zentrum der Haushaltsrede von Landrat Thomas Karmasin im Kreistag Fürstfeldbruck. Wir zitieren wörtlich aus der Rede des Landkreistagspräsidenten:

„Die moderne Medizin hält eine Vielzahl hochwirksamer Schmerzmittel bereit, die überall preiswert und ohne Schwierigkeiten verfügbar sind. Der Vorteil ist, dass man sich lästige Leiden schnell und einfach vom Hals schaffen kann. Der Nachteil ist, dass man leicht vergisst oder erst gar nicht hinterfragt, warum man eigentlich Schmerzen hatte. Das kann auf Dauer gefährlich sein.

In der Politik passiert derzeit etwas Ähnliches: wir sind – zu recht – in hohem Maße besorgt über Umfrageergebnisse, die eine hohe Zustimmung der Menschen zu radikalen Parteien vorhersagen. Wir überlegen, wie wir diese radikalen Parteien bekämpfen können, durch Protest, womöglich gar durch Verbote. Das kann alles erforderlich sein oder werden, darüber will ich hier nicht sprechen.

Woher kommt die massive Unzufriedenheit und Empörung der Bürger?

Aber sollten wir nicht auch überlegen, woher eigentlich dieser Schmerz kommt? Woher diese plötzliche, breite, massive Unzufriedenheit und Empörung kommt? Wenn Sie jetzt annehmen, ich werde gleich sagen, das habe alles die Ampel-Regierung verursacht, dann muss ich Sie enttäuschen. Das wäre in der Tat viel zu einfach und viel zu kurz gesprungen, auch wenn diese Regierung ein besonderes Talent hat, möglichst viele gegen sich aufzubringen.

Ich will mir nicht anmaßen, überhaupt irgendwo in der politischen Landschaft Schuldige für diesen Zustand auszumachen, zumal eine klassische Grenzziehung auf der Landkarte der Parteien auch gar nicht mehr möglich ist. Wäre es anders, wären diese Grenzen politiktheoretisch dort zu ziehen, wo sie im 19. Jahrhundert entstanden sind, dann wäre eine Partei des Liberalismus und eine Partei eines gemäßigten Sozialismus wohl kaum in einer Regierung zu vereinen. Unterscheidungen sind, wenn auch nicht sehr trennscharf, in der

Finanzminister Füracker:

Bargeldobergrenze der EU beschneidet Freiheitsrechte!

„Die auf EU-Ebene beschlossene Bargeldobergrenze im Geschäftsverkehr lehnt Bayern strikt ab. Eine generelle Begrenzung der Bargeldnutzung beschneidet die Menschen empfindlich und unverhältnismäßig in ihren Freiheitsrechten! Bürgerinnen und Bürger müssen auch in Zukunft frei und selbst entscheiden können, wie sie bezahlen möchten“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Trilogverhandlungen.

Bargeld ist geprägte Freiheit: Es ist schnell, braucht keine technische Infrastruktur und schützt die Privatsphäre – kein anderes Zahlungsmittel kann mit all diesen Vorteilen aufwarten. Die Ampelregierung hat es versäumt, sich auf EU-Ebene ausreichend für die Wahlfreiheit beim Bezahlen einzusetzen. Das öffentliche Auftreten des Bundesfinanzministers gegen die Einführung von Bargeld-Obergrenzen war letztlich ein reines Lippenbekenntnis!“, stellte Füracker fest.

„Auch in Bayern setzen wir uns klar und entschlossen für eine Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung ein. Mit einer generellen Bargeld-Obergrenze im Geschäftsverkehr schießt die EU aber weit über dieses Ziel

Schwerpunktsetzung zu machen. Während die einen die Notwendigkeit von Verteilung und Versorgung in den Vordergrund rücken, betonen die anderen die Notwendigkeit von Erwerb als Grundlage und Voraussetzung für eben diese Leistungen des Staates. Die Erkenntnis, dass verteilt nur werden kann, was erwirtschaftet wurde, wird seit langer Zeit vernachlässigt, nicht nur von der derzeitigen Bundesregierung, ja überhaupt nicht nur von der Politik.

Kostspielige Anspruchshaltung

Die gesamte Gesellschaft hat sich angewöhnt, für jedes Problem und jeden Wunsch nach dem Staat zu klingeln, wie ein englischer Lord nach dem Butler. Besonders deutlich wurde dies in der Corona Pandemie. Aber auch jetzt ist die Vorstellung, irgendjemand müsse ein beliebiges Problem selbstständig lösen, völlig aus der Welt. Es ist geradezu ein geflügeltes Wort in den Medien geworden, jemand werde mit diesem oder jenem Problem „allein gelassen“. So, als sei der Bürger oder die Bürgerin ein kleines Kind, bei dem der Staat aus dem Zimmer geht und das jetzt hilflos ist.

Diese Anspruchshaltung führt zu einer ganzen Reihe von Folgen: Zum einen kostet der ständige Aufbau von Versorgungsleistungen jedweder Art natürlich Geld. Geld, das bei wichtiger Infrastruktur fehlt. Deshalb sind wir im europäischen Vergleich nahezu überall hintendran: Mobilfunknetz, Breitband, Digitalisierung generell, Bahn!

Ich bin sicher kein Nationalist, schon gar nicht im Urlaub, aber dass man auf der Fahrt nach Rom die Strecke mit dem alten, abgenutzten und unzuverlässigen deutschen Zug kurzhalten muss, dass man spätestens in Bozen in den neuen, sauberen und absolut pünktlichen italienischen Zug umsteigen muss, das schmerzt schon ein bisschen...

Zum anderen muss das Rundumwohlfühlpaket des Staates

natürlich administriert werden. Das führt dazu, dass immer mehr Verwaltung aufgebaut wird, die, wie ich bestätigen kann, sehr tüchtig arbeitet, aber natürlich nichts produziert.

Schließlich sinkt die Schwelle des Einzelnen, selbst tätig zu werden, immer weiter. Ein Löwe im Zoo, den der Wärter täglich füttert, verlernt das Jagen. Und er muss rundum geschützt werden, weil er das selbst nicht mehr kann.

Wo immer ein Haus brennen könnte, ein verdorbenes Ei verkauft werden könnte oder auch nur leichtfertig eine persönliche Information bekannt gegeben werden könnte: Überall springt der Staat in Form einer Schar von Bediensteten herbei, die eine Fülle von Regeln vollzieht. Natürlich alles immer zum Schutz des Bürgers, den wir in diesem Zusammenhang gern „Verbraucher oder Verbraucher“ nennen.

Das ist alles ja gut gemeint und manches ist sogar sinnvoll. Interessanterweise macht es aber die Menschen nicht zufrieden. Aus einem einfachen Grund: Wer in den Genuss sinnvoller oder zumindest für ihn günstiger Leistungen kommt, hält diese längst für selbstverständlich. Wehe nur, wenn sie wieder abgeschafft oder gekürzt werden.

Gigantischer Aufwand der öffentlichen Hand macht niemanden glücklich

Wer nicht in den Genuss kommt oder wer gar von zweifelhaften Regelungen betroffen ist, ärgert sich über viel zu viel Bürokratie und darüber, dass die Verfahren viel zu lange dauern, viel zu aufwändig sind und zu viel kosten. Conclusio: Der gigantische, teure Aufwand, den die öffentliche Hand betreibt und den sie immer weiter aufbläht, macht in Wahrheit niemanden richtig glücklich, sondern im Gegenteil früher oder später alle unzufrieden.

Nun könnte man ja meinen, es wäre geradezu ein Segen, dass in den Kassen der öffentlichen Hand weniger Geld ist. Es werde den Staat ganz automatisch verschlankt, wie so eine Art Fitnesskur oder Zwangsdiet. Soweit sind wir aber noch nicht. Im Moment lässt die Rechtslage es noch zu, dass Bestellungen zulasten fremder Kassen getätigt werden.

Kein Politiker einer höheren Ebene muss auf Wohltaten verzichten, weil es genügend Möglichkeiten gibt, sie durch eine niedrigere Ebene finanzieren zu lassen. In Bayern gibt es dafür inzwischen gewisse Grenzen, weil durch das Konnexitätsprinzip der Staat bezahlen muss, wenn er etwas bestellt. Im Bund ist das anders. Obwohl oder gerade weil es Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen nicht gibt, werden dort fröhlich Leistungen erfunden oder ausgeweitet, die die Kommunen zahlen müssen. Der Bund sagt: ich kenne euch nicht, wendet euch an die Länder, und das Land sagt: tut mir leid, das ist kein Fall der Konnexität, wir konnten leider nicht verhindern, dass der Bund solchen Unsinn beschließt.

Und damit richte ich den Blick auf die kommunalen Kassen: Ich durfte den Finanzausgleich heuer ja federführend mit dem Finanzminister verhandeln. Wir haben nach zähen Verhandlungen am Schluß 130 Millionen mehr für die Kommunen herausholen können als allgemein erwartet wurde.

Immerhin 1,5 Millionen davon spüren wir direkt bei unserer Kreisumlage. Ein ordentliches Ergebnis. Klingt gut! Aber im glei-

chen Moment wurde bekannt, dass alleine der Bezirk Oberbayern 170 Millionen mehr Geld für Sozialausgaben benötigt. Das Missverhältnis zwischen Ansprüchen, die befriedigt werden sollen, und der Finanzausstattung geht immer weiter auseinander. Hinzu kommen ständig weitere, neue Wohltaten, die finanziert und administriert werden müssen.

Auf der untersten Ebene sagen die Gemeinden gern, sie seien die letzten in der Nahrungskette. Sie könnten sich nicht wehren, seien einfach der Umlage des Landkreises ausgeliefert. Das stimmt praktisch weitgehend. Theoretisch nicht ganz, denn sie könnten, wenn auch unter Schmerzen und nicht immer sinnvoll, an der Steuerschraube drehen. Der Landkreis kann nicht einmal das. Er ist der Bezirksumlage ausgesetzt und hat keine Steuerschraube. Er hat nur die Kreisumlage. Trotzdem kann er natürlich seinen Gemeinden nicht jede finanzielle Luft abdrücken. Was haben wir also getan?

Kommunale Spielräume

Wir haben eine Konsolidierungskommission eingesetzt, die ausgelotet hat, welche Spielräume überhaupt bestehen. Allzu üppig sind sie nicht, denn zu den meisten Zahlungen verpflichten uns, wie dargestellt, andere Ebenen. Die Möglichkeiten, die wir durch Steuerung im Rahmen der Pflichtaufgaben haben, haben wir schon freiwillig genutzt. Zum Beispiel ist es erstmals gelungen, den ständigen Anstieg der Jugendhilfe durch Organisationsmaßnahmen zu stoppen. Damit gehören wir zu den Vorreitern!

Bei den Ausgaben, die wir überhaupt nennenswert gestalten können, haben wir uns entschieden, Schwerpunkte zu setzen. Ein klassischer Schwerpunkt ist unser ÖPNV, wo wir Deutschlands Beste bleiben wollen.

Auch unsere Schulen wollen wir künftig gut ausstatten. Schlimm genug, dass uns bei zwei Projekten auch aufgrund einzelner schlechter Bauleistungen Zeitplan und/oder Kosten durcheinanderkommen. Andere Bereiche müssen wir verschlanken und straffen, auch wenn das da und dort als falsches Signal missverstanden werden kann. Dem Diktat einer erträglichen Kreisumlage folgend habe ich schließlich auch einer kräftigen Beschneidung der Personalkosten zugestimmt.

Nur eines muss klar sein: Es gibt gute Gründe zu sagen, im Moment können wir uns die Sterneküche nicht leisten, lass uns mal eine Zeit lang Leberkäse essen. Aber seitens des Gesetzgebers ein Sternrestaurant zu verordnen und zu erwarten, aber seitens des Kreistags die Köche nicht einzustellen, wird Probleme geben.

Solidarisch mit den Gemeinden

Im Ergebnis schlagen wir eine Kreisumlage von 50,61 Punkten vor. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen müssen mehr erhöhen. Wir zeigen Solidarität mit unseren Gemeinden, die schwierigen Zeiten entgegengehen.

Mittel- bis langfristig helfen aber nur zwei Dinge, die ich am Anfang beleuchtet habe: Wir müssen politisch erreichen, dass andere ihre Hände aus unseren Kassen nehmen und wir müssen dafür sorgen, dass Erwerb stattfindet. In unserem Landkreis besteht dazu eine riesige Chance auf unserem Fliegerhorst. Auch deshalb unterstützen wir mit so großem Nachdruck die Entwicklung des geplanten Biodroms, das als gigantischer Inkubator für unsere Region wirken wird. Ich freue mich, dass ich da an den richtigen Stellen in Bayern mit anschieben darf.“

Rund 4,4 Mrd. Euro für Bayerns Kommunen:

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen

„Der Freistaat Bayern bleibt auch in herausfordernden Zeiten gekürzter Bundesmittel, massiver Inflation, deutlich steigender Kosten und sinkender Steuereinnahmen starker Partner seiner Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich erreicht 2024 einen neuen Spitzenstand von rund 11,4 Mrd. Euro. Die bayerischen Landkreise und Gemeinden erhalten Schlüsselzuweisungen von insgesamt rund 4,44 Mrd. Euro und damit rund 175 Mio. Euro mehr als im Vorjahr“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München mit.

Neben den Schlüsselzuweisungen für Gemeinden und Landkreise werden auch die Zuweisungen an die Bezirke um 10 Mio. Euro auf über 716 Mio. Euro erhöht. Wichtige Schwerpunkte setzt der kommunale Finanzausgleich neben der Stärkung der Verwaltungshaushalte auch im Investitionsbereich. So stehen zum Beispiel für die Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, rund 1,07 Mrd. Euro zur Verfügung.

867 Mio. für Oberbayern

Wie Füracker erläuterte, erhalten die Kommunen in Oberbayern im kommenden Jahr über 867 Mio. Euro. Die Stadt Ingolstadt bekommt mit 45,7 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberbayern, gefolgt von den Landkreisen Rosenheim mit über 44 Mio. Euro und Fürstfeldbruck mit gut 41 Mio. Euro. Unter den oberbayerischen Gemeinden hat die Stadt Rosenheim mit 25,4 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen. An die Stadt Dachau gehen 10,9 Mio. Euro und damit 10,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Landeshauptstadt München erhält aufgrund ihrer hohen Steuerkraft auch 2024 keine Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in Oberbayern belaufen sich auf über 367 Mio. Euro, die Landkreise erhalten Schlüsselzuweisungen von über 429 Mio. Euro.

488 Mio. für Niederbayern

Über 488 Mio. Euro werden für die niederbayerischen Gemeinden und Landkreise bereitgestellt. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 42,2 Mio. Euro an den Landkreis Passau. Insgesamt erhalten die Landkreise in Niederbayern über 187 Mio. Euro. Unter den Gemeinden in Niederbayern werden der Stadt Lands-hut mit 34,9 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen zuteil - ein Plus von 9,5 Prozent. Die zweithöchsten Gemeindegeldzuweisungen gehen an die Stadt Passau mit 23,9 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern betragen 2024 über 224 Mio. Euro.

421 Mio. für die Oberpfalz

Die Kommunen in der Oberpfalz dürfen sich über Schlüsselzuweisungen in Höhe von mehr als 421 Mio. Euro freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält der Landkreis Regensburg mit 40,7 Mio. Euro, gefolgt vom Landkreis Schwandorf mit 28 Mio. Euro. Insgesamt bekommen die Landkreise in der Oberpfalz 2024 rund 160 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden gehen an die Stadt Weiden mit 24,5 Mio. Euro. Das bedeutet ein Plus von 17,1 Prozent im Vergleich zu 2023. Die zweithöchsten Gemeindegeldzuweisungen erhält die Stadt Amberg mit 14,4 Mio. Euro, gefolgt von der Stadt Schwandorf mit 9,6 Mio. Euro. Auf die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz entfallen rund 218 Mio. Euro. Mit 244 Euro je Einwohner werden ihnen um 28 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als dem bayeri-

schen Durchschnitt überwiesen.

765 Mio. für Mittelfranken

Mittelfranken kann 2024 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 765 Mio. Euro kalkulieren. Mit 271,2 Mio. Euro darf sich die Stadt Nürnberg über die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern freuen. Dies bedeutet einen Anstieg um 18 Prozent gegenüber 2023. Die Stadt Fürth bekommt mit 76,2 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen in Mittelfranken, gefolgt von den Landkreisen Ansbach mit 34,4 Mio. Euro und Nürnberger Land (32,8 Mio. Euro). Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken belaufen sich 2024 auf über 202 Mio. Euro, für die Landkreise auf mehr als 176 Mio. Euro.

512 Mio. für Oberfranken

Den Gemeinden und Landkreisen in Oberfranken werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 512 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Bamberg mit 35,4 Mio. Euro, ein Plus von 3 Prozent im Vergleich zu 2023. Danach folgt die Stadt Hof mit 32,1 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen insgesamt über 243 Mio. Euro. Mit 293 Euro je Einwohner erhalten sie um 54 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Für die Landkreise in Oberfranken stehen rund 176 Mio. Euro bereit. Mit 212 Euro je Einwohner haben sie damit um 25 Prozent mehr zur Verfügung als der bayerische Durchschnitt.

612 Mio. für Unterfranken

Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 612 Mio. Euro gehen an die unterfränkischen Kommunen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen 2024 erhält die Stadt Würzburg mit 50,9 Mio. Euro. Dahinter folgen die Landkreise Aschaffenburg mit 35,6 Mio. Euro und Würzburg (33,6 Mio. Euro). Über einen kräftigen Anstieg der Schlüsselzuweisungen um über 19 Prozent auf 30,3 Mio. Euro kann sich die Stadt Aschaffenburg freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen über 294 Mio. Euro. Mit 273 Euro je Einwohner erhalten sie um 43 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in Bayern. Die Landkreise in Unterfranken können mit über 217 Mio. Euro kalkulieren.

773 Mio. für Schwaben

Den schwäbischen Kommunen werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 773 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen und damit die zweithöchste Summe im Freistaat erhält die Stadt Augsburg mit 204,4 Mio. Euro. Dies bedeutet einen Anstieg um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Danach folgen die Landkreise Augsburg mit 49,7 Mio. Euro, und Neu-Ulm mit 31,4 Mio. Euro sowie die Stadt Kaufbeuren mit 29,8 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben erhalten 2024 rund 247 Mio. Euro, die Landkreise insgesamt über 254 Mio. Euro. **DK**

Europäischer Rechnungshof:

Weniger Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Europa

In den vergangenen zehn Jahren ist der Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch nationale, regionale und lokale Behörden in der gesamten EU deutlich zurückgegangen. Zu diesem Schluss gelangt der Europäische Rechnungshof in einem aktuellen Bericht.

Zwischen 2011 und 2021 hätten immer weniger Unternehmen an Vergabeverfahren teilgenommen, um öffentlichen Stellen ihre Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen anzubieten. Stattdessen hätten sich die Behörden häufig direkt an bestimmte Unternehmen gewandt. Mit der Reform von 2014 sei es nicht gelungen, die öffentlichen Vergabeverfahren attraktiver zu machen, was den Wettbewerb hätte verstärken und den Mitgliedstaaten dabei helfen können, beim Einsatz von Steuergeldern das bestmögliche Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen. Tatsächlich habe sich die Dauer der Verfahren sogar verlängert, und es gebe weiterhin Probleme mit mangelnder Transparenz.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist für den EU-Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung, da sie das Wirtschaftswachstum ankurbelt, Arbeitsplätze schafft und Behörden die Möglichkeit bietet, durch offene und wettbewerbliche Verfahren die bestmöglichen Angebote einzuholen. Im Jahr 2014 reformierte die EU ihre Vergaberichtlinien mit dem Ziel, die Verfahren einfacher, transparenter und innovativer zu gestalten und den Zugang für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu erleichtern.

„In den letzten 10 Jahren ist es der EU und ihren Mitgliedstaaten nicht gelungen, den Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verstärken, so dass wir nun leider von einem verlorenen Jahrzehnt sprechen müssen“, so Helga Berger, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Rechnungshofs. „Die EU-Kommission sollte einen Aktionsplan vorlegen, um die wichtigsten Wettbewerbshindernisse auszuräumen und öffentliche Aufträge für Unternehmen attraktiver zu machen.“

Die Entwicklung bei den drei wichtigsten Indikatoren für Wettbewerb – „Verfahren mit nur einem Bieter“, „Direktvergaben“ und „Anzahl der Bieter“ – sei in den meisten Mitgliedstaaten unbefriedigend verlaufen, und beim Wettbewerb sei insgesamt keine Verbesserung festzustellen. Im Jahr 2021 habe der Anteil der Verfahren mit nur einem Bieter einen Höchststand erreicht: So seien 42 Prozent aller Aufträge in Ausschreibungen vergeben worden, an denen nur ein Unternehmen teilgenommen habe. Seit 2011 habe sich der Anteil solcher Vergabeverfahren in der gesamten EU nahezu verdoppelt. Gleichzeitig sei die Zahl der Unternehmen, die Angebote eingereicht hätten, von knapp sechs auf drei pro Verfahren und damit um fast die Hälfte zurückgegangen.

Für die Vergabe öffentlicher Aufträge hätten sich die Behörden zudem häufig direkt an ein oder mehrere Unternehmen gewandt, um sie zur Einreichung eines Angebots aufzufordern, ohne eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. Solche Direktvergaben seien zwar unter ganz bestimmten Umständen zulässig, schränkten jedoch den Wettbewerb ein und sollten die Ausnahme bleiben. Direktvergaben hätten jedoch in fast allen Mitgliedstaaten zugenommen und machten rund 16 Pro-

zent aller im Jahr 2021 gemeldeten Vergabeverfahren aus.

Die Kommission habe 2017 zwar eine neue Strategie auf den Weg gebracht, jedoch habe sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu wenig unternommen, um die Ursachen für den nachlassenden Wettbewerb zu ermitteln und diese zu bekämpfen. Dazu zählen nach Ansicht der Prüfer der Verwaltungsaufwand, übermäßig restriktive Kriterien und maßgeschneiderte (d. h. auf bestimmte Unternehmen zugeschnittene) Vorgaben sowie die Marktkonzentration. Auch hätten sich die Kommission und die Mitgliedstaaten stärker auf die Einhaltung der Vorschriften als auf die bestmögliche Leistung konzentriert. Es fehle das Bewusstsein dafür, dass Wettbewerb eine wichtige Voraussetzung sei, um bei der Auftragsvergabe ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen.

Verpuffte Reform

Die Reform von 2014 sei in Sachen Bürokratieabbau praktisch verpufft. Ganz im Gegenteil habe sich die Dauer der Verfahren im Laufe des Jahrzehnts sogar um 50 Prozent erhöht, und sowohl die Bieter als auch die Behörden hielten die Verfahren – im Vergleich zu der flexibleren Auftragsvergabe im Privatsektor – für schwerfällig. Auch der Anteil der an KMU vergebenen Aufträge sei nicht gestiegen. Die meisten Aufträge würden nach wie vor an die Bieter vergeben, die das günstigste Angebot einreichten. Dies zeige, dass eher strategische Aspekte (z. B. Umwelt, Soziales oder Innovationen) selten berücksichtigt würden. Den Prüfern bereite nicht nur der Mangel an Transparenz bei den Verfahren Sorge – zumal Transparenz einen wichtigen Schutz vor Betrug und Korruption bietet –, sondern auch das geringe Volumen der grenzüberschreitenden Auftragsvergabe. Sie fordern die Kommission insbesondere auf, die Ziele bei der Vergabe öffentlicher Aufträge klar festzulegen und Maßnahmen zur Beseitigung der wichtigsten Wettbewerbshindernisse vorzuschlagen.

Hintergrund

Jedes Jahr werden in den EU-Ländern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge rund 2 Billionen Euro ausgegeben, was etwa 14 Prozent des BIP der EU entspricht. Bei den Vergabemodalitäten sind Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten festzustellen: Im Jahr 2021 war der größte Anteil an Direktvergaben in Zypern (42 Prozent) und der geringste in Griechenland (3 Prozent) zu verzeichnen; der Anteil der Verfahren mit nur einem Bieter war in Slowenien mit 73 Prozent am höchsten, und in Polen blieb er mit rund 50 Prozent über den gesamten Zehnjahreszeitraum auf einem hohen Niveau.

Auch zwischen den einzelnen Sektoren gab es Unterschiede: Ab 2011 war bei den Finanzdienstleistungen ein Rückgang der Direktvergaben zu beobachten, während der Energie-sektor im Jahr 2021 den höchsten Anteil an Direktvergaben verzeichnete. □



Sparkasse Allgäu unterstützt „Leben statt schweben“

Bereits seit 20 Jahren führt der Stadtjugendring Kempten zusammen mit dem Amt für Jugendarbeit der Stadt Kempten (Allgäu) die Präventionsmaßnahme „Leben statt Schweben“ durch. Jedes Jahr steht die Maßnahme unter einem anderen Motto. Im Herbst 2023 konnten interessierte Jugendliche, deren Eltern sowie Lehrkräfte die Ausstellung „ECHT KRASS – Wo hört der Spaß auf?“ besuchen und sich über einen interaktiven Präventionsparcours dem Thema „Jugendliche und sexuelle Grenzverletzungen“ nähern. Die Sparkasse Allgäu unterstützt den Stadtjugendring Kempten seit vielen Jahren bei der Durchführung von „Leben statt Schweben“, im abgelaufenen Jahr mit 4.000 Euro. Unser Bild zeigt von links: Oliver Huber (Stadt Kempten), Thomas Wilhelm (Stadtjugendring Kempten) und Angelo Picierro (Sparkasse Allgäu) bei der Übergabe des Spendenschecks. Bild: Martin Reichert

Neue Kooperation zwischen Finanztip und Zukunftstag bringt Finanzen in den Unterricht

Die Mehrheit der Deutschen fordert mehr Finanzbildung an Schulen – und rund zwei Drittel trauen der Politik nicht zu, Lösungen zu finden. Das zeigt eine repräsentative Umfrage der Finanztip Stiftung und der Initiative für wirtschaftliche Jugendbildung (IWJB). Die beiden gemeinnützigen Organisationen gehen das Problem mit einer neuen Partnerschaft ab sofort gemeinsam an. Mit Projekttagen bringen sie Finanzthemen direkt in die Klassenräume und unterstützen Lehrkräfte mit einer Online-Plattform für Lehrmaterialien.

Der Start in ein selbstbestimmtes Leben nach der Schule scheidet nicht selten an fehlender ökonomischer Bildung. Um das zu ändern, bündeln die Finanztip Stiftung und der Zukunftstag ihr Engagement bei der Vermittlung von grundlegendem Finanzwissen. Finanztip-Gründungsstifter Marcus Wolsdorf: „Finanztip fördert den Zukunftstag, weil er wichtige wirtschaftliche Themen jedes Jahr in hunderte Schulen bringt und genau wie wir gemeinnützig arbeitet. Im Gegensatz zu vielen anderen geht es uns nicht um wirtschaftliche Gewinne, um Bildung für Jugendliche.“

Neue Bildungswebsite

Das Team habe bewiesen, dass außerschulische Projekte den Unterricht bereichern können: „Durch die Zusammenarbeit mit dem Zukunftstag verstärken wir unsere Bemühungen für mehr Finanzbildung und setzen da an, wo der Lehrplan aufhört.“ Ziel sei, Finanzbildung nachhaltig an Schulen zu etablieren, wofür die beiden Organisationen die neue Bildungswebsite www.zukunftstag-finanztip.de bereitstellen. Dort finden Lehrkräfte kostenfrei vertiefende Lehrmaterialien zu den vier Themenbereichen „Finanzen“, „Steuern“, „Erste eigene Wohnung“ und „Krankenkasse“, mithilfe derer sie die Inhalte der Projektstage nachbereiten und vertiefen können.

Kooperation ist kein Ersatz für Finanzbildungsstrategie

Gegründet wurde der Zukunftstag vor fünf Jahren von Juri Galkin und Lorenzo Wienecke, die damals selbst gerade erst aus der Schule heraus waren. „In den vergangenen Jahren ist es uns mit den Projekttagen gelungen, die Finanzbildung deutschlandweit an Schulen und auf die politische Bühne zu bringen. Wir haben ein Interesse und Bewusstsein bei zehntausenden jungen Menschen geweckt, doch uns war immer

klar, dass ein Projekttag lediglich ein erster Schritt ist, um

VKB ergänzt Naturkatastrophen-Rückversicherung erstmals über Cat-Bond-Markt

Der Konzern Versicherungskammer hat erstmals eine Katastrophenanleihe (Cat Bond) über die in Irland ansässige und nach dem Konzerngründer König Maximilian I. benannte Zweckgesellschaft „King Max Re DAC“ emittiert. Die Anleihe hat ein Gesamtvolumen von 175 Millionen Euro und schützt die Kompositversicherer des Konzerns über einen Rückversicherungsvertrag mit einer Laufzeit von drei Jahren. Abgedeckt werden damit die vier wesentlichen Naturgefahren Sturm, Hagel, Überschwemmung und Erdbeben, auf eine für den Bestand des Erstversicherers individuell festgelegte Schadenhöhe im Falle eines Kumulereignisses.

„Schadenereignisse, wie die Flutkatastrophe im Ahrtal oder der Hagelsturm Denis, und Modellierungsergebnisse für Naturgefahren zeigen einen höheren Absicherungsbedarf. Als größter öffentlicher Versicherer und einer der führenden Gebäudeversicherer sehen wir uns in der Verantwortung das Risiko für unsere Kunden und Stakeholder zu reduzieren“, so Prof. Dr. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender des Konzerns Versicherungskammer.

„Durch diese Form des direkten Risikotransfers in die Kapitalmärkte schaffen wir eine ergänzende und diversifizierende Alternative zu unseren traditi-

onellen Rückversicherungsleistungen“, erklärt Ulrich Müller, Hauptabteilungsleiter Rückversicherungen im Konzern Versicherungskammer.

Der Cat Bond wurde in Zusammenarbeit mit Aon aufgelegt. Jan-Oliver Thofern, Chairman und CEO von Aon Deutschland ergänzte: „Cat Bonds wurden bislang nur von international tätigen deutschen Versicherern aufgelegt. Mit dieser Emission zeigt der Konzern Versicherungskammer als erster öffentlicher Versicherer, dass Cat Bonds auch für mehrheitlich in Deutschland tätige Unternehmen umsetzbar und werthaltig sind.“ □

die Finanzbildung in Deutschland nachhaltig zu verbessern“, so Lorenzo Wienecke. Ziel der Kooperation mit Finanztip sei es, ein Best-Practice-Beispiel dafür zu schaffen, durch zivilgesellschaftliches Engagement Wissen, das auf den Lehrplänen fehle, unbürokratisch und direkt in die Klassenräume zu bringen. So kämen sie bereits ins Handeln, während im politischen Berlin noch darüber diskutiert werde, wie eine nationale Fi-

nanzbildungsstrategie aussehen könnte. In 2024 sind 600 dieser Zukunftstage geplant.

Start der Kooperation war der erste gemeinsame Zukunftstag im Gymnasium Fürstenried in München, an dem unter anderem Finanztip-Chefredakteur Saidi Sulilat sowie weitere Finanztip-Experten Workshops für 85 Schüler abhielten. Zeitgleich wurde die neue Bildungswebsite erstmalig für Lehrende vorgestellt. □



BayWa

Winterdiensttechnik in Spitzenqualität.

Fragen Sie uns jetzt nach Ihrem persönlichen Angebot und sichern Sie sich das passende Gerät für Ihren Einsatz – solange der Vorrat reicht!



Unsere starken Partner in der Winterdiensttechnik:

- Kugelmann Streuer und Schneepflüge
- Hydrac Schneepflüge
- Wiedenmann Kompakt-schneepflüge

- WESTA Schneefräsen
- u. v. m.

Beste Qualität hergestellt in Deutschland und Österreich!

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

baywa.de/kommunaltechnik

Kommunales und industrielles Wassermanagement:

Nachhaltige digitale Lösungen

Cluster Sensorik und Umweltcluster Bayern unterstützen mit Zusammenarbeit Digitalisierungstrend im Wasserbereich

Wassermanagement spielt eine entscheidende Rolle in der heutigen industriellen Landschaft, insbesondere in Branchen, die einen bedeutenden Einfluss auf die globale Wirtschaft und Umwelt haben. Die Nachhaltigkeit und die Effizienz des Wasserverbrauchs sind von zentraler Bedeutung für die Chemieindustrie, Lebensmittel- und Getränkeproduktion, Energieerzeugung, Bergbau und die Textilindustrie.

Diese Schlüsselindustrien stehen vor der Herausforderung, ihre Produktionsprozesse zu optimieren, um den Ressourcenverbrauch zu minimieren und die Umweltauswirkungen zu reduzieren. Ein verantwortungsbewusstes industrielles Wassermanagement ist nicht nur entscheidend für die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, sondern auch für Kosteneinsparungen, nachhaltiges Wachstum und die Sicherstellung einer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Hierbei können Lösungen aus dem Bereich der Sensorik unterstützen – beispielsweise zur Überwachung der Wasserqualität oder beim schonenden und effizienten Umgang mit der Ressource Wasser.

Intelligentes Wassermanagement gewinnt aber nicht nur in wassernutzenden Industrieunternehmen, sondern auch in bayerischen Kommunen zunehmend an Bedeutung. Letzteres haben die beiden Cluster „Strategische Partnerschaft Sensorik“ und „Umwelttechnologie-Cluster Bayern“ im vergangenen Jahr untersucht. Nun liegen sichtbare Ergebnisse der Kooperation vor. Diese zeigen, wie schnell sich erste Erfolge im kommunalen Bereich erzielen lassen. Ein erster greifbar Use Case am Ammer-

see demonstriert, welche Vorteile der Einsatz moderner Technologien u.a. für die Überwachung der Temperatur im Trinkwasserbereich bietet.

Wie lässt sich am besten von den konkreten, aktuellen Nöten erfahren? Durch Umfragen und persönlichen Austausch; genau diese Kombination war bei der Kooperation der Cluster zielführend. Im Rahmen von Projekt NUTSEN – das Akronym steht für Nachhaltige Umwelttechnologien durch Sensorik – haben das Cluster Sensorik und der Umweltcluster Bayern im vergangenen Jahr Kommunen und deren Wasserwerke, Kläranlagen und Zweckverbände nach ihren größten Herausforderungen befragt. Parallel dazu erkundigten sie sich bei Technologieanbietern nach ihren Lösungen und Services, die sich auch im Bereich Wassermanagement einsetzen lassen. „Wir haben Bedarf und Angebote bzw. auch aktuelle Lösungen aus dem industriellen Kontext gegengespiegelt und daraus Schlussfolgerungen auf technologische Entwicklungspfade ziehen können“, berichtet Matthias Steller, Geschäftsführer des Cluster Sensorik.

Mit ihrer Arbeit leisten die Cluster auch einen Beitrag zum

Umwelt- und Klimaschutz, sowie zur nachhaltigen Wasserversorgung von Mensch und Umwelt. Damit von diesen Ergebnissen möglichst viele Kommunen profitieren, sind diese auch sichtbar. Die Cluster waren nicht nur auf zahlreichen Messen unterwegs, sondern haben – um den Technologietransfer für sensorbasierte Lösungen zu fördern – diese auch mit dem neuen Guide „24/7“ online verfügbar gemacht. Kommunen, deren Ziel es ist ihre Wasserressourcen effizienter zu nutzen, frühzeitig vor Katastrophen zu warnen oder widerstandsfähigere Infrastrukturen zu entwickeln, finden in dem Marktüberblick geeignete Technologien für die Umsetzung ihrer Vorhaben. Auf der Plattform ist die Vielfalt von Technologien nun jederzeit einsehbar. Hier leisten die Cluster auch ein Stückweit Wirtschaftsförderung: Dieser Guide bietet den Technologieanbietern eine Plattform, um sich und ihre Lösungsangebote zu präsentieren.

Pilotprojekt am Ammersee: Temperaturüberwachung dank Funkwasserzählern

Ein Pilotprojekt am Ammersee soll weitere Kommunen motivieren, innovative Projekte zu realisieren. Die AWA-Ammersee, ein gemeinsames Kommunalunternehmen der sieben Gemeinden Andechs, Herrsching, Inning, Pähl, Seefeld, Wielenbach und Würthsee, ersetzt in ihrem Einzugsgebiet fortlaufend analoge

Wasserzähler durch Funkwasserzähler mit integrierter Temperaturmessung. Im Rahmen des Pilotprojekts wurde der Zählerwechsel im Pilotgebiet vorangebracht und das Monitoring der erfassten Daten geklärt. Insbesondere ging es um die Übertragung und Auswertung der von den Zählern erfassten Daten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Temperaturverteilung im Trinkwassernetz. Die Wassertemperatur ist ein zentraler Parameter für physikalische, chemische und biologische Prozesse in der Wasserversorgung. Mit der klimawandelbedingten Zunahme heißer Tage während der Sommermonate, steigt auch die Temperatur im öffentlichen Leitungsnetz. Zu hohe Temperaturen können, neben Kundenbeschwerden, auch zu einer Verschlechterung der mikrobiologischen Trinkwasserqualität beitragen, erklärt Maximilian Bleimaier, geschäftsführender Vorstand der AWA-Ammersee. Überwacht werden müsse insbesondere die Temperaturentwicklung in den Endsträngen, da sie nirgendwo sonst höher sei. Risiken bestehen insbesondere dort, wo das Netz zu groß dimensioniert oder der Verbrauch zu gering ist. Dank der neuen elektronischen Wasserzähler ist nun eine stündliche Überwachung der Temperaturentwicklung möglich.

Die Cluster haben aktiv Wissen und Ergebnisse verbreitet, u.a. auf Fachausstellungen, Konferenzen und Fachtagungen. Im letzten Juli organisierten sie ein Technologieforum in Nürnberg mit Impulsvorträgen zur Digitalisierung im Wassermanagement und einem interaktiven Workshop zur Wissenssicherung in der Wasserwirtschaft. Teilnehmer nutzten die Gelegenheit nicht nur für Fachgespräche, sondern auch für Vernetzung mit verschiedenen Akteuren.

Anschlussprojekt NUTSEN 2.0 – Wassermanagement in Industrieunternehmen

NUTSEN endete zwar 2023 (mit Abschlussbericht Anfang 2024), aber die beiden Cluster führen ihre Arbeit mit den gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen fort. Sie erweitern ihren Aktionsradius und greifen mit dem Folgeprojekt NUTSEN 2.0 das Thema industrielles Wassermanagement auf. Ziel ist, durch den Einsatz geeigneter Technologien mehr Effizienz und Nachhaltigkeit im industriellen Wassermanagement zu erreichen.

Einige der von der nationalen Wasserstrategie vorgesehenen Maßnahmen (Wassernutzungshierarchie, Anreize zum Wassersparen, Umsetzung einer erweiterten Herstellerverantwortung, Verringerung von Schadstoffeinträgen durch Industrieabwässer und Organisation der Abwasseraufbereitung nach dem Verursacherprinzip) konfrontieren wassernutzende Unternehmen mit großen Anforderungen. Genau an dieser Stelle wollen die Cluster Sensorik und Umwelttechnologie ansetzen. Sie verstehen ihre Aufgabe als Brückenbauer zwischen Politik und Industrie und wollten wassernutzende Industrieunternehmen bei der Umsetzung eines nachhaltigen und zukunftsorientierten Wassermanagements begleiten und unterstützen, so Alfred Mayr, Geschäftsführer des Umweltcluster Bayern. In diesem Sinne sollen Vernetzungsaktivitäten in NUTSEN 2.0 Entwickler und Anbieter von Lösungen für das industrielle Wassermanagement mit der wassernutzenden Industrie zusammenbringen.

Beide Projekte werden über die Förderinitiative „Cross-Cluster Bayern“ durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie gefördert. □

Sicherung der Wasserversorgung:

Freistaat fördert interkommunales Projekt

Der Freistaat Bayern fördert im Rahmen der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit mit Bescheid der Regierung von Oberbayern vom 8. September 2023 das interkommunale Kooperationsprojekt „Gemeinsame Betriebsführung bei der Wasserversorgung“ des Zweckverbands zur Wasserversorgung der Pörringer Gruppe mit einem Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro.

Der Zweckverband beschäftigt seit Anfang des Jahres 2023 zwei Fachkräfte der Wasserversorgung zur Betreuung der Verbandsanlagen. Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der Fachkräfte, die Mitarbeiter der Bauhöfe der Mitgliedsgemeinden fachlich und technisch bei der Betreuung der Ortsnetze zu unterstützen. Die Anschaffung der benötigten Gegenstände für Reparaturen am Ortsnetz bzw. von größeren Geräten sollen ebenfalls zentral über den Zweckverband beschafft und koordiniert werden.

Mit dem Projekt erfüllt der Zweckverband und auch die Mitgliedsgemeinden die erforderlichen Anforderungen. Positive Effekte bei der Betreuung der Ortsnetze und der Verbandsanlagen, aber auch im finanziellen Bereich zeigten sich innerhalb kürzester Zeit sowohl bei

den Mitgliedsgemeinden als auch beim Zweckverband.

Nach der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit werden nicht nur Projekte im Bereich der Wasserversorgung gefördert, sondern in nahezu allen kommunalen Bereichen wie z.B. Standesamt, Datenschutz, EDV-Fachkraft, Archive etc. Die Förderung deckt einen Teil der Kosten ab, die bei der Vorbereitung und Durchführung interkommunaler Kooperationen entstehen.

Informationen erteilen die Ansprechpartner für interkommunale Zusammenarbeit bei den Regierungen, die auf der Homepage des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration veröffentlicht sind: https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/kub/08-2023_ansprechpartner_ikz.pdf □

Teichunglück:

Ehemaliger Bürgermeister freigesprochen

Weil er den Dorfteich nicht hat absichern lassen, wurde vor knapp vier Jahren erstmals in Deutschland ein Bürgermeister wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Mehr als sieben Jahre nach dem Tod von drei Kindern im nordhessischen Neukirchen – sie hatten im Sommer 2016 ohne ihre Eltern am Wasser gespielt und ertrunken – hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main den früheren Rathauschef nun freigesprochen. Das Urteil ist nicht anfechtbar.

Der Bürgermeister a.D. war in erster und zweiter Instanz zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Der Angeklagte legte Revision ein – und so wurde das damalige Urteil aufgehoben. „Es konnte nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festgestellt werden, dass der Angeklagte für das Unglück strafrechtlich verantwortlich ist“, begründeten die Richter den Freispruch.

Die bauliche Veränderung am Westufer, die einen Ausstieg erheblich erschwerte, habe zwar dazu geführt, dass Sicherungsmaßnahmen hätten ergriffen werden müssen. Es könne aber nicht mit der erforderlichen Sicherheit festgestellt werden, dass die erforderlichen und zumutbaren Maßnahmen den Tod der Kinder verhindert hätten.

Die damalige Verurteilung des Rathauschefs hatte für erhebliche Verunsicherung in den Kommunen gesorgt. Viele Bürgermeister sperrten die Badestellen vorsorglich und zogen sich damit den Unmut der Bürger zu. Seit Jahren herrscht Rechtsunsicherheit. Der Freispruch des Stadtoberhauptes und das neue Urteil bringen nun mehr Klarheit.

Der Verband der kommunalen Wahlbeamten in Hessen, dem rund 400 aktuelle und ehemalige Bürgermeister angehören, begrüßte die Entscheidung des Oberlandesgerichts. „Das ist eine kluge und realitätsbezogene Entscheidung“, erklärte Geschäftsführer Karl-Christian Schelzke. Das jetzige Urteil dürfte vor allem für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht nur eine Entlastung sein. Das Urteil bedeute auch, dass viele traditionell offene Gewässer nicht zwangsweise einzuzäunen sind, unterstrich Schelzke. DK

Moorbodenschutz:

Grünes Licht für Projekt im Donaumoos

Es geht vorwärts beim Moorbodenschutz in Bayern: Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mitteilte, hat sie das Projekt „StabilLand“ für eine grundwasserstabilisierende Landwirtschaft im Donaumoos genehmigt. Damit sollen offene Fragen zu einer ackerbaulichen Bewirtschaftung mit erhöhten Wasserständen beantwortet werden.

„Moorbodenschutz geht nur mit den Landwirten. Umso erfreulicher ist es, dass die Idee für das Projekt von den Landwirten aus dem bayerischen Donaumoos selbst gekommen ist. Es fördert die Innovationskraft des Berufsstands vor Ort“, sagte die Ministerin. Auf bis zu 100 Hektar Fläche sammelt das Projekt Erkenntnisse aus der Praxis bei der Bewirtschaftung von Ackerflächen mit erhöhten Wasserständen. Das Landwirtschaftsministerium fördert die Maßnahme mit 665.000 Euro, die Landesanstalt für Landwirtschaft begleitet wissenschaftlich. Das Projekt beginnt noch heuer und endet Ende 2028.

Die Initiative dazu ging von Landwirten der Interessensgemeinschaft (IG) „Unser Donaumoos“ aus. In intensiv ackerbaulich genutzten Bereichen des bayerischen Donaumooses sollen dabei auf landwirtschaftlichen Pilotflächen Erfahrungen im Ackerbau bei angehobenen Graben- und Grundwasserständen gesammelt, mögliche Nutzungseinschränkungen und -änderungen evaluiert sowie Entwicklungsoptionen aufgezeigt werden.

In das Projekt sind Flächen im gesamten bayerischen Donaumoos, bei denen eine Anhebung des Wasserstands möglich ist, einbezogen. □

Zertifiziert nachhaltig

Fernco GmbH erhält EcoZert Nachhaltigkeitsauszeichnung

Advertorial

Fernco, der marktführende Anbieter von Abwasserrohrverbindungen, erhielt die Auszeichnung EcoZert für sein nachhaltiges Handeln. Mit dem Zertifikat des unabhängigen Prüfinstituts Creditreform stellte das Unternehmen seine ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsinitiativen erfolgreich auf den Prüfstand. Die Verleihung fand am 7. Dezember 2023 in Eschwege statt.

In Wirtschaft und Gesellschaft nimmt das Thema Nachhaltigkeit einen immer größeren Stellenwert ein. Strenge Auflagen von Gesetzgebern, Kunden und Investoren stellen hohe Anforderungen an Unternehmen. Mit der EcoZert Auszeichnung macht Fernco das eigene Nachhaltigkeitsmanagement transparent nachweisbar und international vergleichbar. „Als ganzheitlich agierendes Unternehmen, sind wir uns unserer Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Umwelt und unseren Mitarbeitenden bewusst. Wir achten sowohl auf ressourcenschonende Prozesse entlang der Supply Chain als auch auf ein gutes Betriebsklima und einen wertschätzenden Umgang mit Mitarbeitern, Partnern und Kunden“, erläutert Michael Penalver Giar, Geschäftsführer der Fernco GmbH, die Grundpfeiler der eigenen Unternehmenskultur.

Ressourcen schonen – Zukunft gestalten

Das Nachhaltigkeitsmanagement von Fernco rückt ökonomische, ökologische und soziale Ziele in den Fokus. Die EcoZert Auszeichnung macht dieses Engagement nun nach außen sichtbar, und dank Bewertungsindex vergleichbar. Das Zertifikat der Creditreform Rating AG steht für hohe Prüfqualität und unabhängige Ratings. Es dokumentiert die Umsetzung und Wirksamkeit der ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) und schafft Vertrauen bei Partnern, Kunden und Mitarbeitenden. Penalver Giar sieht das positive Ergebnis

insbesondere als Ansporn: „Die ausgezeichnete Bewertung ermutigt uns dazu, unsere Nachhaltigkeitsstrategie kontinuierlich zu



intensivieren.“ Auch hoffe man, durch das eigene Engagement, andere Unternehmen zu mehr Nachhaltigkeit zu animieren.



Am 07.12.2023 erhielt die Fernco GmbH das EcoZert für besonders nachhaltiges unternehmerisches Handeln. Im Bild (v.l.): Michael Penalver Giar, Nadine Grimm, Roland Mertens, Marco Schneider (Creditreform). Bild: Fernco

Fernco – Eine sichere Verbindung

Die US-amerikanische Fernco Gruppe blickt auf fast 60 Jahre Erfahrung in der Entwicklung und Herstellung von Rohrdichtungen zurück. Mehr als 350 Mitarbeiter tragen weltweit zum Erfolg ihrer Kunden bei und bringen jedes Jahr Innovationen auf den Markt. Dafür nutzen sie fortschrittliche Fertigungstechnologien, setzen auf globalen Betrieb und ein weltweit dichtes Liefernetz. Die Fernco Gruppe ist heute weltweit und in fast allen europäischen Ländern vertreten. Der Konzern beliefert unter anderem die Sektoren Tief – und Wohnungsbau, Sanitär, Transport und Straßenbau, Industrie, Versorgungsunternehmen und Infrastruktur sowie Reparatur und Instandhaltung. □

Weitere Informationen:

- <https://www.creditreform.de/kassel/loesungen/esg/ecozert>
- <https://fernco.de/homepage/nachhaltigkeit>

Nachhaltige Innovation in der Trinkwasserversorgung

Wasserversorger Achengruppe baute im Rupertiwinkel Deutschlands größten Röhren-Hochbehälter

In nur zehn Tagen entstand vergangenen November in Tengling, einem Ortsteil der oberbayerischen Gemeinde Taching am See im Landkreis Traunstein, ein neuer Hügel. Er verbirgt und sichert den mit einer Million Liter Fassungsvermögen aktuell größten Röhren-Hochbehälter Deutschlands. Durch die Erdüberdeckung fügt sich der Röhrenspeicher defacto unsichtbar in die umgebende Landschaft ein. Das symbolische Richtfest findet am 3. Februar 2024 statt.

Werkleiter Wolfgang Grösch und Josef Stadler, Wassermeister des Zweckverbands zur Wasserversorgung Achengruppe in Kirchanschöring, setzten auf die in Deutschland noch selten eingesetzte, innovative Technik eines Röhren-Hochbehälters aus vollständig wiederverwertbarem, trinkwassergeeignetem Polyethylen (PE)-Kunststoff zur nachhaltigen Bevorratung von Trinkwasser. Insgesamt betreibt die Achengruppe acht Sammel- und

Hochbehälter mit höchsten technischen Anforderungen und einem Fassungsvermögen von insgesamt über 4,2 Millionen Litern Trinkwasser. Mehr als 400 Kilometer angeschlossene Trinkwasserleitungen stellen eine Rund-um-die-Uhr Versorgung mit Trinkwasser und auch Löschwasser in den Mitgliedsgemeinden Fridolfing, Kirchanschöring, Petting, Taching, Tittmoning und Waging.

Auf einem rund 2.400 Quadratmeter Grundstück neben dem

bisherigen Beton-Hochbehälter wurde im November 2023 der Oberboden bis 60 Zentimeter Tiefe und mit einem leichten Gefälle von 0,5 Prozent weggeschoben und so präpariert, dass dort die drei Kunststoffröhren und die Schieberkammer aufgebaut werden konnten. Die 14 Meter lange Schieberkammer, an der die Speicherröhren angedockt worden sind, wurde mit Drucktür, Armaturen, Filteranlagen, Kompressoren und Steuerungskomponenten im etwa 20 Kilometer entfernten Freilassing Stammsitz der Traditionsfirma Hawle komplett vormontiert und in einem Stück per nächtlichem Sondertransport nach Tengling überführt.

In weiteren nächtlichen Spezialtransporten erfolgte auch die Anlieferung der neun jeweils

knapp 14 Meter langen Röhrensegmente im Rupertiwinkel. Diese wurden zu drei jeweils 40 Meter langen Speicherröhren mit einem Durchmesser von je 3,5 Meter verschweißt. Die gesamte Wandungsdicke der Röhren mit einem PE-Außen- und Innenmantel sowie dazwischen mit einem verschweißten „Wickelrohr“ liegt bei insgesamt 12 Zentimeter. Nach vier Tagen lagen Röhren und Schieberkammer vollständig in ihrem vorbereiteten „Bett“ und nach zehn Tagen war die Montage samt erfolgreicher Druckprüfung beendet.

Röhrenspeicher ersetzt Trinkwasserspeicher aus Beton

Der Tenglinger Röhrenspeicher ersetzt 1:1 den in die Jahre gekommenen „klassischen“ Trinkwasserspeicher aus Beton, der 1960 an selber Stelle errichtet und in den 1970er Jahren erweitert worden war. Dessen Sanierung hätte etwa ein Drittel mehr gekostet und ein traditioneller Neubau aus Beton wäre bei höheren Langzeitkosten gut doppelt so teuer geworden. Das Neubaukonzept mit einem Röhrenspeicher aus drei Röhren mit einem Speichervolumen von jeweils 335.000 Litern zur Trinkwasserversorgung war daher nicht nur in der Baumsetzung wesentlich wirtschaftlicher, sondern ist langfristig, das heißt gerechnet auf die weitgehend wartungsfreie Mindestlebensdauer von rund 100 Jahren, in Sachen Unterhalt, Pflege und Instandhaltung deutlich nachhaltiger und kostengünstiger.

Regionaler Partner

In der Freilassing Traditionsfirma Hawle fand die Achengruppe zudem einen regionalen Partner, der das Projekt für rund eine Million Euro realisierte. Bis in den Sommer 2024 muss noch die rund 120 Meter lange Verbindungsleitung zwischen der bisherigen Trinkwasserzufuhr zum alten Hochbehälter und dem neuen Röhrenhochbehälter gebaut werden.

Sinnvolle Weiternutzung des alten Hochbehälters

Auch der alte Hochbehälter soll abgekoppelt von der Trinkwasserversorgung sinnvoll weiter genutzt werden. Die Ideen reichen von der Speicherung von Oberflächenwasser als Regenrückhaltebecken und dessen Nutzung für Bewässerungsmaßnahmen in der Landwirtschaft und im Gartenbau bis hin zur Erzeugung von regenerativer Energie: Der Hochbehälter dient als Oberbecken für ein kleines Pumpspeicherkraftwerk.

Die offizielle Inbetriebnahme dieses richtungweisenden Nachhaltigkeitsprojekts ist für Sommer 2024 geplant. JK



Zufriedener Montage-Trupp der Freilassing Firma Hawle nach dem erfolgreichen Abschluss der Schweißarbeiten am Tenglinger Röhrenspeicher am 10. November 2023. Bild: Michael Obermeier/Achengruppe, 2023

DWA-Expertenpapier zu aktuellen Hochwasserereignissen

Die aktuellen Hochwasserereignisse in Deutschland führen die Bedeutung der erfolgten Anstrengungen zum Schutz der Menschen und der Vermögenswerte vor Hochwasser vor Augen, zeigen aber auch deutlich die Defizite und den Handlungsbedarf auf. Ein aktuelles Expertenpapier der DWA ordnet das Winterhochwasser 2023/2024 ein und wartet mit Empfehlungen aus den Hauptausschüssen „Wasserbau und Wasserkraft“ und „Hydrologie und Wasserwirtschaft“ auf.

„Nicht für alles, was wir aktuell sehen, muss der Klimawandel als Erklärung herangezogen werden. Was wir jedoch sicher wissen, ist, dass Hochwasserereignisse gleicher Dauer und Höhe zukünftig häufiger auftreten werden bzw. extremer ausfallen können“, heißt es eingangs. Inwiefern diese Fakten an diesem Hochwasser schon erkennbar sind, ist aus Sicht der DWA im Nachgang zu untersuchen. Eine Ereignisanalyse müsse umfassend sein und u. a. auch die Kommunikationswege und Arbeit im operativen Hochwasserschutz betrachten.

Katastrophenschutz im Visier

„Mehr Investitionen in den Katastrophenschutz/operativen Hochwasserschutz scheinen sinnvoll und zweckmäßig, um mit vergleichbaren oder noch schlimmeren Lagen besser umgehen zu können“, so die Experten. Dies erstreckt sich über die Ausstattung der Kommunen, der Feuerwehren bis zum THW. Deichfachberater und technische Berater Hochwasserschutz und Naturgefahren seien weiterhin auf hohem fachlichem Niveau auszubilden. „Denn egal, ob es um die Stützung maroder Deiche, die ihrer Bemessungslast nicht mehr standhalten oder um die Ereignisbewältigung wie bei den Extremereignissen an der Ahr, in der Eifel

oder an der Elbe geht: Der operative Hochwasserschutz wird immer gebraucht.“

Talsperren, Polder und Hochwasserrückhaltebecken

Obwohl mit dem Nationalen Hochwasserschutzprogramm vom Bund ca. 100 Mio. Euro jährlich seit 2016 für Maßnahmen zum Rückhalt des Wassers in der Fläche und/oder Deichrückverlegungen den Ländern zur Verfügung gestellt wird, gingen die Maßnahmen nur sehr schleppend voran. Dabei zeigten Positivbeispiele wie etwa an der Lippe in NRW oder in Sachsen und Sachsen-Anhalt, dass gerade damit ein wichtiger Effekt zur Abschwächung von Hochwasserwellen erreicht werden kann. Am effektivsten wirkten hier immer noch die Talsperren und Hochwasserrückhaltebecken sowie ein gesteuerter Polder, der gezielt den Scheitel einer Hochwasserwelle kapfen kann.

Nach Auffassung der DWA-Fachexperten bedarf es nicht nur des Baus neuer, auf Bemessungsereignisse ausgerichteter Deiche; vielmehr müsse die Deichunterhaltung ebenfalls konsequent und planmäßig durchgeführt werden, damit die Deiche ihren guten Zustand beibehalten. Auch hierfür müssten Personal und Geld zur Verfügung stehen. DK

Roadmap 2030

Handlungsagenda von DVGW und DWA für die Zukunft der Wasserwirtschaft

Sechs Handlungsfelder, über 50 konkrete Maßnahmen: Mit der Roadmap 2030 liefern der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) sowie die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) eine konkrete Handlungsagenda für die Zukunft der Wasserwirtschaft. „Wir stellen damit die Weichen für eine klimafeste und zukunftssichere Infrastruktur“, führte Dr. Wolf Merkel, DVGW-Vorstand Wasser, anlässlich der Vorstellung der Agenda aus.

Der vollständige Wasserkreislauf hat im Fokus zu stehen – von der Vorsorge gegen Trockenheit und Dürre bis zum Überflutungsschutz durch Starkregen. Dieses Denken spiegelt die Roadmap 2030 als strategische Handlungsagenda mit ihren sechs Handlungsfeldern wider.

Sechs Handlungsfelder

Zur Sicherung einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Wasserressourcen werden im Handlungsfeld 1 folgende Aktionsbereiche definiert: Prognose- und Handlungsfähigkeit für ein flexibles und vorausschauendes Management der natürlichen Wasserressourcen verbessern; Konventionen zum Umgang mit den natürlichen Wasserressourcen auch

in Knappheitssituationen entwickeln sowie natürliche Wasserressourcen für zukünftige Nutzungen sichern.

Im Handlungsfeld 2 werden zum Erhalt und der Erreichung einer naturnahen Qualität der Gewässer folgende Aktionsbereiche für wichtig erachtet: Bundesweite Datenplattform „Stoffe“; Anpassung vorhandener rechtlicher Regelungen und Schließung von Regelungslücken; Reduzierung von Schadstoffen an der Quelle; Minimierung der Einleitungen von stofflichen Belastungen aus Mischwasser und Regenwasser in die Gewässer sowie Verbesserung der morphologischen Strukturen der Gewässer.

Für eine wasserbewusste Siedlungsentwicklung leitet man im Handlungsfeld 3 folgende Aktions-

bereiche ab: Politikberatung; Abbau rechtlicher Hürden und administrativer Hemmnisse; Gesamträumliche Planungen für eine wasserbewusste Transformation sowie Sensibilisierung, Beratung und Kommunikation.

Zur Herstellung resilienter Versorgungsinfrastrukturen – baulich wie digital – legen DVGW und DWA im Handlungsfeld 4 die Aktionsbereiche Grundsätze wasserwirtschaftlicher Planung anpassen und neu entwickeln; Infrastrukturplanung und -realisierung deutschlandweit anschieben sowie rechtliche, personelle und finanzielle Voraussetzungen für eine zukunftssichere Infrastruktur schaffen, fest.

Für das Handlungsfeld 5 werden für eine ressourceneffiziente und klimaneutrale Wasserwirtschaft folgende Aktionsbereiche genannt: Ressourcen- und energieeffiziente (Um-) Gestaltung der wasserwirtschaftlichen Systeme; Verringerung der Treibhausgasemissionen der wasserwirtschaftlichen Anlagen zur Erreichung der Klimaneutralität sowie Umsetzung und Ausweitung der Ressourcenrückgewinnung aus Abwasser.

Um die Entwicklung einer wasserbewussten Gesellschaft zu fördern, werden im 6. Handlungsfeld die Aktionsbereiche Konzentrierte Öffentlichkeitsarbeit bringt Wasser und Gewässer stärker ins Bewusstsein der Menschen; wirtschaftliche Anreize zum bewussten Umgang mit Wasser schaffen sowie Überflutungsschäden durch Hochwasser und Starkregen vorbeugen für wichtig erachtet.

Ruf nach Wasserbeauftragten in Bund und Land

DVGW, DWA, Wasser- und Abwasserbetriebe, Politik, staatliche Institutionen sowie Wassernutzer in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sind jetzt gefordert, die Roadmap 2030 gezielt umzusetzen. Laut DWA-Geschäftsführerin Dr. Lisa Broß „muss ein Umdenken zum Umgang mit Wasser stattfinden – eine Wasserwende. Angesichts des Klimawandels muss sich die Gesellschaft wesentlich stärker und bewusster den Wasserthematiken zuwenden, den Vorsorgegedanken leben und den Wert des Wassers für die Wasserversorgung, die Umwelt und für ein nachhaltiges Wirtschaften erkennen.“ Die Politik, so Broß, müsse hier voran gehen. „Sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen müssen Wasserbeauftragte ernannt werden, die bei allen Gesetzesvorhaben die Interessen des Wassers vertreten.“ DK

Startschuss für Hochwasserschutzprojekt an der Ammer

Mit einem Spatenstich haben offiziell die Baumaßnahmen für das Hochwasserschutzprojekt „Weilheim Süd“ begonnen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte beim Startschuss der Hochwasserschutzmaßnahmen an der Ammer in Weilheim: „Hochwasserschutz ist für die Menschen vor Ort von entscheidender Bedeutung. Das Pfingsthochwasser 1999 und die Überflutungen im August 2005 haben in Weilheims Süden große Schäden angerichtet. Der Freistaat und die Stadt setzen alles daran, den Hochwasserschutz in Weilheim weiter zu verbessern. Dabei haben wir auch die Zukunft im Blick und sorgen mit einem Klimaänderungszuschlag heute schon für morgen vor.“

Der Spatenstich ist Glauber zufolge der nächste Meilenstein für ein hochwasserfestes Weilheim. „Klar ist: Hochwasserschutz lebt vom Solidargedanken. Nur gemeinsam bringen wir den Hochwasserschutz weiter voran. Ich danke der Gemeinde Polling, der Stadt Weilheim und allen Projektbeteiligten für die gute Zusammenarbeit.“

Mit den Maßnahmen an der Ammer wird der Schutz vor einem hundertjährigen Hochwasser auf den südlichen Teil von Weilheim und das Gewerbegebiet Trifhof ausgeweitet.

Umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen

Im Rahmen des Projekts wer-

den unter anderem technische Hochwasserschutzanlagen entlang der Bahnstrecke München-Garmisch und ein Durchlass unter der Staatsstraße 2058 gebaut. Darüber hinaus soll das Oderdinger Wehr rückgebaut und stattdessen drei Sohlgleiten errichtet werden. Hierdurch wird sowohl der Wasserspiegel in der Ammer gesenkt als auch die Durchgängigkeit für Fische vom Ammersee bis Peißenberg hergestellt. Dabei finden auch umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen durch die Anbindung der Altarme Roßlach und Oderding statt. Das Gesamtvolumen des Hochwasserschutzprojekts liegt bei rund 9 Millionen Euro, getragen von der Stadt Weilheim, dem Freistaat Bayern sowie der EU. □

Qualität ist viel wert



Stadt: Dresden
Sandsteinkanal Postplatz
Inbetriebnahme des Kanals: 1889

Bild: Stadtentwässerung Dresden GmbH

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

BBIV-Kampagne:

Bürokratieabbau ernst gemeint

Praxistaugliche Regulierungen für Großraum- und Schwertransporte

Vom „Bürokratieabbau“ ist zwar oft die Rede, er findet viel Zuspruch – aber konkret passiert ist bisher wenig. „Im Gegenteil – sieht man genauer hin, so schwillt die Bürokratie und damit der Zeit- und Kostenaufwand, den auch die Mitgliedsunternehmen der Bayerischen Bauindustrie deswegen übernehmen müssen, insgesamt nahezu unbremst an“, mahnt der Bayerische Bauindustrieverband an. Viele Vorschriften und Regulierungen seien zu aufwändig, zu umständlich oder gar überflüssig. Die schlimmsten Exemplare aus dieser Gruppe macht der bbiv nun zum Inhalt seiner Kampagne „Gnua is! - Bürokratieabbau ernst gemeint“.

Als ersten Vorschlag zum Abbau überflüssiger Bürokratie wählte der Verband die in den vergangenen Jahren erfolgten Ausweitungen der Vorschriften für Großraum- und Schwertransporte aus, da diese einen deutlich erhöhten Aufwand und zusätzliche Kosten für die betroffenen Unternehmen bewirkten. Beispielhaft werden folgende besonders unsinnig erscheinende Regelungen hervorgehoben:

- Das Ladegut von Schwertransporten muss nunmehr exakt be-

zeichnet werden. Bei Baumaschinen muss der genaue Typ, Hersteller und Modell angegeben werden. Dies ist bei schnell umzuschlagenden Baustellen oft problematisch, da oft erst in letzter Minute feststeht, welche Baumaschine aus dem Maschinenpark zur Verfügung steht. Bei Betonfertigteilen müssen Länge und Breite exakt angegeben werden. Bei Abweichungen und Fehlern hinsichtlich Art und Bezeichnung der Ladung sowie Angaben zu Abmessungen und

Gewicht droht das Erlöschen der Genehmigung.

- Es ist nun nicht mehr zulässig, mehrere Schwertransporte in einem Konvoi zusammenzufassen. Jeder Schwertransport muss einzeln angemeldet, durchgeführt und mit einem extra Begleitfahrzeug versehen werden. Dies bedeutet in Verwaltung und Abwicklung von Schwertransporten einen erheblichen Mehraufwand.

- Bisher konnten die Unternehmen die in der Genehmigung angegebenen Abmessungen der Ladung oder das Gewicht unterschreiten, ohne dass dies zu Konsequenzen geführt hätte. Nach den nunmehr geltenden Regelungen muss außerhalb des anhörfungsfreien Bereichs zwingend eine neue Genehmigung eingeholt werden, wenn das Gesamtgewicht um mehr als 5 Prozent bzw. und/oder die Abmessungen

des Transportgutes um mehr als 15 cm unterschritten werden.

Belastung durch ausufernde Bürokratie

Laut bbiv muss das gesamte, die Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten betreffende Regelwerk „umgehend verschlankt, vereinfacht und den Bedürfnissen der Praxis angepasst werden“. Damit am Bau endlich der dringend erforderliche Bürokratieabbau in Gang kommt, unterbreitet der Bayerische Bauindustrieverband ab sofort regelmäßig konkrete Vorschläge, wie ein besonders drängendes Bürokratieproblem, das die Mitgliedsunternehmen akut belastet, gelöst werden kann. „Die ausufernde Bürokratie belastet alle Branchen. Sinnvolle und einfachere Vorschriften würden der gesamten Wirtschaft nutzen“, macht der bbiv deutlich.

Um ein sichtbares Zeichen gegen die Mehrbelastungen der bayerischen Transport- und Logistikunternehmen zu setzen, organisierte der Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen (LBT) vor kurzem eine LKW-Sternfahrt zur Münchner Theresienwiese. An dieser Protestaktion beteiligten sich neben den Staatsministern Christian Bernreiter und Hubert Aiwanger unter anderem die bayerische Bauindustrie, BGL – Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung, BIV – Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V., VBS – Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V., LBB – Landesverband Bayerischer Bauinnungen, BZV – Bayerischer Ziegelindustrie-Verband e. V., LBS – Landesverband Bayerischer Spediteure e. V. sowie die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw).

Keine Ausnahme für biogene oder synthetische Kraftstoffe

Der LBT wendet sich insbesondere gegen die Mauterhöhung durch die Bundesregierung. Wie Hauptgeschäftsführer Stephan Doppelhammer betonte, existierten seit 1. Dezember 2023 neue Mautsätze durch die Einführung eines neuen CO₂-Mautteilsatzes. Dies führt zu einer Erhöhung der Lkw-Maut für fast alle Euro VI-Lkw um 83 Prozent. Ausnahmen oder Mautbefreiungen für biogene oder synthetische Kraftstoffe gebe es nicht. Dies sei nicht hinnehmbar.

Doppelhammer zufolge werden Wirtschaft und Gesellschaft um zusätzliche 7,6 Mrd. Euro pro Jahr belastet. Zudem habe das Gesetz keine klimawirksame Lenkungswirkung, „denn Fahrzeuge mit mautbefreiten Antrieben sind am Markt nur sehr begrenzt und wenn dann zu den zwei- bis dreifachen Kosten verfügbar, es steht keine entsprechende Ladeinfrastruktur für einen flächendeckenden Einsatz zur Verfügung und eine nennenswerte Verlagerung auf die Schiene ist mangels Kapazitäten bei der Bahn nicht möglich. Zudem muss die Maut für Fahrten ohne Ladung, für so genannte Leerkilometer, zusätzlich einkalkuliert werden.“

Die Ampel ist laut LBT zur Belastung für ganz Deutschland geworden. „Zusagen aus dem Koalitionsvertrag, die eine Doppelbelastung aus einer CO₂-Maut und einer Abgabe über das Brennstoffemissionshandelsgesetz ausschließt, werden nicht eingehalten. Milliarden Mehreinnahmen werden nicht zielführend in die Straßen- und Ladeinfrastruktur reinvestiert, sondern zur Hausaltssanierung verwendet... Eindringlicher kann man den drittgrößten Wirtschaftsbereich, die Logistikbranche, nicht an die Wand fahren“, machte Doppelhammer deutlich.

„Die Belastungen, die die Betriebe aus dem Transportwesen treffen - und damit unsere gesamte Wirtschaft - sind nicht mehr hinnehmbar“, stellte vbw-Präsident Wolfram Hatz fest. Es sei fatal, dass den Betrieben durch die LKW-Mauterhöhung das Geld für die erforderlichen Investitionen fehlt. Deshalb müsse die Mauterhöhung ausgesetzt werden.

Die Standortbedingungen in Deutschland hätten sich in den

vergangenen Monaten bereits verschlechtert, erklärte Hatz. Die Ampel verschlimmere die Lage zusätzlich - nicht nur mit der Mauterhöhung für LKW. „Wir haben mit viel zu hohen Steuern und Abgaben zu kämpfen. Zudem haben Bürokratie und Regulierung ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Die Ampel muss jetzt endlich handeln und eine Standortpolitik auf den Weg bringen, die diesen Namen auch verdient.“

DK

Bündnis fordert:

50 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau

Zuschüsse fürs Wohnen 5-mal höher als Förderung von Sozialwohnungen

Der Staat betreibt ein Missmanagement bei der Unterstützung fürs Wohnen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Wohnungsmarkt-Studie vom Pestel-Institut (Hannover). Das Bündnis „Soziales Wohnen“ stellte diese in Berlin vor. In dem Sozial-Bündnis haben sich der Deutsche Mieterbund (DMB), die IG BAU sowie die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) gemeinsam mit zwei Verbänden der Bauwirtschaft zusammengeschlossen.

Die Untersuchung wirft Bund und Ländern vor, die Förderung von Sozialwohnungen massiv vernachlässigt zu haben. Dadurch sei ein „dramatischer Mangel an sozialem Wohnraum in Deutschland“ entstanden: So fehlen nach Berechnungen der Wissenschaftler bundesweit aktuell mehr als 910.000 Sozialwohnungen.

Wohngeld und Kosten der Unterkunft explodieren

„Um bedürftigen Haushalten das Wohnen überhaupt noch zu ermöglichen, ist der Staat mittlerweile gezwungen, stetig steigende Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt zu akzeptieren. Dabei zahlt er sogar Mieten, die oft deutlich über der Durchschnittsmiete liegen. Dadurch sind die notwendigen staatlichen Ausgaben für das Wohngeld und für die Kosten der Unterkunft geradezu explodiert. Am Ende profitieren davon allerdings vor allem die Vermieter“, sagt Studienleiter Matthias Günther vom Pestel-Institut.

Er nennt dazu konkrete Zahlen: Spitzenreiter bei den „Turbo-Mieten“ sei die bayerische Landeshauptstadt München. Hier lag die von den Job-Centern gezahlte Miete bei den Kosten der Unterkunft mit 19,40 Euro pro Quadratmeter rund 6,60 Euro – und damit über 50 Prozent – über der Münchner Durchschnittsmiete. Unterm Strich bezahlt der Staat nach Berechnungen des Pestel-Instituts dadurch allein in München schon eine Millionen-somme an „Mehr-Miete“ – und das Monat für Monat. Bundesweit ermittelt die Studie nur bei den Kosten der Unterkunft im Vergleich zur Durchschnittsmiete rund 700 Millionen Euro Mehrgeld pro Jahr.

Die Studie zeigt, dass der Staat in besonders angespannten Wohnungsmärkten, in denen es an bezahlbaren Alternativen mangelt, überhöhte und damit deutlich über dem Durchschnitt liegende Mieten bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft zahlt. „Es liegt damit nahe, dass dort, wo sich Mieterhöhungsspielräume auftun, ein Teil der Vermieter diese auch nutzt“, so das Bündnis „Soziales Wohnen“. Diese Spielräume müssten durch effektives Mietrecht dringend begrenzt werden.

Insgesamt hat der Staat nach Angaben der Wissenschaftler im vergangenen Jahr erstmals mehr als 20 Milliarden Euro an Sozialausgaben für die Unterstützung bedürftiger Menschen beim Wohnen ausgegeben: gut 15 Milliarden Euro für die Kosten der Unterkunft, die überwiegend von den Job-Centern gezahlt werden. Und zusätzlich über 5 Milliarden Euro für das Wohngeld. Dagegen lagen die Ausgaben von Bund und Ländern für den sozialen Wohnungsbau in den letzten

Jahren lediglich bei gut 4 Milliarden Euro pro Jahr, so die Studie.

„Die Sozialausgaben fürs Wohnen sind damit 5-mal so hoch wie die Förderung für den Neubau von Sozialwohnungen. Das ist ein deutliches Missverhältnis. Vor allem der Bund hat hier seit Jahrzehnten ein Missmanagement betrieben: Er hat den Sozialwohnungsbau – also die Objektförderung – bis vor kurzem auf ein Minimum heruntergefahren und damit drastisch steigende Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und für das Wohngeld – also für die Subjektförderung – provoziert“, so Pestel-Institutsleiter Günther.

Gegensteuern könne der Staat nur, wenn er jetzt anfangs, „massiv in die Schaffung von deutlich mehr Sozialwohnungen“ zu investieren. „Denn jede einmalige Förderung, durch die eine neue Sozialwohnung entsteht, erspart dem Staat erhebliche Summen, die er sonst auf Dauer für Mietzahlungen ausgeben müsste. Das ist eine einfache Rechnung, die vor allem der Bund spätestens dann beherrschen muss, wenn die Sozialausgaben durch die Decke gehen: nämlich jetzt“, so Matthias Günther.

Die Botschaft, die das Bündnis „Soziales Wohnen“ platziert, ist klar: „Die beste Kostenbremse bei der Subjektförderung ist eine rasche und entschlossene Objektförderung.“ Die konkrete Forderung dazu: Bund und Länder sollen umgehend 50 Milliarden Euro für die Förderung von sozialem Wohnraum bereitstellen. Nur so könne es gelingen, dem Ampel-Ziel, 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr neu zu bauen, wenigstens ein Stück näher zu kommen – und damit „ein Regierungsversprechen nicht komplett zu brechen“.

Sozialwohnungsbau sei eine Aufgabe, die dauerhaft grundgesetzlich abgesichert werden müsse und von der Schuldenbremse ausgenommen werden solle, fordert das Bündnis. Weitere Forderungen umfassen:

- **Steuerrückzahlung:** Für den Neubau von Sozialwohnungen sollen künftig 7 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden.
- **Sonderbudget „Sozialer Wohnungsbau“:** Einsatz dort, wo der Mangel an Sozialwohnungen besonders hoch ist.
- **Feste „Sozial-Quote“** bei der Vergabe von Sozialwohnungen: Bundesweit soll es künftig in allen Kommunen „Wohn-Härtefallkommissionen“ geben, die über ein 10-Prozent-Kontingent der zu vergebenen Sozialwohnungen entscheiden. Damit werde vor Ort die Berücksichtigung sozialer Kriterien bei Wohnungsvergaben garantiert. Benachteiligte Menschen – insbesondere Menschen mit Behinderung – hätten dadurch „endlich wieder eine Chance, auf dem Wohnungsmarkt Fuß zu fassen“, so das Bündnis. □

Sonder-Bauministerkonferenz zum Sozialen Wohnungsbau

Bauminister der Länder und Bund einigen sich über Finanzierung für 2024

Bund erhöht Mittel für sozialen Wohnungsbau und Junges Wohnen auf 3,15 Milliarden Euro

Einigung über Ko-Finanzierung für 2024

Erhöhung des Länderanteils von 30 auf 40 Prozent für erhöhte Finanzmittel

Die Bauministerinnen und -minister der Länder haben auf einer Sonder-Bauministerkonferenz mit Bundesbauministerin Klara Geywitz über die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus gesprochen. 2023 haben die Länder eigene Mittel mit einem Barwert von insgesamt 2,9 Milliarden Euro investiert, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Länder begrüßen, dass der Bund seine Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau und das Programm Junges Wohnen von bisher 2,5 Milliarden auf 3,15 Milliarden Euro in 2024 erhöht. Die Bauministerkonferenz kam mit dem Bund überein, dass im Jahr 2024 für die Höhe der bisherigen Bundesmittel der Ko-Finanzierungsanteil der Länder von 30 Prozent beibehalten wird. Für die darüberhinausgehenden, erhöhten Finanzmittel wird eine Erhöhung des Ko-Finanzierungsanteils von 40 Prozent in 2024 einmalig vorgesehen. Über die Fördermodalitäten für 2025 und 2026 soll noch in der 1. Jahreshälfte 2024 entschieden werden.

Der Bund wollte im Zuge der Erhöhung seiner Finanzhilfen kurzfristig auch den Ko-Finanzierungsanteil der Länder von mindestens 30 auf 40 Prozent erhöhen. Da in einigen Ländern die Haushaltsplanungen für 2024 bereits abgeschlossen sind, hätten bereitgestellte Bundesmittel aber gegebenenfalls nicht in Anspruch genommen und so weniger Wohnungsbauprojekte umgesetzt werden können.

Möglichst viel bezahlbaren Wohnraum schaffen

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter, der zum 1. Januar den Vorsitz der Bauministerkonferenz übernommen hat, freut sich, dass nun ein Kompromiss gefunden werden konnte: „Es muss unser gemeinsames Ziel sein, möglichst viel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb ist es ein gutes Signal für die Wohnungs- und Bauwirtschaft, dass sich Bund und Länder einigen konnten. Es wäre praktisch unmöglich gewesen,

den Ko-Finanzierungsanteil der Länder für 2024 derart kurzfristig von 30 auf 40 Prozent raufzusetzen. Dass die Erhöhung jetzt nur für die zusätzlichen Bundesmittel in Höhe von 615 Millionen Euro gilt, ist ein guter Kompromiss.“

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, sagte: „Wichtig für mehr bezahlbaren Wohnraum ist die soziale Wohnraumförderung. Mit über 18 Milliarden Euro investieren wir so viel wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das ist auch dringend nötig, denn der Sozialwohnungsbestand ist landesweit auf gut eine Million Wohnungen gesunken. Der Bedarf ist aber deutlich höher. Die Dringlichkeit haben beide – Bund und Länder – erkannt.“ Die Mehrheit der Länder hat bereits in der Vergangenheit für den sozialen Wohnungsbau deutlich mehr als die geforderte Mindestfinanzierung von 30 Prozent der Bundesfinanzhilfen zur Verfügung gestellt. Gerade wenn alle wissen, dass es noch mehr An-

strengungen braucht, muss auf allen Ebenen auch mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Die heutige Einigung auf die Finanzierung 2024 ist auch ein wichtiges Signal an die Bauwirtschaft. Die Gelder können jetzt fließen.“

Karen Pein, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen der Freien und Hansestadt Hamburg, erklärte als Sprecherin für die „A-Länder“: „Bund und Länder geben mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau: Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt, denn mehr Förderung sorgt für mehr bezahlbare Wohnungen. Die Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau ist somit auch ein klares Signal in Richtung Bauwirtschaft: Der Staat sorgt für Verlässlichkeit, die Mittel sind vorhanden und können abgerufen werden. Die Länder stehen zu ihrer sozialen Verantwortung in der Wohnraumversorgung und tragen ihren Anteil, damit den Wohnungsbau auf hohem Niveau fortzuführen.“

Wohnraumförderung stabilisieren

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, stelltvertretend für die „B-Länder“: „Die öffentliche Wohnraumförderung ist der Fels in der Brandung bei dem derzeit stark im Sturm stehenden Immobilienmarkt. Deshalb ist es ein wichtiges Signal, die öffentliche Wohnraumförderung zu stabilisieren und auszubauen. Heute ist ein breiter Schulterschluss zwischen Ländern und dem Bund im Sinne der Sache gefunden worden. Alle Seiten haben sich bewegt. Damit bleibt auch im Jahr 2024 die öffentliche Wohnraumförderung der Fels in der Brandung für die gebeutelte Immobilien- und Bauwirtschaft.“

Mit der sozialen Wohnraumförderung unterstützen Bund und Länder die Wohnraumversorgung durch Mietwohnungen und selbstgenutztes Wohneigentum von Haushalten, die sich am Markt nicht aus eigener Kraft versorgen können. Die Ausgestaltung der Finanzierungsbeiträge wird für die einzelnen Programmjahre in Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern geregelt. □

barrierefrei

Beratungsstelle
Barrierefreiheit

Bayerische
Architektenkammer

Wir beraten Sie
zu allen Fragen für ein
barrierefreies Leben

Ein kostenfreies Angebot
für alle Interessierten

www.beratungsstelle-barrierefreiheit.de
info@beratungsstelle-barrierefreiheit.de

Bayerischer Gemeindetag in Gunzenhausen:

Tagung der Bauamtsleiter und Stadtbaumeister

Bereits zum 6. Mal fand die traditionelle Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung des Bayerischen Gemeindetags statt. Über 200 Teilnehmer wohnten der in die praxisrelevanten Themenblöcke „Digitalisierung, Privates Baurecht, Vergaberecht“, „Planungsrecht, Energierecht, Naturschutzrecht“, „Aktuelle Entwicklungen und Rechtsprechung“ sowie „Innenentwicklung, Wohnen, öffentlicher Bau, ISEK-Praxis“ gegliederten Veranstaltung bei.

Unter der Moderation von Gemeindetagsdirektor Matthias Simon referierte Andreas Wernthaler vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) eingangs zum Thema „Störungen im Betriebsablauf – Nachträge, Bauzeit, Vergütung, Fristen, Kündigung, Mängel“. Die vergangenen Jahre in der Baubranche waren unter anderem geprägt von Lieferschwierigkeiten, dadurch bedingte Bauzeitverzögerungen und Kostensteigerungen. Wernthaler zeigte zum einen praxis-taugliche Strategien zur Vermeidung von Problemen und zum anderen mögliche Lösungswege auf.

Digitaler Bauantrag

Ministerialrat Stefan Kraus und Bauberrat Marcel Kühner vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr informierten über die Digitalisierung der Bauleitplanung und den digitalen Bauantrag. Dieser wurde 2021 in Bayern erstmals mit ausgewählten Unteren Bauaufsichtsbehörden als Pilotprojekt eingeführt. Bis Ende 2024 sollen alle Unteren Bauaufsichtsbehörden mit dem digitalen Bauantrag arbeiten können. Geplant sei, diese Art der Einreichung dann auch zum Regelverfahren zu machen.

Ein weiterer Baustein im Bereich der Digitalisierung ist der neu einzuführende Standard XPlanung für Bauleitplanverfahren. Marcel Kühner hob die Vorteile des Standards hervor und appellierte an alle Kommunen, sich bereits jetzt mit XPlanung vertraut zu machen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen örtlichen Schulungs-

angebote des Ministeriums, die in den kommenden Jahren ihre Fortsetzung finden werden.

Stefan Kraus war es auch, der im zweiten Themenblock auf eine Bundesratsinitiative der Bayerischen Staatsregierung hinwies, in der ein Ersatz für den entfallenen § 13b BauGB gefordert wird. Ziel der Initiative sei es, den Kommunen ein Werkzeug für die Ausweisung von Wohnbaugebieten an die Hand zu geben, das auf langwierige Verfahren wie doppelte Behörden- und Bürgerbeteiligung verzichtet.

Über die aktuellen Gesetzgebungsverfahren in punkto Kommunale Wärmeplanung und deren mögliche Auswirkungen auf die Gemeinden berichtete schließlich Stefan Graf, zuständiger Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, ehe der Münchner Fachanwalt Dr. Gerhard Spieß den Weg zum rechtssicher ausgeübten gemeindlichen Vorkaufrecht skizzierte.

In welche Richtung sich das Baurecht aus Sicht der Berliner Ampelkoalition entwickeln soll, zeigte Bernd Düsterdiek, Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, auf. Aus seiner Sicht müssen viele Herausforderungen (auch) über das Baurecht und in den Kommunen gelöst werden. Über die „große“ BauGB Novelle 2023/2024“ informierte Prof. Dr. Arno Bunzel, Bereichsleiter und stellvertretender Direktor beim Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Laut Bunzel, der am fachlichen Input zur Gesetzgebung selbst mitwirkt, ergibt sich die Notwendigkeit für die Novelle aus dem Koalitionsvertrag und seinen Zielen, weshalb die Themen Klimaschutz, Klimaanpassung aber auch In-

wicklung in der Baugesetzgebung voraussichtlich berücksichtigt werden müssen. Gleichwohl wurde angemerkt, dass der Gesetzgeber seinen Rhythmus verloren habe. Konnte man früher die Zeit nach den BauGB-Änderungen stellen, habe sich der Takt der gesetzgeberischen Änderungen zu sehends verkürzt.

Kommunale Beispiele

Der Münchner Architekt Manfred Brennecke präsentierte in seinem Vortrag zum „bedarfsgerechten und flächeneffizienten Wohnen“ ein abgeschlossenes Projekt in Münsing, das durch eine Baugemeinschaft der Bürger vor Ort umgesetzt wurde sowie ein laufendes Projekt in Fridolfing. Bei beiden Projekten werden sowohl die Politik als auch die Bürger vor Ort aktiv mit eingebunden.

Als Architektin und amtierende Bürgermeisterin von Ebermannstadt stellte Christiane Mayer in ihrem Vortrag „Strategisch-integrierte (Innen)Entwicklung und Sanierung in Ebermannstadt“ die Bedürfnisse einer nachhaltigen gemeindlichen Entwicklung aus mehreren Blickwinkeln dar. Sie schilderte diverse praktische Herausforderungen und machte deutlich, wie es gelingt, eine langfristig angelegte, strategische Vision zu verfolgen, um diese in eine nachhaltige Umsetzung zu bringen.

Bayerns Neuzugänge in der Denkmalliste:

Historische Wahrzeichen

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege hat die diesjährigen Neuzugänge in der Denkmalliste bekanntgegeben. Sie zeigen laut Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil, Leiter des BfLD, wie vielgestaltig das kulturelle Erbe des Freistaats ist. Insgesamt sind in der Denkmalliste mehr als 109.000 Bau- und Kunstdenkmäler verzeichnet.

Zu den sieben „Neuankömmlingen“ zählt das „Edwin-Scharff-Haus“ in Neu-Ulm. Mit seinen gerade mal 46 Jahren ist das Gebäude eines der jüngsten Einzeldenkmäler in Bayern. Gebaut wurde das Kultur- und Tageszentrum in den Jahren zwischen 1974 und 1977 und wird nach einer Sanierung im vergangenen Jahr jetzt wieder als Veranstaltungsort genutzt.

Die sogenannte Ostermayr-Passage in Nürnberg befindet sich innerhalb eines in der Nachkriegszeit errichteten Wohn-, Geschäfts- und Bürogebäudes. Die gut 35 Meter lange Ladenpassage wurde seit den 1950er Jahren nur wenig verändert. Sämtliche Schaufenster, Geländer, aber auch die Glasdächer sind noch erhalten. Damit ist sie das bayernweit höchst selten gewordene Paradebeispiel einer Großstadt-Passage aus der Zeit des Wirtschaftswunders.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Bahnhof des Staatsbades Bad Brückenau eröffnet. Seinerzeit führte eine Nebenstrecke der Bahnlinie über Jossa und Bad Brückenau bis nach Wildflecken. Der Personenverkehr auf dieser Strecke wurde 1988 eingestellt. Danach diente das zweigeschossige Gebäude als Verkaufsstelle einer Getränkefirma. Es weist auf den frühen Kurbetrieb in der Region hin und verdeutlicht, wie der Freistaat einst dafür seine Infrastruktur ausbaute.

Viele Jahrhunderte war der sogenannte Fürsten- oder Firmiansteig oberhalb von Steinbüchl/Untergriesbach ein Handelsweg in Richtung Böhmen. Der erhaltene Teil – sichtbar am Granitplattenbelag und den Randsteinen – ist im Kern mittelalterlich und wurde im 18. Jahrhundert unter Fürstbischof Leopold Ernst von Firmian ausgebaut. Eine bürgerliche Initiative bemüht



In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Tourismus in Bayern: Motor für Wirtschaft und Lebensqualität

Der Tourismus in Bayern boomt. Seit Jahren schreibt der Freistaat touristische Erfolgsgeschichte und behauptet auch im Jahr 2023 mit über 20 Prozent Marktanteil seinen Platz als Reiseland Nr. 1 in Deutschland. Mit rund 100 Millionen Übernachtungen und über 500 Millionen Tagesreisen generieren Bayerns Gäste einen touristischen Gesamtkonsum von ca. 47,5 Milliarden Euro pro Jahr. Als Querschnittsbranche schafft der Tourismus damit rund 550.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze in verschiedenen Sektoren, die maßgeblich zur regionalen Entwicklung beitragen – von der Gastronomie über den Einzelhandel bis hin zur Landwirtschaft sowie der Kultur- und Freizeitbranche. Darüber hinaus erhöht er als Lebensader die Unternehmens- und Einkommensvielfalt sowie die Steuereinnahmen in den bayerischen Gemeinden. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Tourismus in vielen Regionen mitverantwortlich dafür, dass auch Klein- und Kleinstbetriebe eine Zukunftsperspektive haben.

Garant für Lebensqualität

Der Tourismus ist aber nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern, sondern auch ein Garant für die konstant hohe Lebens-

qualität im Freistaat. Gemeinden und Destination, die bewusst auf Tourismus setzen, verfügen nachweislich über eine bessere lokale Infrastruktur und ein breiteres Freizeitangebot, über mehr Rad- und Wanderwege, ein abwechslungsreiches gastronomisches Angebot, eine bessere öffentliche Nahverkehrsanbindung, ein attraktiveres Ortsbild sowie ein umfangreicheres Brauchtums- und Kulturangebot. Investitionen in den Tourismus sind daher nicht nur Investitionen in die Urlaubs- und Erlebnisqualität der Gäste, sondern stets auch Investitionen in die Bevölkerung vor Ort – denn sie ist es, die maßgeblich von dem vorhandenen Angebot profitiert. Eine höhere Zufriedenheit, Wertschätzung und Identifikation mit ihrer Heimat sind die Folge. Ebenso tragen Investitionen in den Tourismus dazu bei, diese hohe Lebensqualität und damit einen attraktiven Lebensraum zu bewahren sowie die Anziehungskraft für Unternehmensansiedlungen und potenzielle Arbeits- und Fachkräfte zu erhöhen.

Um die Wirtschaftskraft und Lebensqualität Bayerns auch langfristig zu sichern und weiter auszubauen, braucht es einen starken Tourismus, der allen guttut: mit einer guten regionalen Wertschöpfung, stabilen gesellschaftlichen Strukturen und einem ressourcenschonenden Umgang mit der Natur. □

Zustimmung aus dem Publikum erfuhr sie für ihre Aussage, dass all dies nur mit mehr und entsprechend geschultem Personal sowie externen Dienstleistern gelingen kann. „Wenn Sie denken, dass es die Leute nicht mehr hören können, so ist es bei manchen erst im Kopf angekommen“, machte Mayer abschließend deutlich. DK

Arbeitsgemeinschaft Fränkischer Oberbürgermeister:

Fußgängerzonen erhalten!

Vor gut 70 Jahren wurden die ersten bundesweiten Fußgängerstraßen in Kassel, Kiel und Stuttgart ihrer Bestimmung übergeben. Sie waren die Antwort der autogerechten Stadt auf das Handelstreiben im Zentrum. Heute gehören Fußgängerzonen zur Grundausstattung der Innenstädte. Dies allerdings mit unterschiedlichem Erfolg: Gerade abends sind sie häufig verlassen und beinahe menschenleer.

Wie können Innenstädte attraktiv bleiben? Die erneute Insolvenz von Galeria Karstadt Kaufhof lenkt den Blick erneut auf die Zukunftsfähigkeit dieses Begegnungsorts. Den Kampf um den Erhalt der Fußgängerzonen aufgenommen hat nun die Arbeitsgemeinschaft Fränkischer Oberbürgermeister mit Hofs Rathauschefin Eva Döhla an der Spitze.

Funktion: Begegnungsort

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur verwies Döhla darauf, dass man eine Innenstadt nicht mehr dem Marktgeschehen überlassen könne, sondern von der öffentlichen Seite sehr stark planerisch und gestalterisch herangehen müsse, um funktionierende Zentren zu erhalten. Das Augenmerk dürfe sich nicht nur auf das Ladenangebot beschränken.

Aus Döhlas Sicht geht es darum, „die Innenstadt für die Zukunft anzupassen, wenn das Konzept nicht allein durch stationären Handel getragen wird“. Um die Funktion eines Begegnungsorts aufrechtzuerhalten, seien auch andere Faktoren, wie etwa Veranstaltungen in der Innenstadt, vonnöten. Dabei geht es der Rathauschefin auch um den wichtigen Aspekt des Klimawandels und die Frage, wie man Aufenthaltsqualität auch an heißen Tagen gewährleistet.

Bayreuths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger warb bei der heimischen Bevölkerung darum, verstärkt wieder lokal zu shoppen: Schließlich sei es besser, im Fachhandel vor Ort einzukaufen als „vom Sofa aus“ bei Versandhändlern. Mit Blick auf die neuerliche Insolvenz der Warenhauskette Galerie Karstadt Kaufhof erklärte Ebersberger, dass „der Karstadt“ in der Fußgängerzone bislang von den Schließungswellen verschont geblieben sei. Die Entscheidung, wie es nun weitergeht, liege freilich nicht bei der Kommune, unterstrich Bayreuths Stadtoberhaupt: „Wir werden aber schauen, dass die Rahmenbedingungen stimmen für ein Kaufhaus am Markt.“ Das Warenhaus sei nach wie vor ein Magnet und deshalb als „Ankerhändler“ wichtig für die Innenstadt.

Attraktive Zentren durch Tourismus

Einen Schlüssel für attraktive Zentren sieht Ebersberger im Tourismus: Viele Tages- und Wochenendgäste seien Kunden der Innenstadt. Bayreuth verzeichne Zuwächse im Tourismus, außerdem sei zu erwarten, dass weitere Hotels zahlungskräftige Kunden in die Stadt bringen. Auch mit kulturellen Angeboten versuche die Kommune, die Innenstadt mit Leben zu füllen, so der Rathauschef abschließend. DK

Ministerin Michaela Kaniber lobt neuen Tourismuspreis aus

Bewerbung bis 11. Februar möglich

Um herausragenden Leistungen im Tourismus mehr Sichtbarkeit zu geben, verdiente Persönlichkeiten aus dem bayerischen Tourismus auszuzeichnen und damit den Stellenwert der Branche für den Freistaat zu unterstreichen, hat die neue Tourismusministerin Michaela Kaniber den Preis der bayerischen Tourismusbranche, kurz „TouBy“, ins Leben gerufen. „Es ist mir ein Herzensanliegen, das vielfältige Engagement unserer Akteure im bayerischen Tourismus zu würdigen. Mit dem neuen Preis rücken wir Personen in den Mittelpunkt, die sich mit viel Leidenschaft um den Tourismus in Bayern verdient gemacht haben. Wir wollen positive Beispiele herausstellen und anderen Mut machen“, sagte die Ministerin zum Start der Bewerbungsfrist in München. Bis zum 11. Februar können nun die Unterlagen dafür beim Ministerium eingereicht werden.

Der Preis wird in den Kategorien „Lebenswerk“, „Touristikerin oder Touristiker des Jahres“ und „Nachwuchspreis“ verliehen. Pro Kategorie wird eine Person ausgezeichnet. Der Preis für das „Lebenswerk“ richtet sich an Persönlichkeiten, die sich langjährig und in herausragender Weise um den Tourismus in Bayern hervorragen haben. Für die Kategorie „Touristiker oder Touristikerin des Jahres“ können Personen vorgeschlagen werden, die durch ein besonders ehrenamtliches, freiwilliges, soziales oder wirtschaftliches Engagement schwerpunktmäßig im Jahr 2023 aufgefallen sind. Der „Nachwuchspreis“ richtet sich an die Generation der unter 35-Jährigen, die sich bereits in jungen Jahren durch besonders kreative Ideen oder außergewöhnliches Engagement im Tourismus einen Namen gemacht haben. „Dieser generationenübergreifende Ansatz macht unseren neuen Preis so besonders. Ich freue mich auf zahlreiche spannende Bewerbungen aus der ganzen Breite des Bayerntourismus“, so die Ministerin.

Weitere Informationen

Die Bewerbungsunterlagen und alle weiteren Informationen gibt es auf der Homepage des Ministeriums unter <https://s.bayern.de/tourismuspreis>. Die Preisträger werden nach Berlin eingeladen und bekommen die ideelle Auszeichnung von der Ministerin persönlich im Rahmen des bayerischen Staatsempfangs zur Internationalen Tourismusbörse (ITB) in der Bayerischen Vertretung in Berlin am 5. März 2024 überreicht. □

nachhaltig und klimangepasst
#byak-ben

Schon klimaneutral? Wir beraten Sie kostenfrei!

Zu allen Themen rund um kommunale Nachhaltigkeit sowie das nachhaltige und energieeffiziente Bauen & Sanieren, zu Förderung, Materialökologie, zur Klimaanpassung am und ums Gebäude.

Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit

Bayerische Architektenkammer



Kontakt & Info:

+49 89 139880-88
ben@byak.de
www.byak-ben.de

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Erster Bürgermeister der Gemeinde Altenmünster im Landkreis Augsburg. In unserer Gemeinde leben derzeit rd. 4.600 Menschen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich tätig oder ehrenamtlich tätig?

Das Bürgermeisteramt habe ich am 01.05.2020 angetreten. Ich bin hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meinem Amtsantritt war ich als Vorstand einer gesetzlichen Krankenkasse tätig. Diese Beschäftigung übe ich nicht mehr aus.



Florian Mair

Erster Bürgermeister
der Gemeinde Altenmünster

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich war bereits von 2014 – 2020 Mitglied unseres Gemeinderates und konnte auf diese Weise erste Einblicke in die Kommunalpolitik gewinnen. Der direkte und persönliche Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort war für mich ein sehr wesentlicher Faktor meiner Entscheidung, mich für das Bürgermeisteramt zu bewerben. Daneben haben mich die Vielfältigkeit der Aufgaben sowie die wirklich greifbaren Gestaltungsmöglichkeiten angesprochen. Das Bürgermeisteramt eröffnet die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Gemeinderat die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort nachhaltig positiv zu gestalten. Oftmals können bereits durch sehr einfache Maßnahmen viele gute Dinge bewirkt werden, wovon die Bürgerinnen und Bürger profitieren. Zu guter Letzt war und bin ich meiner Gemeinde schon immer sehr verbunden. Ich bin hier aufgewachsen und lebe hier. Deshalb kam es für mich auch nur in Frage, das Bürgermeisteramt hier in meiner Heimat ausüben zu wollen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die vorherige Tätigkeit als Gemeinderat war für mich die beste Vorbereitung. Es war tatsächlich ein unschätzbare Vorteil, hierdurch bereits Kenntnisse und Erfahrungen zu laufen den Projekten gesammelt zu haben. Daneben hatte und habe ich ein sehr gutes Verhältnis zu meinem Amtsvorgänger. So war es mir möglich, die Aufgaben nahtlos und gut zu übernehmen. Außerdem konnte ich mich beim Amtsantritt auch auf mein Team im Rathaus sowie in den anderen kommunalen Einrichtungen verlassen. Ich wurde überall gut aufgenommen und niemand behielt wichtige Informationen für sich.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich hatte eine sprichwörtliche Baustelle zu übernehmen. In einem unserer Ortsteile lief zu meinem Amtsbeginn eine bereits seit vielen Jahren andauernde Dorferneuerung. Hier ging beim Kanalbau viel schief. Statt einer Straße gab es nur Staub oder Schlamm. Viele Einwohner hatten Schäden an ihren Gebäuden. Wohlgerichtet alles Dinge, für welche die Gemeinde nicht die Verantwortung trug. Dennoch waren die Erwartungen in der Bevölkerung natürlich hoch, dass „der Neue“ hier nun sehr rasch für eine Lösung sorgen würde. Die größte Herausforderung war es für mich als jemand, dessen berufliche Vergangenheit nicht unbedingt in der Baubranche lag, sich binnen kurzer Zeit in ein solch umfangreiches Bauvorhaben einzuarbeiten. Doch es ist gelungen und so viel kann ich verraten: die Dorferneuerung konnte zwischenzeitlich weitgehend abgeschlossen werden.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Wie wohl viele Kolleginnen und Kollegen fasse ich mich derzeit sehr ausgiebig mit dem Thema der Energiegewinnung bzw. Energieversorgung. Gemeinsam mit einigen Nachbarkommunen arbeiten wir an guten und tragfähigen Konzepten, wie wir als Kommunen mittel- und langfristige die Energiesouveränität erlangen können. Das sind in der Tat spannende und sehr komplexe Fragestellungen, welche uns hier beschäftigen. Ich bin jedoch überzeugt, dass es sich für unsere Bürgerinnen und Bürger lohnen wird, wenn wir Gemeinden hier unsere Kräfte bündeln und gemeinsam gute Lösungen erzielen. Ein weiteres Dauerthema unserer Gemeinde ist die Kinderbetreuung. Altenmünster ist eine stark wachsende Gemeinde. Viele unserer jungen Menschen bleiben hier oder ziehen zu und gründen hier eine Familie.

Das ist aus meiner Sicht eine absolut erfreuliche Entwicklung. Allerdings muss die Infrastruktur wie Kindergarten, Kinderkrippe oder Schule natürlich mit dieser Entwicklung mithalten können. Dies ist eine große, aber gewissermaßen auch schöne Herausforderung. So baue ich viel lieber ein neues Kindergartengebäude, als dass ich darüber nachdenke, wie wir mit leeren Räumlichkeiten umgehen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Frage, mit was ich mich noch auseinandersetzen muss, liegt ja weitestgehend nicht in meinen Händen. Ich komme jedoch nicht umhin festzustellen, dass ich mich zunehmend mit unausgegorenen und schlecht gemachten Gesetzen befassen muss, mit welchen uns die Bundes- oder Landespolitik überhäuft. Die Bürokratisierung unseres Landes schreitet trotz aller Versprechungen, dieser entgegenzuwirken, in einem ungeheuren Maße voran. Insbesondere der Bund überträgt den Kommunen immer neue und immer noch mehr Aufgaben, ohne für deren vollumfängliche Finanzierung zu sorgen. Mit all dem muss ich mich befassen, obwohl ich dies ausdrücklich nicht will. Stattdessen würde ich mich gerne damit befassen wollen, wie wir zügig und möglichst einfach die an uns gestellten Herausforderungen mit praktikablen Lösungen meistern können. Ich will, dass wir hierzulande endlich wieder ziel- sowie ergebnisorientiert arbeiten und nicht die Bedenkenträger stets das Zepter führen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Wichtige Ratschläge sind nicht so sehr meine Sache. Wenn ich eine Empfehlung geben darf, dann die, sich selbst treu zu bleiben, sich nicht zu verbiegen und niemals zu versuchen, es allen recht zu machen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Das Miteinander mit den verschiedenen Akteuren ist ein immens wichtiger Bestandteil meiner Arbeit als Bürgermeister. Ich habe in meiner Entscheidungsfindung bislang immer davon profitiert, mich zum jeweiligen Thema mit Kolleginnen und Kollegen sowie Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen. Dies erweitert den Horizont und bereichert die oftmals subjektive Wahrnehmung um neue Aspekte. Letztlich ist dies eine ganz einfache Möglichkeit, zu einer vielleicht noch besseren Entscheidung zu gelangen. Warum sollte man sich diese Chance also entgehen lassen?

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Der Einfluss der Digitalisierung auf die Kommunalpolitik ist nach meiner Wahrnehmung bereits heute sehr ausgeprägt. Ich persönlich schätze es sehr, über meine Arbeit, die Vorhaben und Pläne unserer Gemeinde aber auch einfach über das gesellschaftliche Leben in den sozialen Medien zu berichten. Einerseits ist es eine tolle Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger auf verständliche Art und Weise an dem teilhaben zu lassen, was seitens ihrer Gemeinde entwickelt und umgesetzt wird. Andererseits bietet sich eine einfache Möglichkeit, mit mir als Bürgermeister direkt und vor allem schnell in Kontakt zu treten. Diese Einfachheit in der Kommunikation ist meines Erachtens jedoch ein Stück weit auch kritisch zu sehen. Kommunalpolitische Abläufe oder Entscheidungen sind oftmals inhaltlich eben nicht einfach. Gerade hier wird nach meiner Überzeugung nichts das persönliche Gespräch ersetzen können.

Trotz diverser Vorteile hat die Digitalisierung im Bereich der Kommunalpolitik aber auch ihre Schattenseiten. Gerade in der digitalen Welt verbreiten sich Hass und Hetze sehr leicht. Vieles, was in der Anonymität geschrieben wird, würden die allermeisten Menschen von Angesicht zu Angesicht nicht aussprechen. Viel zu oft werden mittlerweile auch wir Kommunalpolitiker zum Ziel derartiger Aggressionen im Netz. Dies schwächt die Kommunalpolitik, weil es natürlich dazu führt, dass immer weniger Menschen gerne ein Amt in der Kommunalpolitik übernehmen möchten. Zugleich schädigt es unsere Demokratie, die doch letztlich vom Mitmachen lebt. Dies dürfen wir nicht zulassen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Immer positiv denken und sich selbst nicht zu ernst nehmen. Dann klappt der Rest fast von allein.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ganz bescheiden als hoffentlich netter Mensch. □

Jahrelange gute Zusammenarbeit

Im ländlich geprägten Landkreis Donau-Ries spielt die Landwirtschaft selbstredend eine wichtige Rolle

Um verschiedenen Problemstellungen der Landwirtschaft zu begegnen, wurden von Landrat Stefan Rößle in den vergangenen Jahren zahlreiche verschiedene Projekte neu eingeführt: „Uns ist ein regelmäßiger Austausch mit den Landwirtinnen und Landwirten in unserem Landkreis seit jeher ein wichtiges Anliegen“, erklärt der Landrat: „Sie prägen unsere Landschaft, versorgen uns regional mit Lebensmitteln und nehmen eine Schlüsselrolle bei unseren Zukunftsthemen Nachhaltigkeit und Energie ein.“

Insbesondere wird gemeinsam versucht, das Image der Landwirtschaft im Landkreis Donau-Ries weiter zu verbessern und mögliche Problemstellungen in gemeinsamen Gesprächsrunden frühestmöglich auf Augenhöhe zu klären. Bei anstehenden größeren und komplexeren Bauvorhaben beruft der Landrat frühzeitig einen Runden Tisch ein, an dem neben Bauherren und Planern möglichst alle betroffenen Fachbereiche und Behörden beteiligt sind.

Der Landrat sowie die Fachbereiche Immissionsschutz und Bauwesen am Landratsamt Donau-Ries sind beispielsweise Jahr für Jahr am Fachgespräch des „Biogasstammtisches“ beteiligt, um aktuelle Themen gemeinsam zu diskutieren. Dort wird nach erfolgten oder anstehenden Gesetzesänderungen gemeinsam besprochen, wie gegebenenfalls erforderliche werdende Genehmigungsverfahren möglichst effektiv durchgeführt werden können.

Gemeinsame Entscheidungen auf Augenhöhe

Auch das Regionalmanagement des Landkreises koordiniert regelmäßig Zusammenkünfte, wie den „Runden Tisch der Landwirtschaft“. Es beteiligt sich gemeinsam mit weiteren forst- und landwirtschaftlichen Zusammenschlüssen am „Regionaltisch“ des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) und steht in engem Kontakt mit dem Bayerischen Bauernverband. Diese Netzwerkveranstaltungen haben das Ziel, gemeinsam mit den Betroffenen auf Augenhöhe gute Lösungen für die Anliegen der Landwirtschaft zu finden.

So hat sich das Regionalmanagement des Landkreises Donau-Ries seit 2019 vielen berechtigten Anliegen der Landwirtschaft angenommen. Dabei wurden Projekte und Kampagnen gestartet, die die Bauern und Bäuerinnen im Landkreis unterstützen sollen. Bei der Bundes-, Landes- und der EU-Gesetzgebung hat aber auch der Landkreis Donau-Ries nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten.

„Gemeinsam. Gutes. Für unsere Heimat“

Die Regionalmanagerin Jennifer Hofmann leitete die Imagekampagne „Gemeinsam. Gu-

tes. Für unsere Heimat.“, bei der in vier Imagefilmen gezeigt wird mit welcher Leidenschaft unsere Landwirte im Landkreis Donau-Ries regionale Produkte herstellen.

Diese Imagefilme wurden zusammen mit vielen weiteren nachhaltigen und regionalen Angeboten für Schulen bei einer Lehrerfortbildung im November 2023 den Lehrkräften im Landkreis vorgestellt. Im Rahmen dieser Fortbildung stellten unter anderem das AELF und die Landfrauen ihre Projekte vor.

Landschaftspflegeverband Donau-Ries

Im Landschaftspflegeverband arbeiten Landwirte, Naturschützer und Vertreter der Kommunen freiwillig und gleichberechtigt zusammen. Ziel ist es, die vielfältige Kulturlandschaft des Landkreises Donau-Ries durch angepasste Nutzungsformen zu erhalten. Dabei sollen seltene Tier- und Pflanzenarten in der Landschaft geschützt werden, und gleichzeitig landwirtschaftliche Betriebe von der Landschaft leben können. In den letzten Jahren wurden hier bspw. die Beweidung wertvoller Flächen durch Schafe und Rinder zum Erhalt wertvoller Flächen initiiert.

Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm

Auch die Untere Naturschutzbehörde arbeitet im Rahmen des Bayerischen Vertragsnaturschutzprogrammes (VNP) eng mit der Landwirtschaft zusammen. Mit dem Förderprogramm VNP Offenland werden ökologisch wertvolle Lebensräume, die auf eine naturschonende Bewirtschaftung angewiesen sind, erhalten und verbessert. Landwirte, die auf freiwilliger Basis ihre Flächen nach den Zielen des Naturschutzes bewirtschaften, erhalten dabei für den zusätzlichen Aufwand und den entgangenen Ertrag eine Entschädigung.

Im Jahr 2023 wurden im Landkreis Donau-Ries auf mehr als 600 Hektar landwirtschaftlichen Flächen derartige Maßnahmen umgesetzt, welche mit mehr als 310.000 Euro gefördert wurden.

Regionale Produkte

Regionale Produkte an den Endverbraucher zu bringen ist nicht immer einfach. Deswegen

bewirbt der Landkreis die regional von den Landwirten erzeugten Produkte im Dorfladennetzwerk und in der App regionaler Einkaufsführer, die ein Verzeichnis der Direktvermarkter im Landkreis enthält. Zudem soll eine Wanderausstellung zu regionalen Produkten, wie Honig, Bier, Eier, Fleisch, Kartoffeln, Milch und Mühlenprodukte die Wertschätzung von Lebensmitteln, die in der Region produziert wurden, steigern.

Derzeit laufen Gespräche verschiedener landwirtschaftlicher Initiativen mit Beteiligung des Landrats und seinen Stellvertretern, wie es gelingen kann, den Anteil an Bioprodukten und regionalen Erzeugnissen im Landkreis Donau-Ries zu steigern.

Rößle hofft als Fazit der landwirtschaftlichen Protestaktionen, dass sich die Gesetzgeber auf Landes-, Bundes und Europaebene der wichtigen Rolle der Landwirtschaft gerade auch in unserer landwirtschaftlich geprägten Region bewusst sind und dass dies in ihren politischen Entscheidungen auch zum Ausdruck kommt. Unabhängig davon möchte er die gelebte Partnerschaft zwischen Landkreis und der Land- und Forstwirtschaft fortsetzen und weiter ausbauen, um auf Landkreisebene die Wertschätzung und das Bewusstsein für diesen bedeutenden Wirtschaftszweig zu steigern. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Seeger Bürgermeister zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt

Wegen Betrugs im Zusammenhang mit Corona-Geldern hat das Landgericht Nürnberg-Fürth den Bürgermeister der Gemeinde Seeg im Ostallgäu, Markus Bertold (CSU), zu fünfjährig Haft verurteilt. Ebenfalls schuldig gesprochen wurde der frühere Leiter einer ortsansässigen Pflegeeinrichtung, der nun wegen Betrugs und versuchten Betrugs für drei Jahre und elf Monate ins Gefängnis muss. Zudem ordnete das Gericht gegen beide die Einziehung von Vermögen in sechs- bzw. siebenstelliger Höhe an.

Gemeinsam mit dem Pflegedienstleiter habe Bertold in den Jahren 2020 bis 2022 rund 2 Millionen Euro aus dem sogenannten Pflege-Rettungsschirm unrechtmäßig abgerechnet, urteilte das Gericht. Dazu soll der Bürgermeister zum Teil Scheinrechnungen erstellt haben. Außerdem habe Bertold als Liquidator eines Vereins insgesamt 825.000 Euro auf sein Privatkonto überwiesen. Auch sei er im Besitz einer Schusswaffe samt Munition gewesen.

Beide Verurteilten legten inzwischen Revision gegen das Urteil ein. Wann der Bundesgerichtshof entscheidet, ist nach Angaben des Landgerichts ebenso völlig offen wie die Frage, ob die in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten vorher auf freien Fuß gesetzt werden. DK

Bezirk Oberbayern:

Erinnerungskultur als theatrales Ereignis

Das Musical Villa Haar spielt sowohl im Jahr 2018 als auch in der Zeit der NS-Diktatur: Als die 88-jährige Emma von Blumberg 2018 Dr. Sarah Wülfing trifft, ahnen die beiden Frauen noch nicht, dass sie schicksalhaft seit 1943 miteinander verbunden sind. Dr. Wülfing ist zum Zeitpunkt des Treffens 51 Jahre alt. Sie kennt das Sterben in den ehemaligen Hungerhäusern der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Haar nur schemenhaft aus Erzählungen. Während der NS-Zeit war der Psychiater Dr. Hermann Pfanngiesser ärztlicher Direktor der Anstalt. Pfanngiesser hatte wiederum eine Beziehung zu Maria Gwandl – verantwortliche Krankenschwester und Wülfings Großmutter.

Emma von Blumberg hingegen erinnert sich traumatisch an ihre Zeit als Patientin in der Heil- und Pflegeanstalt: an den Tod ihrer kleinen Freundinnen und Freunde, die bizarren, grotesken Taten jener „vier Wahnsinnigen“ – vier Pfleger, die sich unter Anleitung der verantwortlichen Krankenschwester Gwandl dem Regime anbiederten. In Emmas Erinnerung verankert ist aber auch der Beginn ihrer großen Liebe zu ihrem späteren Ehemann Falk von Blumberg und ihr gemeinsames Überleben.

Erinnerungskultur und Unterhaltung

„Uns geht es darum, den Opfern der mörderischen NS-Diktatur ein Denkmal zu setzen. Wir geben ihnen ein Gesicht“, erzählt der Intendant des Kleinen Theaters Haar, Matthias Riedel-Rüppel, der das Stück auch produziert hat. Villa Haar schaffe den Spagat zwischen Erinnerungskultur und Unterhaltung. Es gelinge erstmals über das Genre Musical als populäres theatrales Ereignis hinaus ei-

ne generationenübergreifende Aufmerksamkeit für die Historie des Nationalsozialismus und dessen beispiellosen Zivilisationsbruch zu erzeugen.

Für das schwierige Thema stehen im Kleinen Theater Haar her-



Ursula (Larissa-Mariell Hoffmann) und Falk von Blumberg (Jens Emmert). Bild: Bezirk Oberbayern

ausragende Akteurinnen und Akteure aus Deutschland und Österreich auf der Bühne. „Wir haben die Aufgabe zu erinnern, Geschichte für die Nachwelt zu erhalten und so zu erzählen, dass hingehört und nichts vergessen wird,“ ist sich Intendant Riedel-Rüppel sicher. „Dieses wird uns mit der Villa Haar gelingen.“

Infos und Tickets

Tickets gibt es an allen bekannten Vorverkaufsstellen und unter www.reservix.de. Weitere Informationen: www.villa-haar-musical.de. □

Landkreis Amberg-Regen:

Instrumentenlehrpfad für Hirschau

Nachhaltigkeitsrat will dieses Projekt und zwei weitere finanziell unterstützen

Welche Instrumente spielen in einem Blasorchester? Der Musikzug Hirschau will das Erklären und einen Instrumentenlehrpfad erstellen. Positiver Nebeneffekt, die Verantwortlichen wollen damit auch das Interesse an der Musik wecken. Rund 1.250 Euro soll die Gestaltung des Lehrpfads kosten. Finanzielle Unterstützung kommt dabei vom Landkreis Amberg-Regen. Der Nachhaltigkeitsrat stimmte einer Förderung des Projekts zu. Auch für zwei weitere Projekte, einer Boulebahn und einem Anti-Mobbing-Projekt an einer Mittelschule, sollen Fördergelder des Landkreises fließen.

Die Leiterin der Geschäftsstelle „Leitbild des Landkreises Amberg-Regen“, Katharina Schenk, stellte dem Nachhaltigkeitsrat die eingereichten Projekte im Detail vor. Im Zuge der Nachwuchswerbung will der Musikzug Hirschau einen Instrumentenlehrpfad kreieren: Hierzu werden Informationstafeln an den Laternen der Hirschauer Innenstadt angebracht. Auf diesen Tafeln sollen in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren unterschiedliche Instrumente eines Blasorchesters vorgestellt und mittels QR-Code auch hörbar gemacht werden. Diese Idee gefiel den Mitgliedern des Nachhaltigkeitsrates, die einer Förderung des Projekts in Höhe von 1.000 Euro zustimmten – mit

der Vorgabe, das Projekt idealerweise nach Ablauf des Zeitraums in der Grundschule und Kindergärten zu verstetigen.

Zustimmung erfuhr auch das Projekt der Stadt Sulzbach-Rosenberg, am Stadtgraben unterhalb des Stadtturms eine Boulebahn zu errichten. Die Herzogstadt will damit einen generationen- und kulturübergreifenden Treffpunkt schaffen und die Innenstadt nachhaltig beleben. Darüber hinaus will die Stadt auch einen Beitrag zur deutsch-französischen Partnerschaft leisten, deren Ursprung im Altlandkreis Sulzbach-Rosenberg liegt. Nach dem Stadtrat stimmte nun auch der Nachhaltigkeitsrat des Landkreises einstimmig für dieses Projekt.



Hier im Sulzbach-Rosenberger Stadtgraben soll die Boulebahn entstehen. Der Landkreis Amberg-Regen unterstützt dieses Projekt mit 2.000 Euro Förderung. Bild: Joachim Gebhardt

Zur Umsetzung unterstützt der Landkreis Amberg-Regen das Vorhaben mit 2.000 Euro Förderung.

Last but not least will sich der Nachhaltigkeitsrat für die Förderung eines Anti-Mobbing-Projekts an der Mittelschule Auerbach samt Autorenlesung, Lehrerfortbildung und Lesenacht starkmachen.

Leitbild-Homepage

Um dem Nachhaltigkeitsrat im Anschluss an die Projektentscheidungen einen Blick auf bereits abgeschlossene Projekte zu ermöglichen, stellte Schenk einen aktuellen Stand der Leitbild-Homepage vor. Im Mittelpunkt standen dabei folgende Projekte, von welchen sich der Nachhaltigkeitsrat beeindruckt zeigte: „Naturlehrpfad in Elbart“ (Antragsteller: RV Eintracht Elbart), „Der Natur auf der Spur“ (Antragsteller: Bücherei der evangelischen Kirchengemeinde Auerbach) oder die „Inklusive Stadtführung“ – initiiert durch Regens Wagner.

Zum Abschluss erinnerte Schenk an die neue Förderperiode. Bis 31. März können Kommunen, Vereine und Institutionen neue Anträge stellen. Für die Vergabe von Fördergeldern ist entscheidend, dass die Maßnahme einen innovativen Charakter habe. „Es muss sich also um eine neue Idee handeln, die im Landkreis Amberg-Regen so noch nicht durchgeführt wurde und auch noch nicht besteht. Zudem müssen die vorgeschlagenen Projekte zur Umsetzung der im Leitbild verankerten Ziele beitragen“, so Schenk.

Informationen zur Förderrichtlinie und das Bewerbungsformular finden Interessierte auf der Leitbild-Homepage www.deinezukunft-as.de. □

GZ PINOS WELT

Diese Republik, diese Welt (jedenfalls unsere westliche, satte, nicht mit Krieg, Armut und Unterentwicklung überzogene) hat anscheinend keine drängenden Probleme zu bewältigen.

Zu dem Schluss kommt man jedenfalls, wenn man die neuesten, in vielen Medien verbreiteten Sprachhinweise der Tierschutz-Aktivistengruppe PETA (People for the Ethical Treatment of Animals) liest. Tiere sollen aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verdrängt werden: Statt mit jemandem „ein Hühnchen“ zu rupfen, wenn man mal Tacheles reden will, soll man lieber zum Ausdruck „Weinblätter rollen“ greifen. Man soll als Multitasker keine „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen“, sondern „Erbsen auf eine Gabel laden“. Auch die Krönung der Tierwelt, die Katze, wird nicht verschont. Statt die „Katze aus dem Sack“ zu lassen, wenn man ein gut gehütetes Geheimnis enthüllt, soll man die „vegane Calzone aufschneiden“. Puuh!



publikum zu vermitteln, dass „A Hund is er scho“ ein Prädikatslob ist?

Jetzt haben wir uns also bereits mit Feminismus, Woke-ness, gendersensibler und diskriminierungsfreier Sprache, einem antikolonialen Diskurs und ethnosensiblen Ausdrucksweisen herumzuschlagen, die mit den Wörtern, Ausdrücken und Begriffen unserer Kindheit gnadenlos ins Gericht gehen. Wir lesen unseren Enkeln mittlerweile Bücher vor, die schon wir einst geliebt haben, in denen es aber keine N-könige mehr gibt und in denen die Figuren kontextualisiert werden, wenn es sich um Indianer oder Eskimos handelt. Bevor wir Lioriot- oder Otto-Sketches in der Mediathek anschauen, gibt es Warnhinweise zu sehen und James Bond fragt in seinen neuen Filmen höflich an, bevor er das Bond-Girl (alter Schwede, welch Stereotype) von seinen körperlichen Vorzügen zu überzeugen versucht. Und jetzt sollen wir auch nicht mehr mit unseren Gegnern Katz und Maus spielen dürfen (was stattdessen? Tom und Jerry?).

Was mich angesichts der Weltlage, der Wirtschaftskrise und dem Fachkräftemangel auch nachdenklich zurücklässt ist, dass es sich unsere (westlichen) Gesellschaften erlauben können, solche Institutionen unnützen Denkens wie PETA weiterhin zu alimentieren. Denn Forschung zugunsten des Tierschutzes feiere ich, Innovationen zur artgerechten Haltung, Investitionen in Produkte, die tierisches Leiden mindern oder vermeiden – her damit. Aber sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie jahrhundertalte Redensarten durch Veganesprech ersetzt werden können, da steige ich intellektuell aus.

Es mag ja gut sein, dass Sprache Bewusstsein schafft und sicher ist es auch gut, wenn man ab und zu zweimal überlegt, was und wie man was sagt. Aber die Probleme der Welt auf Begriffe und Gefühle zu reduzieren, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Da braucht sich dann auch niemand wundern, wenn sich die arbeitende Mitte der westlichen Länder mit Kopfschütteln von solchen elitären Spielchen abwendet.

Vielleicht sollten wir auf Samuel Butler hören: „Alle Tiere mit Ausnahme des Menschen wissen, dass der Hauptzweck des Lebens darin besteht, es zu genießen.“

„A Hund is er scho“ ist ein Prädikatslob.

Nicht überliefert in der gegenwärtigen Berichterstattung wurde, welches Schicksal der Katze zugedacht ist, die im Sack gekauft wird. Ob sie auch durch wabbelige Tofupampe und Erbsenpuree à la vegane Calzone ersetzt werden soll? Diese Anschläge auf traditionelle Redensarten und Ausdrücke stehen im Zeichen des Kampfes gegen den Speziesismus, also der Diskriminierung von Lebewesen aufgrund ihrer Art. Sie konnten bisher gut ohne das Bewusstsein leben, dass sich Tiere durch sprachliche Ausdrücke gekränkt fühlen könnten? Oder dass Tierrechtsaktivisten statt ihrer (da die Tiere ja selber keine bad feelings artikulieren können) gegen Schimpfwörter wie blöde Gans, dumme Kuh oder Rabeneltern zu Felde ziehen, auch wenn damit weder Gänse, noch Kühe oder Raben beleidigt werden sollen, sondern Vertreter der Spezies homo sapiens sapiens?

Gut, der schlaue Fuchs, die weise Eule oder das flinke Fischlein, beliebt in Fabeln und Liedern, dürften den sprachlichen Furor vielleicht überleben. Spannend wird es mit dem bayerischen „Hund“ oder gar Hundling. Wird es gelingen, dem norddeutsch geprägten Achtsamkeits-

Ihr Pino

„Europa braucht Stabilität in der politischen Mitte“

Manfred Weber beim Neujahrsempfang der Fürther CSU

Fürth. Für Manfred Weber geht es bei der Europawahl im Juni auch um eine strikte Abgrenzung zu Radikalen von rechts und links: „Wir werden uns von Nationalisten unser Europa, das wahrlich nicht perfekt ist, aber unser Europa, das das Beste ist, das wir jemals in der Geschichte des Kontinents hatten, wir werden es nicht kaputt machen lassen.“

Im Fürther Autohaus der Feser-Graf Gruppe hatte eingangs Wilhelm Graf der Politik und vor allem der Bundesregierung den Spiegel vorgehalten und an Beispielen dargelegt, in welchen Bereichen Unternehmen und dem Mittelstand das Leben schwer gemacht werde. Das traditionsreiche Familienunternehmen gehört zu den größten Ausbildungsbetrieben in der Region. In der gefüllten Ausstellungshalle hatten sich etwa 400 Gäste eingefunden, darunter viele Ehrenamtliche und Repräsentanten des öffentlichen Lebens.

Mit Dr. Ingo Friedrich war auch ein CSU-Europapolitiker aus den Anfangszeiten des Parlaments gekommen, begleitet von Marlene Mortler, MdB und dem aktuellen Spitzenkandidaten der Region, Dr. Konrad Körner. Mit dabei auch die örtlichen Mandatsträger der CSU, wie Tobias Winkler, MdB sowie Petra Guttenberger, MdL und Werner Stieglitz, MdL. Der kürzlich als Nachfolger von Matthias Dießl gewählte Landrat des Landkreises Fürth, Bernd Obst, hatte sein Debüt beim Fürther Neujahrsempfang.

CSU-Kreisvorsitzender Thomas Winning nannte Manfred Weber bei seiner Begrüßung den „politischen Kopf der christlich-demokratischen und konservati-

ven Parteien in Europa“. In einer Zeit fundamentaler Veränderungen seien Freiheit und Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie „ein großer Schatz in Europa“, so Winkler im Rahmen eines Impulses. Weber, kürzlich erneut von der CSU zum landesweiten Spitzenkandidaten für die Europawahl nominiert, ergänzte: „Wir brauchen in Europa den Zusammenhalt der demokratischen Mitte, um die Mehrheit nicht den Anti-Europäern und Radikalpöplisten zu überlassen“. Eben deshalb sollten alle Demokraten am 9. Juni zur Wahl gehen.

„Wir brauchen einen europäischen Schutzschirm“

Angesichts der Weltlage müsse auch in Europa eine eigenständige Fähigkeit zur Verteidigung hergestellt werden. „Was hilft ein deutscher, polnischer oder litauischer Raketenschutzschirm. Was wir brauchen ist ein europäischer Schutzschirm“. Weber plädierte zudem für mehr Handelsverträge mit demokratischen Staaten und weniger mit Autokraten, und er würde gerne das geltende Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, um handlungsfähiger zu werden. „Wir brauchen eine Führung aus der Mitte heraus und gegen Rechts- und Linksaußen“.

Mit Blick auf die „auch die Kommunen überfordernde“ Migration meinte Weber, auch stellvertretender Parteivorsitzender der CSU: „Ich will, dass an den europäischen Außengrenzen die EU entscheidet, wer reinkommt und wer nicht. Das dürfen wir nicht den Schlepperbanden überlassen“. Sehr nachdenklich sprach er von seinen Sorgen um die De-



Manfred Weber. Bild: EVPFraktion

mokratie. Europa müsse auch in diesem Zusammenhang die Kraft dazu finden, der digitalen Welt einen Rahmen zu setzen, damit aufgrund häufig gezielter Falschmeldungen die öffentliche Wahrnehmung nicht die Gesellschaft weiter spaltet.

Für Weber, Partei- und Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), der größten und ältesten Fraktion im Europäischen Parlament, gelte bei der Europawahl: Mehr Sicherheit, dauerhafter Wohlstand und begrenzte Migration. „Stabilität in der politischen Mitte gibt es nur mit den europäischen Christdemokraten. Und klar ist auch: Wer Bayern will, muss CSU wählen, da nur die CSU eine rein bayerische Liste hat.“ **pmw**

Initiative Familien e.V.:

Kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas

In Schweden ist es schon seit den 1970er Jahren selbstverständlich, dass alle Kinder zwischen sieben und 16 Jahren ein kostenloses und nährstoffreiches Mittagessen in den Schulen bekommen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das gibt das schwedische Schulgesetz vor. Finanziert wird das Essen aus Steuergeldern.

Im Gegensatz dazu wird das Schulessen und das Essen in den Kinderbetreuungseinrichtungen in Deutschland mit derselben Mehrwertsteuer belastet wie das kommerzielle Essen in Restaurants. Mit dem Ende der gesenkten Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie droht daher eine weitere Verschärfung der Notsituation vieler Kinder.

Initiative Familien fordert deshalb die Regierung auf, die Schul- und Kitaverpflegung kostenlos zu stellen. „Auch in Deutschland ist es möglich, dass jedes Kind kostenlos ein gesundes Mittagessen bekommt, wenn die Prioritäten entsprechend gesetzt werden“, sagt Katrin Lena Greiner, Vorstand der Initiative Familien e.V. „Vor dem Hintergrund des anstehenden Wegfalls der Mehrwertsteuerforderungen in der Politik nun auf, einen ersten Schritt in diese Richtung zu unterneh-

men und die Verpflegung in Schulen und Kitas zumindest von der Mehrwertsteuer ganz zu befreien statt sie wieder auf 19 Prozent anzuheben“, so Greiner weiter.

Web-Seminarreihen für Kita- und Schulträger:

Beschaffung von Verpflegung

Mit einem erweiterten Seminar-Angebot zum Beschaffungsmanagement von Kita- und Schulverpflegung startet das Nationale Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule (NQZ) ins neue Jahr. Angesprochen ist die gesamte bundesweite Trägerlandschaft: öffentliche Schulträger, freie Träger der Ganztagsbetreuung sowie öffentliche und freie Kitaträger. Eingeladen sind zudem alle, die mit dem Vertragsmanagement im Anschluss an den Vergabeprozess beauftragt sind. Das erste Web-Seminar startet am 26. Februar 2024.

Die beiden Web-Seminarreihen „Beschaffung von Kitaverpflegung“ und „Beschaffung von Schulverpflegung“ rücken die Herausforderungen in den Mittelpunkt, vor denen Träger bei der Beschaffung von Verpflegungs-

Alarmierende Zeichen

„Dass in diesem Bereich gar nichts passiert, ist schlicht nicht nachvollziehbar“, meint auch Bernhard Alberts, ebenfalls Vorstand der Initiative. „Immer häufiger wird beobachtet, dass sich Geschwisterkinder in der Schulkantine ein Essen teilen. Die Zahl der Kinder, die sich ganz vom Es-

sen abmelden, steigt.“ Initiative Familien ist irritiert darüber, dass diese alarmierenden Zeichen ignoriert werden.

„Es gibt keine bessere Investition in unsere Zukunft und auch nicht in unsere Wirtschaft als die Investition in unsere Kinder“, meint Alberts, „daher sollte es überhaupt keine Frage sein und zum gesellschaftlichen Konsens gehören, in die Bildung unserer Kinder zu investieren. Dazu gehört selbstverständlich auch eine gesunde Ernährung.“

Befreiung aufwändig

Für ein warmes Mittagessen in Gemeinschaftseinrichtungen wie Schule und Kita sind mittlerweile 5,00 Euro nicht ungewöhnlich. Für viele Familien ein enormer Kostenpunkt. Zwar gibt es über das Bildungs- und Teilhabepaket (gem. §28 Abs. 6 SGB II) die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung zu beantragen. Die Wege zur Förderung regelt in der Praxis jedoch jede Kommune anders, häufig bürokratisch aufwändig. Die Kosten werden oft erst nach langer Bearbeitungszeit erstattet. Finanziell belastete Familien müssten in Vorkasse gehen – das ist häufig schlichtweg realitätsfern.

Vorbild Schweden

„Kostenloses Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen ist möglich, das sehen wir in Schweden“, so Greiner. Damit wird es Kindern und Familien erspart, für dieses Grundbedürfnis aufwändige Anträge zu stellen und es ist nicht von den finanziellen Voraussetzungen der Familie abhängig, ob ein Kind ein warmes Mittagessen am Tag zu sich nehmen kann. Kinder dürfen auf keinen Fall die Leidtragenden von Sparmaßnahmen werden, so die Initiative. □

Bayerische Wahlergebnisse

Die Bürger von Sinzing bei Regensburg haben einen neuen Bürgermeister gewählt. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von fünf Stimmen setzte sich der CSU-Kandidat Martin Brix gegen Thomas Schwindl von den Freien Wählern durch. Brix kam auf 50,1 Prozent, Schwindl auf 49,9 Prozent. Der bisherige Bürgermeister Patrick Grossmann war nach 15 Jahren im Amt für die CSU in den Landtag eingezogen. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,3 Prozent.

Max Singer von den Überparteilichen Wählern ist neuer Rathauschef in Bad Feilnbach. Er erhielt 56,6 Prozent der Stimmen, während der amtierende Bürgermeister Anton Wallner von der CSU 43,4 Prozent erzielte. Wahlbeteiligung: 58,3 Prozent.

Neues Stadtoberhaupt in Sulzbach-Rosenberg ist Stefan Frank (CSU). Er siegte mit 51,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der amtierende Bürgermeister Michael Göth von der SPD vereinte 48,8 Prozent auf sich. Mit seiner Abwahl geht eine Ära in der oberpfälzischen Stadt zu Ende, denn seit Jahrzehnten hatte die SPD den Chefsessel im Rathaus inne. Die Wahlbeteiligung betrug 46,1 Prozent.

Markus Krebs (FW) ist neuer Rathauschef in Sulzbach am Main. Für den 36-jährigen stimmten 78,8 Prozent der Wähler. Der CSU-Mitbewerber Meik Schulz erreichte 21,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,7 Prozent.

Mit 95,7 Prozent der Stimmen ist Max Boneberger als einziger Kandidat zum Bürgermeister der Marktgemeinde Altusried im Allgäu gewählt worden. CSU und Freie Wähler hatten den parteilosen 41-jährigen Rohrdorfer gemeinsam aufgestellt. Er folgt Amtsinhaber Joachim Konrad (CSU), der in den Landtag gewählt wurde. Wahlbeteiligung: 39,5 Prozent.

Bei der Stichwahl in der Gemeinde Kochel am See holte Jens

Müller (Unabhängige Wählergemeinschaft Kochel/UWK) einen ungefährdeten Sieg. Der Gemeinderat landete mit 60,2 Prozent der Stimmen deutlich vor seiner Mitbewerberin Rosemarie Marksteiner (Mitte), die auf 39,8 Prozent kam. Wahlbeteiligung: 53,8 Prozent.

Im zweiten Wahlgang hat es Eva Treu geschafft: Bei den Landratswahlen in Neu-Ulm entschied die 31-jährige CSU-Kandidatin die Stichwahl mit 67,1 Prozent der Stimmen deutlich für sich. Ihr Kontrahent Joachim Eisenkolb von den Freien Wählern erreichte 32,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug magere 28,2 Prozent. **DK**



Eva Treu.

Bild: LRA Neu-Ulm

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4/2024, die am 15. Februar 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk
- Arbeitsplatz Kommune
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSÖRGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren

KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:

www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten
schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette
Produktpalette für
effektive Räumarbeiten

BUCHER
municipal

Driven by better

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Teichrettung

WENIGER ALGEN.
INTAKTE GEWÄSSER.
WIR MACHEN DAS!

**MIKROBIOM
LAB**
INNOVATION
www.mikrobiom-lab.de